

Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch!

Politische Berichte



20. Januar 1989
Jg. 10 Nr. 2

G 7756 D
Preis:
2,50 DM

Westberlin

**Abgeordnetenhaus-Wahlen:
Wahlsieger
werden die
Kapitalisten sein**

Seite 10

USA

**Aggressionskurs
gegen
Libyen**

Seite 14

Studentenproteste

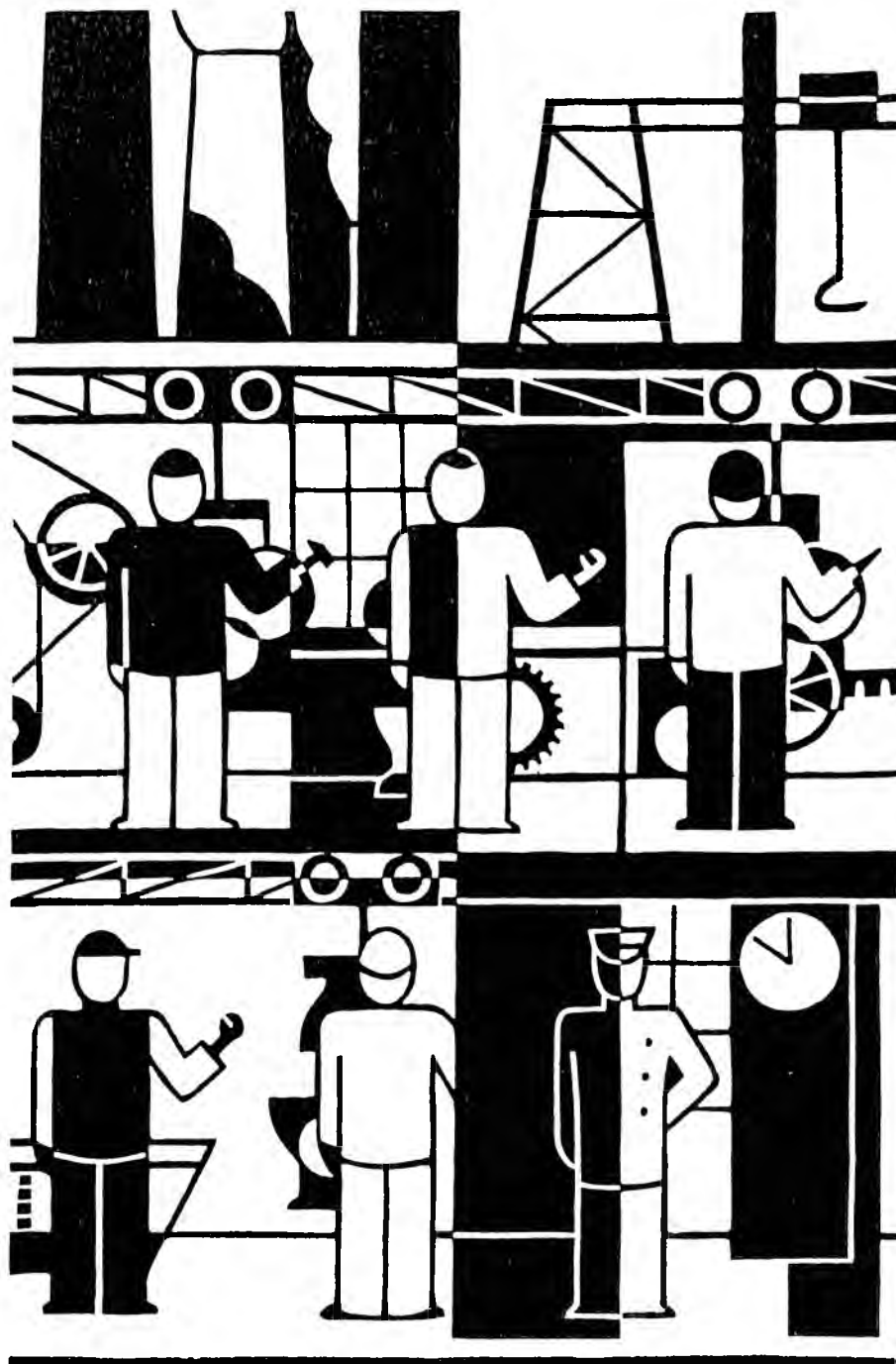
**Gegen „Hochschul-
notstand“ — Von den
Interessen armer Studenten
kaum die Rede**

Seite 26

Kapitalistenverbände

**Strategisches Ziel:
Vernichtung von
Arbeiter-
standpunkten**

Seite 34



Fabrik — Ausschnitt aus einer zwölfteiligen Serie, die der antifaschistische Künstler Gerd Arntz 1927 herstellte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben von der Bundesdelegiertenkonferenz des BWK, 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7, Telefon: 0221/216442
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7, Telefon: 0221/211658

Inhalt 2/89

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft

Aktuell in Bonn.....	4
Geheimdienste: Vollmachten gegen jede Opposition.....	5
CDU/CSU, FDP, SPD: Wehrdienstverlängerung.....	7
Armenien „hilfe“: Probe für DRK, THW und Bundeswehr..	7
Wirtschaftsministerium: Kapitalexport als „Sozialpolitik“..	7
Nahrungsmittelgroßhandel: Arbeit 7 Tage und nachts....	8
Forderungen von Fahrern.....	9
Westberlin: Abgeordnetenhaus-Wahlsieger werden die Kapitalisten sein.....	10
Aus den Wahlprogrammen von CDU, F.D.P. und SPD.....	11

Auslandsberichterstattung

Indien: Kashtakari Sanghatna: Organisation für die arbeitenden Massen.....	12
Kampf der Dorfbewohner gegen das Herrschaftssystem....	13
Spanien: Generalstreik in ganz Spanien.....	13
Kanadische Indianer: Uranabbau ruiniert Saskatchewan..	14
USA: Aggressionskurs gegen Libyen.....	14
Türkei/Kurdistan: Erfolgreiche Aktion der ARGK.....	15
US-Luftfahrt: Der freie Kapitalismus fordert seine Opfer...	15
Internationale Meldungen.....	16

Aus Verbänden und Parteien

Veröffentlichungen:	
„High-Tech-Beschäftigte als Zukunftsträger“.....	18
Zwischen Staatsverdrossenheit und neuen Erwartungen...	18
„Kommunikationszentrale“ Hetendorf.....	18
Gruppe 2: Film, Video, Dokumentation, Texte, Archiv.....	19
Neue Materialien zur Amnestiediskussion in Italien.....	20

Reportagen und Berichte regional

Regionale Nachrichten.....	21
OB-Wahlen München: Hans Klein — Der Kandidat aus der Braunzone.....	22
Haushalt 89: SPD und Grüne auf IHK-Kurs.....	22
Unimut '89: Hochschulprotest geht weiter.....	23
ÖTV Essen: Tarifvertrag für Reinigungskräfte.....	23
Bayer: Widerstand gegen Schichtarbeit.....	24
Krankenhauswäschereien: Gegen Privatisierung.....	25
fuba: 30 Prozent Umsatzsteigerung.....	25
Studentenproteste: Von Interessen armer Studenten kaum die Rede.....	26
Resolution gegen „Hochschulnotstand“.....	27
Nachrichten aus der Arbeiterbewegung.....	28
Genforschung BASF: Chemiemulti läßt Puppen tanzen....	29

Aus Kultur und Wissenschaft — Diskussionsbeiträge

HBV-Veröffentlichungen: Kämpfe gegen zu langen und harten Arbeitstag.....	30
„Geschichte des Ladenschlusses“.....	30
„Die neue Mehrheit“. Bilderlesebuch.....	30
Schwerpunktthema Stehen.....	30
Vom Arbeits- zum Gesundheitsschutz.....	31
Mittelamerika: Christdemokratische Gewerkschaften....	31
Genforschung: Biologismus zwecks Altdiskriminierung..	32

Spezialberichte

BDA, BDI: Ziel: Vernichtung von Arbeiterstandpunkten....	34
Tarifverträge formal erhalten — in der Sache erledigen....	34
Weiterbildung als Mittel für Aussortierung der Arbeitskräfte.	35
Erklärung der BDA und des Arbeitsamtes.....	36
Rentenreform — Gipfel der Flexibilisierung.....	38
Dokumentiert: Grundsätze der BDA zur Rentenreform.....	39

Kurdische Gefangene erneut im Hungerstreik

Aus Protest gegen die vom zuständigen Richter am Oberlandesgericht Düsseldorf beschlossenen Haftverschärfungen sind Mitte Dezember, Anfang des Jahres erneut mehrere kurdische Gefangene in den Hungerstreik getreten. Bekannt sind folgende Gefangene: Yasemin Gedik seit dem 21.12., sie soll in eine Krankenstation verlegt werden; Mehmet Yildirim seit dem 23.12., er ist bereits in das Justizkrankenhaus Kassel verlegt; Erol Kedik seit dem 2.1.; Ibrahim Kadah seit dem 5.1.; Hasan Hayri Güler seit dem 12.1. Die Erklärung von Yasemin Gedik ist in einem Flugblatt des Aktionskreises für die Freilassung der kurdischen Gefangenen in Bielefeld veröffentlicht. Wir geben sie im folgenden in Auszügen wieder:

„An das Oberverwaltungsgericht Düsseldorf

Ihre Beschlüsse vom 15.11.88, die auf reiner Willkür beruhen und zum Ziel haben, uns von der Weltöffentlichkeit zu isolieren, die Inanspruchnahme unserer Grundrechte und das Recht auf Verteidigung zu verhindern, sind nicht nur unakzeptabel, sondern auch unverständlich... Das heißt, der Mensch ist kein wildes Tier, das in Käfige eingesperrt, nur Brot u.ä. bekommt, ohne denken zu dürfen... Die Beschlüsse, die willkürlichen Charakter haben und menschlich gesehen höchstens Grades unerträglich sind, werden beharrlich angewandt. In dieser Situation ist es mein natürlichstes Recht, den heute von mir angefangenen Hungerstreik solange fortzusetzen, bis die unten aufgeführten Forderungen erfüllt werden. Und ich bin fest entschlossen, dieses Recht bis zuletzt in Anspruch zu nehmen.

1. Die Gitter vor dem Fenster sollen entfernt werden.
2. Um die türkischen Sender hören zu können, müssen UKW und Kurzwelle im Radio eingebaut bleiben.
3. Die Möglichkeit, mit den anderen Gefangenen Kontakt haben zu können.
4. Das Recht auf Umschluß und Aufschluß sowie die Zusammenkunft mit anderen Gefangenen.

5. Die Einschränkung des Bezugs der türkisch erscheinenden Zeitungen und Zeitschriften ist aufzuheben.

6. Die grundlose Beschlagnahme von Postsendungen und Briefen sowie Zeitschriften müssen beendet werden.

7. Das Verbot des Bezugs von Büchern des Agri-Verlages muß aufgehoben werden, damit ich mich auf meine Verteidigung vorbereiten kann.

8. Es muß ebenso wie bei anderen Gefangenen die Möglichkeit gewährt werden, in bestimmten Zeitabständen Essenspakete zu erhalten.

9. Die Besuchszeit muß erneut auf 2 Stunden verlängert werden.

10. Es muß den Besuchern erlaubt werden, Kleidung u.ä. mitzubringen.

11. Die Zusammenkunft mit den Besuchern muß in normalen Räumen ohne Trennglas unter Normalbedingungen stattfinden.

12. Die Besucher dürfen nicht willkürlich und grundlos behindert werden.

13. Es muß die Möglichkeit gegeben werden, unter normalen Bedingungen ohne Trennglas mit meinem Rechtsanwalt zu sprechen. Die Wahrnehmung meiner Rechte auf Verteidigung dürfen nicht behindert werden.

14. Alle Kontrollen, die mich willkürlich beabsichtigt wird, mich psychologisch zu unterdrücken, sind aufzuheben bzw. auf das Minimum zu reduzieren.“ — (stb, uld)

Verein Kurdischer Ärzte durchsucht

Die Bundesanwaltschaft versucht, jede kurdische Organisation, die den Befreiungskampf in Kurdistan unterstützt, mit Verfahren wegen § 129a zu überziehen. Am 11. Januar ließ die Bundesanwaltschaft die Büroräume des „Vereins Kurdischer Ärzte“ in Bonn durchsuchen sowie die Privatwohnung eines Arztes, der im Verein arbeitet. BAW-Sprecher Prechtel erklärte, die Durchsuchung sei aus Anlaß des laufenden und bereits zur Anklage gebrachten Verfahrens gegen die „eigenständige Abteilung der PKK“, die von der Bundesanwaltschaft konstruierte „Abteilung Parteisicherheit, Kontrolle und Nachrichtendien-

ste“ geschehen. Welche Vorwürfe die Bundesanwaltschaft im einzelnen erhebt, wollte Pechtel nicht bekannt geben. Zum einen sucht die Bundesanwaltschaft wohl noch immer nach Materialien, die sie in dem von ihr angestrebten Mammutprozeß gegen 16 Angeklagte der PKK verwenden kann. Zum anderen soll der Ärzteverein anscheinend die nächste Vereinigung des kurdischen Befreiungskampfes in der BRD sein, die als „terroristische Vereinigung“ verfolgt wird.

Proteste, auch von Ärzten und Ärztevereinigungen, beim Dienstaufsicht führenden Justizministerium sind nötig.

Adresse: Bundesministerium der Justiz, Heinemannstr. 6, 5300 Bonn 2, Tel. (02 28) 58(1) — (uld)

Polizei prügelt gegen Unistreib

Vor Wiederaufnahme des Studienbetriebes hatte die Polizei die besetzte TFH sowie einige Institute der FU geräumt und ihrerseits besetzt. Ab 9.1. sollte der Studentenstreik gewaltsam beendet werden. Um die Durchführung der Praktika der FU-Mediziner zu gewährleisten, wurden die Gebäude abgeriegelt. Nur ausgewiesene Praktika-Teilnehmer durften herein. Diese wurden in Polizeiwannen angeparkt und mit Schlagstockeinsatz wurde ih-

nen ein Weg durch die Reihen der streikenden Studenten, die versuchten, den Weg zu versperren, gebahnt. 100 Verletzte, einem Studenten fuhr ein Polizeiwagen über das Bein, 80 Festnahmen waren das Ergebnis. Nach Angaben des Dekans besuchten 100 Studierwillige, das ist ungefähr die Hälfte der Praktika-Teilnehmer, ihre Veranstaltung. Trotz der Polizeibrutalitäten fanden sich auch an den folgenden Tagen zahlreiche Studenten ein, um die Durchführung der Praktika zu behindern. Gleichzeitig nahm die Zahl derer, die unter diesen Umständen studieren wollten rapide ab. Wissenschaftliche Mitarbeiter und Tutoren beschlossen, unter solchen Umständen nicht zu arbeiten. Sonstige Mitarbeiter protestierten. Professoren anderer Fachbereiche fanden sich zur Diskussion ein. Die Medizinervollversammlung beschloß Fortsetzung des Streiks solange Polizei auf dem Gelände sei. GEW, ÖTV, Personalrat, AL und SPD protestierten. Am 12.1. schließlich ließ FU-Präsident Heckelmann nach einem besonders harten Einsatz ausgesuchter Polizeieinheiten die Polizei abziehen. Auf der Personalversammlung am 16.1. erschien er erst gar nicht. Eine Resolution gegen Polizeieinsatz und Umstrukturierung, für Personaleinstellungen wurde verabschiedet. — (chk)

26 Millionen Hauswurfsendungen der DVU

Seit 11.1.89 versendet die Bundespost ausgehend von Bielefeld an 26 Mio Haushalte in der BRD Post der DVU-Liste D zu deren EG-Wahlkampfauftakt. Drin ein Wahlauftrag zu den EG-Wahlen. Beiliegend eine „Umfrage“ zum Thema „Deutschland und die EG“, eine Unterschriftensammlung gegen Ausländerwahlrecht und Bestellvordrucke für NPD- und DVU-Publikationen. sowie Aufkleber wie „Ich bin stolz, Deutscher zu sein“. Der Sprecher der Bielefelder Post teilte mit, die DVU habe bereits im Sommer 1988 angefragt. Das Bundespostministerium hatte dann geprüft und die Sendung für rechtlich unbedenklich erklärt. Jetzt verdient die Post satte 3,2 Mio DM an der Faschisten-Post. Protest erhob sich sofort. Der Bielefelder Postamtleiter mußte zunächst vor „irritierten“ Zustellern in einem Vortrag die Zumutung einer solchen Zustellung rechtfertigen. In den meisten Städten in NRW, so in Bielefeld und Essen, protestieren örtliche Antifa-Bündnisse, Parteien und Gruppen gegen die DVU-Der Vorsitzende der Postgewerkschaft, van Haaren, forderte dazu auf, die Annahme zu verweigern. In Düsseldorf beschlossen 240 von 250 Zustellern, als Zeichen ihres Protestes den

DGB-Aufkleber „Mach meinen Kumpel nicht an“ zu tragen. In Moers weigerte sich ein Postbote, die DVU-Sendungen auszutragen. Er wurde von seinen Vorgesetzten in die Paketpost strafversetzt. Bei ihrem Wahlkampf zum Bremer Parlament hatte die DVU keinen einzigen öffentlichen Auftritt während des Wahlkampfes durchgeführt, sondern mit Hauswurfsendungen und Plakatieren gearbeitet. Die gleiche Taktik scheint sie bei den EG-Wahlen zu verfolgen. Der Protest vermittelt Annahme-Verweigerung der Sendungen ist als unmittelbare Reaktion sicherlich richtig. Dies führt aber nur zu einem Rücklauf an die entsprechende Poststelle. Mangels einer Rechtsprechung aufgrund Art. 139 GG werden öffentliche Medien wie Funk und Fernsehen sowie staatliche Einrichtungen wie die Post so zunehmend zum wesentlichsten Vehikel für die Propaganda der Faschisten. — (ads)

Proteste gegen Boxkampf mit Südafrikaner

Die Anti-Apartheid-Bewegung hat Proteste gegen die Titelverteidigung des Profiboxweltmeisters Graciano Rocchigiani (Westberlin) gegen seinen schwarzen Herausforderer Thulane Malinga aus Südafrika angekündigt. Der Supermittelgewichtskampf der International Box-Federation (IBF) soll am 27. Januar, in der Deutschlandhalle in Westberlin stattfinden. Der Weltmeisterschaftskampf wird von einem südafrikanischen Fernseh-Privatsender direkt übertragen, Titelverteidiger Rocchigiani erhält eine Börse von 400000 DM. Die Anti-Apartheid-Bewegung plant gegen die Boxveranstaltung und die westdeutschen Sportbeziehungen mit dem südafrikanischen Rassistenregime eine Kundgebung vor und während der Boxveranstaltung vor der Deutschlandhalle. An der Kundgebung wollen mehrere Chöre mit Liedern des azanischen Widerstands gegen die Apartheid teilnehmen. Rocchigiani-Manager Sauerland kündigte aufgrund der Proteste an, daß keine Nationalhymnen gespielt werden. — (rub)



Von den 67000 Stunden Tiefflug, die jährlich über der BRD stattfinden, sollen 1989 1000 in Belgien stattfinden, hat Scholz bekanntgegeben. Die belgische Regierung war verärgert, wollte sich nicht einfach als Provinz der europäischen NATO-Führungsmacht behandeln lassen. Sie hat bereits Probleme mit einer Protestbewegung gegen Tiefflüge. Zusätzliche BRD-Maschinen wären da sicher schädlich. Jetzt ist die Türkei im Gespräch, die sich gegenüber der BRD noch weniger erlauben kann. — (jok)

Aktuell in Bonn

Mehr Berufskranke

Nach § 722 Reichsversicherungsordnung ist die Bundesregierung verpflichtet, einen jährlichen Unfallverhütungsbericht zu erstellen. Kürzlich veröffentlicht wurde der für 1987. Demnach hat sich die Zahl der Arbeitsunfälle, die seit 1984 anstieg, erstmals wieder „verringert“ gegenüber dem Vorjahr (um 0,8 Prozent auf 1,57 Mio.). Es gab jedoch gegenüber 1986 einen Anstieg der Wegeunfälle (Wege nach und von der Arbeitsstätte) um fast 10 Prozent auf 185 538. Wiederum — nach bereits großer Steigerung im Vorjahr — ist die Zahl der Meldungen auf Verdacht einer Berufskrankheit gestiegen — um 5,7 Prozent. Die meisten (15 499) Anzeigen bezogen sich auf Verdacht einer schweren Hautkrankheit, in 10 516 Fällen auf Lärmschwerhörigkeit.

Neue Exportregeln?

Am Dienstag, den 10. Januar, beschloß das Bundeskabinett unter Vorsitz von Kanzler Kohl — offensichtlich unter Druck der wachsenden Kritik in Sachen Giftgas — eine „erhebliche Verschärfung“ der Ausfuhrkontrollen im militärisch-strategischen Bereich und eine Erhöhung der entsprechenden Strafandrohungen. Doch sind für einige der Maßnahmen gesetzgeberische Verfahren notwendig. Bundeswirtschaftsminister Haussmann (FDP) teilte der Presse mit, Kohl habe angeordnet, dem Kabinett bis

Ende Februar die erforderlichen Gesetzentwürfe vorzulegen.

Teure Rüstung

Das Haushaltsgesetz 1989 ist seit dem 1. Januar in Kraft. 53,3 Milliarden DM betragen die direkten Ausgaben des Verteidigungsministeriums, knapp 10 Milliarden mehr als zu Beginn der Wende. Täuschende Zahl! Sie betrifft nur den „Einzelplan 14“. Hinzu kommen die „Verteidigungslasten nach Nato-Kriterien“ („Verteidigungslasten“ nach Einzelplan 35, „Zivile Verteidigung“ nach Einzelplan 36, „Berlinhilfe“ und anderes) und weitere in anderen Etats (Städtebau bis Justiz) versteckte Summen.

Export-Boom

„Der deutsche Kapital-Export für Direktinvestitionen im Ausland bewegt sich weiterhin auf hohem Niveau“, meldet das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung bescheiden in den „Aktuellen Beiträgen zur Wirtschafts- und Finanzpolitik“ 76/1988. Bundesdeutsche Direktinvestitionen im Ausland 1986: 3,419 Mrd. DM; im ersten Halbjahr 1988: 6,481 Mrd. DM. Das sind fast 90 Prozent Steigerung innerhalb von zwei Jahren.

18 Monate beim Bund?

Am 17. Januar ist das Koalitionsgespräch, in dem die Weichen gestellt werden. Die CSU hat auf ihrer Klausurtagung am 14./15.1. in Wildbad Kreuth beschlossen, mit aller Kraft für die Verlängerung des „Wehrdienstes“ von 15 auf 18 Monate ab 1. Juni 1989 zu po-

wern. CSU-Waigel argumentierte mit „Zeichensetzung“ gegenüber „dem Ostblock“. Über das „Vorpreschen“ erbost äußerte sich FDP-Graf Lambsdorff. Es wird heute von 700 000 Wehrpflichtigen gesprochen, die nicht einberufen werden, weil die Bundeswehr keine Verwendung für sie hat. Unter Berufung auf Bonner Experten meldete dpa am Montag, mit 300 000 von ihnen habe die Bundeswehr Abmachungen getroffen, sie später, etwa nach Absolvierung von Lehre oder Studium, einzuziehen.

„Reform“-Geschäft

Gemäß einer Umfrage des „Handelsblatt“ bei zehn privaten Krankenversicherungen hat die „Reform“ des Gesundheitswesens das Geschäft dieser Unternehmen belebt. Besonders lebhaft entwickelte sich die Nachfrage etwa für die „Hanse Merkur Krankenversicherung“ bei einem Paket von Zusatzversicherungen, welches darauf zugeschnitten ist, für die Vielzahl der Kürzungen bei der gesetzlichen Krankenversicherung einen Ausgleich zu schaffen. Es handelt sich bislang nur um das Neugeschäft im Dezember. Blüm's erste Erfolge, offenbar ausbaufähig.

„40 Jahre BRD“

Staatssekretär Horst Waffenschmidt stellte am 27.12.1988 das offizielle Jubiläumsprogramm vor. Es gibt von der Bundesregierung ein Faltblatt mit „Schlaglichtern“ zu 40 Jahren BRD und Hinweisen auf über 180 zentrale Veranstaltungen. Am 16.2.1989 eröffnet Kohl die zentrale Wanderausstellung im Wissenschaftszentrum in Bonn. Am 24.5. ist Staatsakt mit Ansprache des Bundespräsidenten. Am 23./24.5. „feiern elf Länder“ das Jubiläum mit einem „Verfassungsfest“ auf dem Bonner Marktplatz. Am 23.9. ist „Bürgertag“ u.a. mit einem „Tag der offenen Tür“ im Regierungsviertel.

Was kommt demnächst?

Am 19.1. berät der Bundestag u.a. über eine große Anfrage der Regierungsparteien zur Vollendung des EG-Binnenmarktes. Auf der Tagesordnung stehen weiter mehrere Anträge zur Länge von Wehr- und Zivildienst sowie ein Antrag der Grünen auf Einführung von Namensschildern für Polizeibeamte. Die CDU führt eine Festveranstaltung „40 Jahre BRD“ durch. Am 20.1. soll der Gesetzentwurf der Regierung „zur Förderung der Einstellung der Erwerbstätigkeit in der Landwirtschaft“ verabschiedet werden sowie über den Schutz tropischer Regenwälder beraten werden. Außerdem steht eine Debatte über die Flugsicherung „Eurocontrol“ auf der Tagesordnung. Das Wirtschaftskabinett berät den Jahreswirtschaftsbericht. Am 29.1. finden in Westberlin die Wahlen zum Abgeordnetenhaus statt.



Am 19. Dezember hat der „Bundesfachausschuß Innenpolitik“ der CDU „Leitlinien zur Ausländer- und Asylpolitik“ beschlossen, die auf einem „kleinen Parteitag“ der CDU zur Ausländerpolitik noch im Frühjahr verabschiedet werden sollen. Darin verurteilt die Union selbst den Vorschlag der EG-Kommission zur Einführung eines kommunalen Wahlrechts für EG-Ausländer. Erst in einer „Europäischen Union“ will die Union diesen ein nicht näher beschriebenes Wahlrecht zugestehen.

Geheimdienste

Regierung plant umfassende Vollmachten zur Verfolgung der politischen Opposition

Am 20. Dezember hat die Bundesregierung den „Entwurf eines Gesetzes zur Fortentwicklung der Datenverarbeitung und des Datenschutzes“ beschlossen. Hinter diesem wohlklingenden Namen verbergen sich fünf Einzelgesetze: die Neufassung des Bundesdatenschutzgesetzes, die Änderung des Verwaltungsverfahrensgesetzes, die Neufassung des Bundesverfassungsschutzgesetzes, das Gesetz über den Militärischen Abschirmdienst und das Gesetz über den Bundesnachrichtendienst. Der Gesetzesentwurf ist dem Bundesrat zugeleitet worden. Die Länder müssen bis zum 10. Februar Stellung nehmen, danach wird das Gesetz durch den Bundestag gehen. Innenminister Zimmermann geht davon aus, daß das ganze Paket noch in dieser Legislaturperiode verabschiedet wird. Es ist der zweite Versuch der Regierungskoalition, über Datenschutz- und Geheimdienstgesetze die Befugnisse von Verfassungsschutz, MAD und BND auszudehnen und dies gesetzlich abzusichern. Bisher arbeiten MAD und BND ohne gesetzliche Grundlage, ihre Befugnisse und Aufgaben wurden durch Verordnungen festgelegt. Bereits in der vorherigen Wahlperiode waren ähnliche Gesetzentwürfe eingebracht worden, aber nicht mehr behandelt worden. Mit dem jetzt vorliegenden Gesamtgesetz versucht die Regierung weitgehend zu verhindern, daß etwa nur Teile, wie das Bundesdatenschutzgesetz, beschlossen werden und andere Gesetze liegen bleiben. Die politische Opposition wird von diesen Gesetzen in erheblichem Umfang betroffen sein, eine Befassung im Detail ist notwendig. Wie extensiv Polizeibehörden und Geheimdienste bereits heute viele vorhandene Dateien nutzen, neue anlegen und für Fahndung und Verfolgung ausweiten, wird aus der jüngst öffentlich geäußerten Kritik des christdemokratischen Bundesbeauftragten für Datenschutz am Bundeskriminalamt deutlich. Der Datenschutzbeauftragte kritisierte die Behörde für ihre weit über die gesetzlichen Befugnisse hinausgehende Nutzung von Daten aller Art. Solche Kritik wird es künftig kaum geben. Die vorliegenden Gesetzentwürfe bevollmächtigen alle Behörden, in Fragen des Staatsschutzes und der Störung der „öffentlichen Sicherheit“ nahezu jeden Datenschutz zu vernachlässigen.

Sicherheitsbehörden entscheiden über Datenschutz

Das Bundesdatenschutzgesetz soll umsetzen, was das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil gegen die Volks-

zählung 1983 gefordert hat: Es soll eine Grundlage schaffen, auf der die Ansprüche der Staatssicherheit gegenüber dem „Recht auf informationelle Selbstbestimmung“ eindeutig geregelt sind. Der vorliegende Entwurf regelt allgemein für staatliche Behörden und für private Unternehmen, daß sie personenbezogene Dateien führen dürfen und wie mit diesen Dateien zu verfahren ist. Eine wichtige Änderung gegenüber dem geltenden Gesetz sind die Bestimmungen, die die Datenspeicherung, -veränderung und -nutzung sowie die Übermittlung von Daten an öffentliche und nicht-öffentliche Stellen regeln. Damit soll möglich sein, von staatlichen und privaten Stellen angelegte Dateien nicht nur für den Zweck zu benutzen, für den sie eingerichtet wurden, sondern sie in be-

spiel aber auch, daß die umfangreichen Dateien des Kraftfahrzeugbundesamtes auch dazu genutzt werden dürfen, im Notstands- oder Kriegsfall die Halter von bestimmten Kraftwagen herauszu ziehen, damit die vom Staatsapparat benötigten Wagen beschlagnahmt werden können; oder daß das Ausländerzentralregister benutzt werden darf, um alle Ausländer einer bestimmten Nationalität herauszufinden, die von den westdeutschen Staatssicherheitsbehörden als besonders staatsgefährdend eingeschätzt werden; oder daß Kapitalisten bei Polizei und Geheimdiensten anfragen dürfen und Auskünfte erhalten, wenn ihre Betriebe (z.B. in der Rüstungsindustrie) als wichtig für den Bestand der BRD eingeschätzt werden.

Die Verpflichtung, über die so geän-



Siemens, Mannesmann und andere Kapitalisten lassen bereits heute die bei ihnen Beschäftigten vom Geheimdienst überprüfen.

stimmten Ausnahmefällen auch für andere Zwecke zu nutzen.

Die zweckgebundene Nutzung kann u.a. immer dann aufgehoben werden, wenn dies

1. „eine Rechtsvorschrift erlaubt oder anordnet“,

2. „es zur Abwehr erheblicher Nachteile für das Gemeinwohl oder einer sonst unmittelbar drohenden Gefahr für die öffentliche Sicherheit erforderlich ist,“

3. „es zur Verfolgung von Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten, zur Vollstreckung oder zum Vollzug von Strafen oder Maßnahmen ... oder zur Vollstreckung von Bußgeldentscheidungen erforderlich ist.“

Damit sind zum einen die Geheimdienste von einer zweckgebundenen Nutzung ausgenommen. Das heißt zum Bei-

spiele der Nutzung die Betroffenen zu unterrichten, entfällt in den oben genannten Fällen gleichfalls.

Die Änderungen des Verwaltungsverfahrensgesetzes legen fest, daß staatliche Behörden untereinander Amtshilfe leisten und sich unterrichten dürfen, die Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes sind wortgleich übernommen. Es hält zudem fest, daß die Dateien der Bundes- und Landesfinanzämter, die wichtige Informationen über die Kapitalisten enthalten, von diesen Gesetzen ausgenommen sind. Ein Zugriff auf die Informationen der Finanzämter außer zu den gesetzlich festgelegten Steuerzwecken ist also verboten. Die Auskunftspflicht gegen Betroffene, die die Bundesregierung in der Öffentlichkeit als einen großen Fortschritt darstellen will, wird immer dann aufgehoben, wenn nicht-



Die Verfolgung ausländischer Revolutionäre, so wie zur Zeit das Vorgehen gegen die Kurdische Arbeiterpartei (PKK) und gegen palästinensische Befreiungsorganisationen durch das Bundeskriminalamt, soll ausgeweitet werden. Die Unterrichtung des türkischen oder israelischen Geheimdienstes soll legal werden.

staatstragende Bestrebungen verfolgt werden.

Geheimdienste: Zentralisierung und Ausländerverfolgung

Die Gesetze über den Verfassungsschutz, den MAD und den Bundesnachrichtendienst erlauben den Geheimdiensten immer dann nahezu alle festgelegten Datenschutzregelungen zu vernachlässigen, wenn sie Bestrebungen, die „auf die Beseitigung oder Beeinträchtigung von Grundwerten der freiheitlichen Demokratie ... gerichtet sind“ beobachten. In der Begründung für das Gesetz weist die Bundesregierung ausdrücklich auf das KPD-Verbotsurteil von 1956 und das Urteil gegen die faschistische SAP von 1952 hin. In beiden Urteilen hat das Bundesverfassungsgericht die Prinzipien der fdGO inhaltlich festgelegt und alle nicht-staatstragenden Bestrebungen, die herrschenden Verhältnisse zu verändern, als verfassungsfeindlich festgeschrieben.

Die Gesetze erlauben Verfassungsschutz, BND und MAD die Anwendung von Methoden der „heimlichen Informationsbeschaffung“, das heißt, erlaubt sind sowohl Bruch des Post- und Fernmeldegeheimnisses als auch der Einsatz von Spitzeln. Bundesverfassungsschutz und die Landesämter für Verfassungsschutz sind zur gegenseitigen Unterrichtung verpflichtet. Diese Regelung bestand bisher auch, allerdings nicht für den gegenseitigen direkten Zugriff auf die Dateien. Zudem ist der Bundesverfassungsschutz verpflichtet, alle staatlichen Behörden, also auch die Polizeien, über alles zu unterrichten, was sich gegen die fdGO richtet oder die „öffentliche Sicherheit“ gefährdet. Diese Umschreibung läßt viele Auslegungen zu und macht den Verfassungsschutz auch zu einer verdeckt arbeitenden Ermittlungsbehörde der Polizei und der Staatsanwaltschaften. Die Zentralisierung der Verfassungsschutzbehörden schreitet fort, selbst die Unterrichtung der Län-

derinnenminister über die Kontakte zwischen Bundes- und Landesverfassungsschutz soll entfallen — diese könnten ja durch den Landesverfassungsschutz unterrichtet werden, erklärt die Bundesregierung.

Die direkte Kopplung der Datensysteme aller drei Geheimdienste untereinander und mit den Datensysteme der Bundespolizeibehörden soll in bestimmten Ausnahmesituationen erlaubt sein. Die Bundesregierung erklärt: „im Falle einer Massierung terroristischer Anschläge — wie 1977 bei der Entführung und Ermordung des Arbeitgeberpräsidenten Schleyer ... — ist von einer solchen Ausnahmesituation auszugehen, da die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland gefährdet wäre.“ Schwere Angriffe auf Kapitalisten gefährden also die Sicherheit der Republik. Solchen Angriffen will die Bundesregierung erklärmaßen mit der vollständigen Zentralisierung und Zusammenfassung von Geheimdiensten und Polizei antworten.

Die Regierung hält an der — bereits im Referentenentwurf bekanntgewordenen — Festlegung fest, daß alle drei Geheimdienste ausländische Stellen über Vorgänge in der BRD oder im Ausland unterrichten dürfen. Die Verfolgung anti-imperialistischer und revolutionärer Bestrebungen von Ausländern in der BRD, aber auch im Ausland wird Geheimdienstauftrag. Denn auch dem BND, dessen Tätigkeit ausdrücklich auf das Ausland beschränkt ist, ist erlaubt, ausländische Stellen über seine Erkenntnisse zu unterrichten. Daß gegenüber Ausländern jegliche Beschränkung fallen soll, wird zudem aus einer Feststellung über unter 16jährige deutlich. Grundsätzlich soll den Geheimdiensten die Speicherung von Daten über Personen, die jünger als 16 Jahre sind, nur für zwei Jahre erlaubt sein, auch die Verfolgung von Kindern und Jugendlichen ist stark eingeschränkt, aber nicht völlig verboten — sofern sie die BRD-Staatsangehörig-

keit haben: Die Beschränkungen „gelten ... nicht für minderjährige Staatsangehörige aus Staaten, deren Staatsangehörige vor der Einreise in den Geltungsbereich des Ausländergesetzes einer Aufenthaltserlaubnis bedürfen oder minderjährige Staatenlose aus diesen Staaten.“

Von der SPD ist kaum Opposition zu erwarten

Die SPD hat Mitte Dezember einen eigenen Gesetzentwurf zum Bundesdatenschutz in den Bundestag eingebracht. Aus diesem Entwurf geht hervor, daß sie gegen die Vorhaben der Bundesregierung, insbesondere was die Zusammenarbeit mit auswärtigen Geheimdiensten und die Unterrichtung von Kapitalisten angeht, kaum auftreten wird. Die Regelungen sind weitgehend wortgleich. Die Grünen lehnen das Gesetzespaket im ganzen ab. Ob sie aber erneut wie in der letzten Wahlperiode einen Gesetzentwurf zur Abschaffung der Geheimdienste einbringen werden, ist uns nicht bekannt.

Aus dem ausdrücklichen Hinweis der Bundesregierung auf das KPD-Verbot ergibt sich, daß eine Kampagne, die die Verfassung gegen ihre Feinde verteidigen will, wie sie verschiedene linke und linksliberale Kräfte auch aus Anlaß der 40-Jahre-Grundgesetz-Feiern in diesem Jahr anstreben, wenig nützen wird. Dies kann auch gegen die besondere Verfolgung von Ausländern und ihren Organisationen nichts helfen. Eine Aufspaltung in Staatsbürger, Nichtstaatsbürger, Verfassungsverteidiger und Verfassungsgegner wird der Reaktion die Durchsetzung erleichtern.

Quellen: Entwurf eines Gesetzes zur Fortentwicklung der Datenverarbeitung und des Datenschutzes, Bundesratsdrucksache 618/88; Innere Sicherheit Nr. 10/88; Gesetzentwurf der Fraktion der SPD zum Schutz personenbezogener Informationen. Bundestagsdrucksache Nr. 11/3730; Kölner Stadt-Anzeiger vom 14.1.89 — (uld)

CDU/CSU, FDP, SPD

Wehrdienstverlängerung

Am 1. Juni 1989 wird der Wehrdienst von 15 auf 18 Monate verlängert, so hat es der Deutsche Bundestag beschlossen. Findige Rechner haben inzwischen festgestellt, daß es aber im Moment viel zu viel Wehrpflichtige gibt. Es mag sein, daß die Wörner-Maßnahmen zur Senkung der Tauglichkeitskriterien erfolgreicher waren, als zuvor vermutet, daß also die Kreiswehrratsämter Gebrechen oder familiäre Unabkömmlichkeit bei Wehrpflichtigen konsequent nicht mehr für Ausnahmen vom Wehrdienst anerkannten. Die plötzliche Entdeckung der Bugwelle von 500 000 Wehrpflichtigen aber, die im Moment zur Verfügung stehen und nicht gezogen werden können, kann wirklich nicht aktuelle Rechenerkenntnis sein. Geradezu verzweifelt erklären denn auch Sprecher des Verteidigungsministeriums, daß sich der gegenwärtige Überschuß im Laufe der 90er Jahre langsam abbauen werde, und schließlich würde so eine weitere Verlängerung der Wehrdienstzeit in vielleicht fünf oder sechs Jahren jetzt bereits vermieden. Voraussetzung für diese Berechnungen ist allerdings die heilige Zahl von 495 000 Soldaten Friedensumfang der Bundeswehr.

Ob diese Zahl von 495 000 Soldaten unbedingt notwendig ist für die Kriegsfähigkeit der westdeutschen Armee, ist inzwischen selbst bei strammen Bundeswehrfreunden in den Regierungsparteien umstritten. Der CSU-Politiker Biehle, Vorsitzender des Bundestagsverteidigungsausschusses, erklärte in der FAZ: „Wir müssen den Bestand der Bundeswehr überdenken und absenken ...“, und der Vorsitzende der Jungen Union, Böhr, fragte in der „Bild“-Zeitung: „Was spricht eigentlich dagegen, die Stärke der Bundeswehr von 495 000 auf 420 000 zu reduzieren und die Ausbildung zu straffen ...“. Wichtige Leute aus der FDP, die Sozialdemokraten und der rechte „Deutsche Bundeswehrverband“ argumentieren ähnlich. Die Debatte ist ernst und muß vor dem Hintergrund zweier Entwicklungen gesehen werden.

Erstens. In der Bundeswehr beginnt zur Zeit eine gewaltige Umstrukturierung unter dem Titel „Heeresstruktur 2000“. Ausbildung und Einsatz des Heeres werden gestrafft, gleichzeitig sollen eine stets wachsende Zahl von Reservisten reibungslos und kriegstauglich in die Armee eingegliedert werden. Insofern besteht tatsächlich nicht mehr unbedingt die Notwendigkeit für die Militaristen, am gegenwärtigen Friedensumfang der Bundeswehr festzuhalten, denn die Stärke im tatsächlichen Einsatz und die weitere Mobilmachung von Reserven bleiben erhalten, werden sogar effekti-

viert. Die Gesamtwehrdienstzeit verlängert sich so für jeden Wehrpflichtigen ohnehin schleichend durch die Zunahme von Reserveübungen.

Zweitens. Die sowjetischen Abrüstungsvorschläge in den verschiedenen Bereichen bringen westdeutsche Kriegspolitiker in Legitimationsschwierigkeiten. Die KSZE-Folgekonferenz in Wien hat gerade beschlossen, eine neue Verhandlungsrunde über konventionelle Abrüstung in Europa einzuläuten. Könnte man nicht, so denken viele Rechte, eine Reduzierung der Bundeswehr, die deren Einsatzfähigkeit nicht berührt, in solchen Verhandlungen als konventionellen Abrüstungsschritt verkaufen, um gleichzeitig damit weitere Entwaffnung des Feindes zu verlangen. Die SPD hat einen Antrag auf Streichung der Wehrdienstverlängerung mit dieser Begründung in den Bundestag eingebracht.

Eine Nicht-Verlängerung des Wehrdienstes wäre daher nur dann ein Gewinn, wenn gleichzeitig die Heeresstrukturreform nicht durchgeführt wird. Diese wird viel Geld kosten, Schätzungen liegen bei 40 Milliarden DM *zusätzlich*. Die Unsicherheit, ob dieses Geld aufzutreiben ist und ob das Reservistenkonzept reibungslos aufgeht, lassen die Armeeführung, den Minister und den Kanzler einstweilen auf 495 000 Soldaten und W 18 bestehen. — (jok)



THW im Einsatz in Spitak

Armenien, „hilfe“

Probe für DRK, THW und Bundeswehr

Am 27.12.1988 teilt der Bundesfinanzminister mit, daß er 12,5 Mio. DM „überplanmäßige Ausgaben“ für Hilfsmaßnahmen in Armenien bewilligt habe. Das Bundesverteidigungsministerium teilt am 30.12.1988 der Presse mit, daß die Bundeswehr bis zu diesem Termin in sechs Flügen Hilfsgüter nach Eriwan mit Flugzeugen des Typs Boeing 707 der Flugbereitschaft transportiert habe und weitere vier Flüge vorgesehen seien. Die FAZ vom 2.1.1989 berichtet voller Stolz vom „größten Einsatz in der Geschichte

der deutschen Hilfsorganisationen“ DRK und THW.

Aus den seitenweisen Berichten der FAZ lassen sich Interessen erkennen, die unter dem Deckmantel humanitärer Hilfe von Seiten der BRD-Verantwortlichen verfolgt werden: Hetze gegen das „Entwicklungsland“ UdSSR und manövrierfähiges Auslandschaften von Einmischungsmöglichkeiten: „Die Sowjetunion, so müßte man annehmen, müßten mit der Naturkatastrophe allein fertig werden ... Es ist anders ... Die Helfer des DRK leisten Entwicklungshilfe.“ Ganz abgesehen davon, daß laut ARD-Bericht vom 10.1.1989 viele Geräte (z.B. Öfen) des DRK überhaupt nicht für die Witterungsverhältnisse in Armenien taugen, soll mit diesem imperialistischen Gehabe der nächste Einsatz schon propagandistisch vorbereitet werden. Vor allem muß beim nächsten Mal die Koordination besser klappen, denn die „Schnelleinsatzgruppe“ des THW hätte „schon Stunden nach Ausbruch des Erdbebens vor Ort sein können, wenn organisatorische Hindernisse in der Bundesrepublik dem nicht im Wege gestanden hätten ... die Abstimmung zwischen dem DRK, dem Auswärtigen Amt und dem Verteidigungsministerium soll nach den Erfahrungen der vergangenen Tage überdacht werden.“ Was die FAZ schamhaft „organisatorische Hindernisse“ nennt, ist die immer noch fehlende ausreichende Rechtsgrundlage für „Auslandseinsätze“ des THW im Bundesauftrag, die durch die geplante Katastrophenschutzgesetz-Novelle geschaffen werden soll (vgl. Urteil des Bundesverwaltungsgerichts Hamburg 1980). Der Vorläufer des THW, die „Technische Nothilfe“, stellte im Zweiten Weltkrieg Sonderkommandos der Wehrmacht, auch und gerade an der „Ostfront“: „Als die deutschen Truppen das Donezbecken erreicht hatten ... besetzten die Technischen Truppen nur den Schlüsselbetrieb Sugaß, von dessen Stromerzeugung die meisten der Großbetriebe abhängig waren ...“ (Aus: D.Bradley. Die unbekannte Armee. 1979). Diese Spuren will die FAZ verwischen: „Die gebeutelten Überlebenden ... staunen, weil sie bis vor kurzem gehört und gesehen hatten, der Feind aus den kapitalistischen Ländern werde mit Kanonen kommen. Und nun steht da eine Gulaschkanne.“ — (mab)

Wirtschaftsministerium

Kapitalexport als „Sozialpolitik“

Vom Bundeswirtschaftsministerium wurde im Dezember 1988 eine Denkschrift „Soziale Dimension der Europäischen Gemeinschaft“ vorgelegt, an deren Abfassung auch das Arbeitsministerium beteiligt war. Jeder soziale Fort-

schritt wird darin an die wirtschaftliche Expansion geknüpft. Zunächst muß der einheitliche Markt geschaffen werden, dieser kann „Wachstumsimpulse freisetzen“, daraus erwachsen dann höhere Realeinkommen, höhere Staatseinnahmen zur Gewährleistung sozialer Sicherungssysteme, verstärkte Innovations- und Investitionstätigkeit der Unternehmen, die wiederum „soziale Chancen“ in sich birgt. Mit Wonne bekräftigt der neue Wirtschaftsminister Haussmann solcherlei abgedroschene Thesen, weiß er doch, daß ihm die Gewerkschaften dabei folgen: Der Binnenmarkt als Chance für mehr Wachstum und Beschäftigung.

Nach dieser Standardformel des „sozialen Dialogs“ kommt das Wirtschaftsministerium zur Kernaussage: „Die Gestaltung des Sozialraums darf nicht verengt werden auf die Harmonisierung sozial- und arbeitsrechtlicher Regelungen sowie auf die Umverteilung. Bisher bekanntgewordene Überlegungen stellen zumeist die Angleichung in den Vordergrund. Solche Forderungen vernachlässigen, daß die Wirtschafts- und Sozialsysteme als Ganzes gesehen werden müssen und ihre Ordnungen interdependent (voneinander abhängig, Red.)

sind. Der Raum für soziale Entwicklung hängt wesentlich vom wirtschaftlichen Fortschritt ab. Umgekehrt können überzogene Sozialforderungen positive wirtschaftliche Entwicklungen verlangsamen.“

Scheinheilig warnt das Ministerium, „daß traditionell gewachsene Strukturen nicht leichtfertig zerstört werden“, und meint damit, daß günstige Ausbeutungsbedingungen für westdeutsches und europäisches Kapital in Portugal oder Spanien erhalten bleiben sollen: „Integrationspolitisch erforderlich ist Behutsamkeit bei der Harmonisierung und möglichst weitgehende Flexibilität bei der Anpassung der standortrelevanten Faktoren. Gerade Kostenvorteile der zurückliegenden Regionen schaffen die Voraussetzungen dafür, daß Kapital in diese Regionen fließt, daß die Arbeitslosigkeit in diesen Regionen abgebaut wird, und daß die nötigen Anpassungen stattfinden können. So werden am besten die notwendigen Leistungssteigerungen bewirkt, die auch zu einer Verbesserung der sozialen Leistungssysteme dienen. Gleichzeitig erlaubt der Verzicht auf übereilte Harmonisierung Staaten mit hohem Sozialleistungsniveau, diese im Grundsatz beizubehalten.“

Dieser Köder ist für die DGB-Gewerkschaften ausgelegt. In der Funktionärszeitschrift der IG Metall kann man jetzt leider lesen: „Modernisierung von Wirtschaftsstrukturen und Steigerung der Produktivität in den schwächeren EG-Mitgliedsländern werden die Schlüsselkategorien auf diesem Weg (einer harmonischen Entwicklung der Gemeinschaft als Ganzes, Red.) sein. Verstärkte nationale Investitionstätigkeit und auch Direktinvestitionen von Unternehmen aus anderen EG-Ländern, einschließlich der Bundesrepublik, müssen diese Mitgliedsländer in die Lage versetzen, Wachstum und Beschäftigung zu stärken. ... Schmidhuber ist durchaus zuzustimmen, daß Unterschiede von Arbeitskosten und Sozialstandards bis auf weiteres erhalten bleiben müssen.“ (Der Gewerkschafter 1/89)

Eigentlich müßten die Gewerkschaften gewarnt sein. Mit einer Unterstützung des Kapitalexports erkaufen sie keinerlei Zugeständnis! Zielstrebig landet die Studie des Wirtschaftsministeriums dabei, daß es „integrationspolitisch sinnvoll“ sei, „den Harmonisierungsprozeß durch Flexibilisierung am deutschen Arbeitsmarkt und im Beschäftigungssystem zu fördern“. — (poj)

Nahrungsmittelgroßhandel

In der Regel wird an 7 Tagen und nachts gearbeitet.

Montag früh „müssen“ das frische Obst und Gemüse, die Frischmilch, Fleisch- und Brotwaren sowie diverse andere Frischwaren in den Regalen der Warenhäuser und SB-Märkte liegen. Gleichzeitig werden oft auch die übrigen Waren angeliefert. Angeliefert wird entweder direkt vom Hersteller oder über Großhandelsunternehmen. Die größten Einzelhandelskonzerne wie REWE, Tengel-

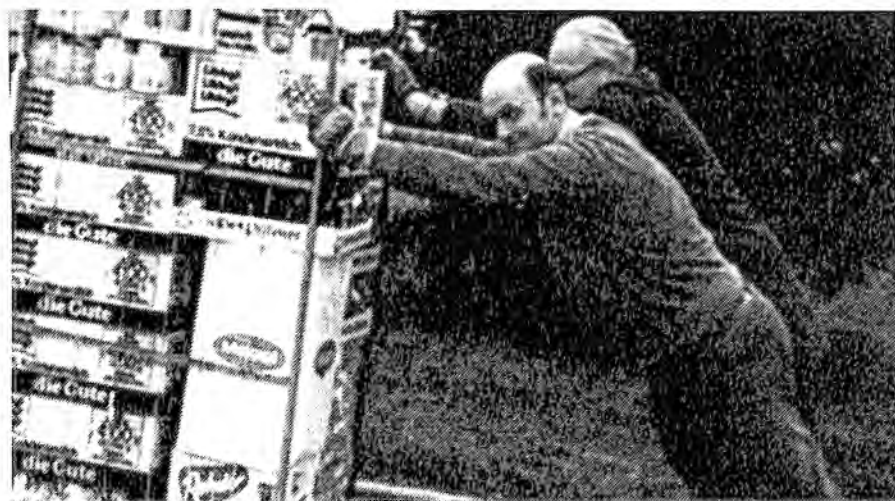
mann, Aldi, Coop oder Asko verfügen über eigene Großhandelsunternehmen, Zentralläger und Fuhrparks.

Eine geregelte fünf-Tage-Woche im Großhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren oder Zeitungen existiert nicht. Der Vertriebsweg vom Hersteller oder eigenem Lager zu den Einzelhandelsunternehmen „muß“ stehen, kurzfristige Lieferbereitschaft die

ganze Woche über wird von den SB-Häusern, Filialketten und Kaufhäusern verlangt. Daher ist im Nahrungsmittelgroßhandel der Arbeitstag ganz auf den Lieferweg, den Fuhrpark abgestimmt. In ihren Lager- und Kommissionierabteilungen beginnt der Arbeitstag zwischen 4 und 7 Uhr morgens und endet am nächsten Morgen zwischen 1 und 4 Uhr. Oft wird also rund um die Uhr gearbeitet. Manche Unternehmen arbeiten im 1 1/2 oder 2-Schichtbetrieb. Eine HBV-Untersuchung von 1987 und 1988 in mehreren Nahrungsmittelgroßhandlungen ergibt:

Die „Tagesschicht“ beginnt morgens zwischen 4 und 7 Uhr, meist sind Arbeitsbeginn und -ende der Lager- und Kommissionierarbeiter unterschiedlich, womit eine längere Präsenz der Beschäftigten im Lager erreicht und gleichzeitig eine optimale Lieferbereitschaft gewährleistet ist. Zwischen 15 und 20 Uhr sind diese Bereiche vom Arbeitsplan her nicht besetzt. Kommen aber „eilige“ Anforderungen, wird diese Zeit durch Überstunden und angeordnete Mehrarbeit der Tagesschicht überbrückt. Ab 20 Uhr arbeitet dann die Nachtbesetzung. Das geht von Montag bis Freitag, am Samstag wird morgens zwischen 4 und 11 Uhr gearbeitet. Am Sonntag von 17 Uhr bis montags früh um 3.15 Uhr.

Im Fuhrpark ist es schon lange vorbei, daß zwei Arbeiter auf den LKWs sitzen, daß die LKWs beladen übernommen werden. Im Zuge der Rationalisierung und durch computergestützte Tourenplanung wurde in den Jahren zwischen 1976 und 1983 die Besetzung der LKWs allein auf den Fahrer eingeschränkt. Die Opti-



Ladearbeiten gehören schon seit langem zur Arbeit der Kraftfahrer. Sie müssen oft im Eiltempo erledigt werden (siehe auch Tourenplan, An- und Abfahrzeiten, auf Seite 9).

Forderungen von Fahrern

Die meisten Lastkraftwagenfahrer sind in der ÖTV organisiert, auch manche Belegschaften der Fuhrunternehmen von Großhandelsunternehmen werden von der Abteilung Privater Transport und Verkehr in der ÖTV vertreten. Gegenüber Bestrebungen von EG-Kommission und Transportkapitalisten, anstelle der bisherigen Kalenderwoche eine frei definierbare Woche von sieben aufeinanderfolgenden Tagen als Arbeitswoche einzuführen und einen Arbeitstag als 24-stündigen Tag zu definieren, hat die Abteilung eine Stellungnahme gegenüber dem Bundeswirtschaftsministerium und dem Wirtschafts- und Sozialausschuß bei der EG-Kommission abgegeben.

Die wichtigsten Forderungen aus dieser Stellungnahme sind:

„Die Kalenderwoche ist der rollierenden Woche vorzuziehen. Sie ist besser überwachbar. Wegen der Sonntagsfreizeit für die meisten Fahrer in Europa fällt die Wochenruhezeit zudem überwiegend auf das Kalenderwochenende. Für Betriebskontrollen ist die Kalenderdefinition eine wesentliche Erleichterung gegenüber einer individuellen Woche eines jeden Fahrers. Auch für Fahrer und Disponenten ist die Kalenderwoche als Bezugsgröße für die

Berechnung der Lenkzeiten, der Tages- und Wochenruhezeiten besser überschaubar.

Die rollierende Woche würde das Sonntagsfahrverbot aufweichen. Aus sozialen Gründen (Familie, schulfreies Wochenende, planbare Freizeit für Kultur und Sport) ist es notwendig, das Sonntagsfahrverbot beizubehalten. Darüber hinaus kennt das deutsche Arbeitsrecht im Grundsatz nur werktägliche Arbeitszeit. Nach bezirklichen Tarifverträgen darf Sonntagsarbeit nur aus zwingenden Gründen geleistet werden.

Wenn schon vor Ablauf eines angemessenen Erfahrungszeitraums Änderungen der geltenden Verordnung vorge schlagen werden, dann müßten diese an ihren offenkundigen Mängeln ansetzen: Aus Gründen der Sicherheit und der Überlastung der Fahrer wäre es geboten, die Lenkzeiten wieder auf täglich acht Stunden zu begrenzen . . .

Die neuen EG-Sozialvorschriften, nach denen die Lenkzeit von acht auf neun und zweimal wöchentlich auf zehn Stunden erhöht wurde, sind zurückzunehmen.

Berufskraftfahrer müssen innerhalb eines Kalendermonats Anspruch auf mindestens zehn freie Tage am Wohnort haben.

Die Arbeitszeit ist klar zu definieren und nach Stunden zu bewerten . . .“

Um Mißbräuche, unfallfördernde und

gesundheitsgefährdende Praktiken im Straßentransport zu bekämpfen, fordert die ÖTV „geeignete und adäquate Vorschriften“. Übertretungen dürfen sich für Unternehmen wirtschaftlich nicht lohnen.

Das Strafmaß ist entsprechend hoch anzusetzen. Kontrollen sind zu verschärfen.“

Quelle: ÖTV Report Verkehr, Dezember 1988

Touren mit Ortsbezeichnungen

Depot Nr.: 1	Depot				
Startzeit:	0:0	Ank.	Abf.		
Tour-Nr.	2	Zeit	Zeit		
11 Stadtland	Walottki Vo	5.44	0: 5	0:15	
62 Hacke	Ehlers	8.10	0:17	0:18	
13 Happel	Dewald, Kaet	23.47	0:40	1:22	
14 Happel	Frsicke, Man	24.60	1:25	2:06	
57 Strott	Venema	26.78	2:11	2:53	
56 Strott	Rade	26.80	2:53	3:35	
58 Strott	Brohn	27.73	3:36	4:18	
59 Halke	Nieswand	35.92	4:29	4:31	
60 Halke	Spiering	36.91	4:32	4:35	
61 Halke	Buschmann	39.62	4:23	4:41	
63 Reitland	Niemann	41.53	4:43	4:45	
64 Raune 2	Grimm	43.94	4:47	4:49	
157 Dangast	Hinrichs	62.96	5:10	5:14	
158 Dangast	Pieper	63.14	5:15	5:18	
159 Hanel 1	Seifert	68.97	5:25	5:31	
155 Hanel	Rah	74.68	5:38	6:10	
65 Baue 2	Güllenstede	85.78	6:24	6:28	
1 Depot		90.70	6:33		

mierung von Tourenplanung und -kapazitäten steigerte die Ausnutzung der Lade- und Fahrkapazitäten um 25 %. Der Tourenplan bestimmt die Arbeitszeiten der LKW-Fahrer. Ihr Arbeitstag beginnt zwischen 1 und 4 Uhr morgens, er endet zwischen 14 und 16 Uhr, und das von Montag bis Samstag.

Die tägliche Betriebsöffnungszeit im Großhandel ist in der Regel länger als im Einzelhandel. Eine tägliche Öffnungszeit, oft ist das gleichbedeutend mit Arbeitszeit, von über 15 Stunden ist keine Seltenheit. Die Cash- und Carry-Großhandelsmärkte von Selgros (REWE-Leibbrand) oder die Metro-Märkte öffnen um 6.30 oder 7 Uhr und schließen erst um 20 oder 21 Uhr. Im Fuhrpark werden die gesetzlichen und tariflichen Arbeitszeitbestimmungen nicht eingehalten. Realität ist eine 60- bis 70-Stundenwoche für viele Fahrer. Auf den gesamten Großhandel berechnet, also mit den Verwaltungsbereichen, stellt die HBV für 1988 71 Überstunden pro Beschäftigten fest.

Die Sechs- oder Sieben-Tage-Woche, Nacharbeit und ständige Überstunden sind Ergebnis der Konzernbildung im Handel. Bis Mitte der sechziger Jahre war beispielsweise „normal“, daß die frischen Milchprodukte am Montagmorgen nicht in den Regalen waren. Als noch die Milchläden „um die Ecke“ exi-

stierten, waren diese Montagvormittags geschlossen. Das Ladenschlußgesetz von 1956 legte die Öffnungszeit für Montagmorgen auf 10 Uhr bzw. 13 Uhr fest. Sonntagsarbeit gab es in dieser Zeit zwar bei den Molkereien bei der Milchabholung von den Bauernhöfen; zudem wurden die Milchprodukte oder andere Frischwaren auch noch nicht fertig abgepackt in bestimmten Normgrößen abgegeben. Das wurde am Montagmorgen zumeist durch den Großhandel erledigt. Die Nachtschicht von Sonntag auf Montag existierte im Großhandel nicht.

Mit Konzernbildung im Einzelhandel, der rapiden Entwicklung auf der Grünen Wiese und bei den Filial- und Diskonterketten (siehe Politische Berichte Nr. 18/88) änderte sich auch die Struktur im Großhandel. Der Einzelhandel setzte dem Großhandel seine Bedingungen: Lagerhaltung, ständige Lieferbereitschaft, morgens anstatt mittags oder abends Warenanlieferung, Sortimentpflege, Auszeichnung. Zusammen mit der Kapitalbindung durch steigende Abnahmemengen führte das zur Konzernbildung im Nahrungsmittelgroßhandel:

Von 1968 und 1979 mußten 7000 Großhandelsunternehmen im Nahrungsmittelbereich dichtmachen. Es handelte sich hauptsächlich um Unternehmen in der Größenklasse 500 000 bis 1 Mio. DM Umsatz. Im gleichen Zeitraum stieg aber der Gesamtumsatz, den die verblie-

benen 20000 Großhandelsunternehmen tätigten, um 127,5 %. Die Zahl der Beschäftigten fiel gleichzeitig um 12,7 %.

Eine weitere Konzentration wurde direkt von den Einzelhändlern betrieben. Die Kaufhauskonzerne gründeten den Kaufring; Aldi und Coop betreiben eigenen Großhandel; in die ehemaligen Einkaufsgenossenschaften kleinerer Händler drängten sich die Konzerne. Als Beispiel seien nur genannt: Tania-Selex wird beherrscht von Asko/Schaper und Leibbrand; die REWE-Genossenschaft wurde durch den Eintritt von Leibbrand bei REWE zum Belieferer von Großmärkten und Filialbetrieben. In diesen Einkaufsverbänden sind alle Grüne-Wiese-Konzerne als Teilhaber oder Mitglied. Weiter entstanden ganz neue Großhandelsvertriebsformen wie Rack-Jobbing (Regalsystemvermieter, meterweise mit Sortiment) oder das Franchising-System.

Gegen diese Konzerne stellt die HBV in den laufenden Manteltarifverhandlungen u.a. die Forderungen: Fünf-Tage-Woche von Montag bis Freitag, samstags nur bis 12 Uhr, keine Arbeit an Sonn- und Feiertagen, gegen Änderung des Ladenschlußgesetzes.

Quellenhinweis: HBV-Projekt HAZEG, versch. Rundbriefe, Arbeitshilfe Tarifrunde 1989 Großhandel, „Strukturwandel und Rationalisierung im Großhandel“, Referenten-Leitfaden HBV 1986 — (rub)



... Wie Bundeskanzler Helmut Kohl hat auch der amerikanische Präsident in seinen Gesprächen mit der Sowjetunion klargemacht, daß die Mauer weg muß. (Bild und -unterschrift aus einer CDU-Wahlwerbung)

Westberlin

Abgeordnetenhaus-Wahlsieger werden die Kapitalisten sein

Am 29. Januar finden in Westberlin die Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zu den Bezirksverordnetenversammlungen statt. Selten gab es zwischen den bürgerlichen Parteien eine derartige Einigkeit, was die Politik für und mit Berlin (West) betrifft. Die Aussicht auf den europäischen Binnenmarkt lassen CDU, F.D.P. und SPD ins Schwärmen geraten. Berlin, in der „Mitte Europas“ gelegen, bietet „jede Menge Zukunft“ (Wahlkampfmotto der CDU) für diejenigen, die das nötige Kapital haben — oder, populärer ausgedrückt, die über die entsprechende „Kreativität“, „Ideen“ und „Persönlichkeit“ verfügen.

Plötzlich ist die Lage der Stadt kein wirklicher Standortnachteil mehr, sondern die Chance, die sich im Rahmen von Europa für die Zukunft Berlins bietet. Die Nähe zu den Staaten des Warschauer Paktes bietet den Kapitalisten ja schon heute gute Möglichkeiten — nicht zuletzt auch aufgrund zunehmender ökonomischer Abhängigkeit dieser Staaten vom Westen. Und es gibt noch viele lohnende Projekte für die Kapitalisten: Auf dem Gebiet des Umweltschutzes (dagegen darf ja nun wirklich keiner mehr was sagen), der Energieversorgung, der Müllbeseitigung und des Verkehrs läßt sich der sogenannte Wissensvorsprung des Westens nicht nur in Bares umsetzen, sondern vor allem auch zur Erpressung „menschlicher Erleichterungen“ einsetzen. Der scheidende Ständige Vertreter der BRD in der DDR, Bräutigam, hat in einem SFB-Interview bekräftigt: Manches wäre nicht möglich gewesen, wenn es die besondere Situation und Funktion dieser Stadt nicht geben würde. Was anderes kann er meinen, als das

ständige Hineinreden und sich Einmischen in die inneren Angelegenheiten der DDR, das ständige Fordern und Anklagen, das Sich-Lustig-Machen und Besserwissen, von dem die Zeitungen alltäglich voll sind. Stolz resümiert Diepgen auf der Jahrespressekonferenz am 6.1.: „Die konstruktive Einstellung der DDR-Führung zu Berlin ist nicht zuletzt Ausdruck der Anerkennung der gewachsenen Attraktivität des freien Teils der Stadt. Sie kann die innerdeutschen Beziehungen in wichtigen Fragen wesentlich voranbringen.“

Da darf man sich dann auch nicht an den diversen Verstößen gegen das Viermächte-Abkommen reiben, die z.B. die geforderte und geförderte Einrichtung von entsprechenden nationalen und europäischen Institutionen bedeuten werden, denn „Berlin ist Freiheit“ (Wahlkampfmotto der SPD). Wer das wirtschaftlich, wissenschaftlich und kulturell blühende Berlin will, wer teilhaben will an der Zukunft der Stadt im Rahmen von Europa, der muß auch für die revanchistische Berlin- und Deutschlandpolitik sein. Das eine gibts nicht ohne das andere.

Um die „Herausforderung“, „Brücke zwischen Ost und West, zwischen Nord und Süd“ zu sein, bestehen zu können, muß der „Strukturwandel der Berliner Wirtschaft“ energisch vorangetrieben werden. Auch darin sind sich die drei Parteien in der Sache einig, wenngleich die Wortwahl — aus Rücksicht auf das jeweilige Wählerpotential — etwas differiert. Was diese Politik für den in Lohnarbeit stehenden Teil der Bevölkerung bedeutet, wird teils verdeckt, teils unverhohlen ausgesprochen: höhere Leistungsfähigkeit der Betriebe, flexible

Arbeitszeiten, Senkung der Lohnnebenkosten, Liberalisierung des Ladenschlußgesetzes, Privatisierung des ö.D. usw. In den Wahlprogrammen ist deshalb auch viel vom „Individuum“, von „Selbstverantwortung“, von der „Freiheit des Einzelnen“ die Rede und davon, daß diese nicht vom Staat, von Gesetzen und Tarifverträgen eingeschränkt werden dürfen.

Die SPD, die keinen harten „Anti-CDU-Wahlkampf“ führen will (geschweige denn führt, das gleiche gilt in bezug auf die F.D.P.), ist in ihrer Wortwahl etwas vorsichtiger. Aber positive Aussagen, z.B. zur Beibehaltung des Ladenschlusses oder zum Personalausgleich für die Arbeitszeitverkürzung im ö.D., finden sich in ihrem Wahlprogramm nicht. Auch Antworten auf die eher zurückhaltenden Wahlprüfsteine des DGB gibt ihr Programm kaum her. Stattdessen kann sich der SPD-Spitzenkandidat Momper öffentlich vorstellen: „Eine Zusammenarbeit ist mit allen drei anderen Parteien möglich.“ Eine große Koalition in der Sache? Dies zeigt, wie schwach sich die Interessen der Lohnabhängigen zur Zeit Gehör verschaffen können.

Gegenwärtig kann man in Westberlin eine verstärkte ideologische und organisatorische Partei- und Bandenbildung faschistischer Kräfte beobachten. Diese Entwicklung kommt nicht zuletzt durch zahlreiche Kandidaturen zum Ausdruck (REP, Demokratische Allianz, ÖDP und als Wählergemeinschaft im Wedding die „Freiheitspartei“). Dem Diskussionsstand in und zwischen den Parteien und Organisationen der Linken entspricht es, daß es nicht zur Kandidatur eines antifaschistischen Bündnisses gekommen ist, obwohl Ansätze in der praktischen Arbeit durchaus vorhanden sind.

Berlin als Modellstadt der Zukunft — in einem freien Europa — das bedeutet absolute Mehrheit für das Kapital.
— (har)

Aus den Wahlprogrammen von CDU, F.D.P. und SPD

CDU

Menschliche Metropole und Hauptstadt der Deutschen

Im Jahr 1992 wollen die Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft noch enger zusammenrücken. Mit der weiteren Öffnung der Grenzen bieten sich neue Perspektiven für die Wirtschaft, aber auch für die beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten jedes einzelnen Menschen. Erstmals in der Geschichte wird versucht, aus europäischer Außenpolitik eine europäische Innenpolitik zu machen. Dieses Zusammenrücken bringt einen großen Wachstumsimpuls, die Konkurrenz verstärkt sich.

Unsere Stadt hat die Voraussetzungen, sich als geistiges und kulturelles Zentrum, als Wirtschafts- und Wissenschaftsstadt zu bewähren und im Europa der Zukunft ... zu bestehen. Das ist wichtig, nicht nur für die Stadt selbst, sondern auch für die Zukunft jedes einzelnen Berliners.

Von Berlin wird national und international mehr erwartet als von anderen Städten. Mit der Kraft und der Kreativität aller Bürger, mit ihren Ideen und Persönlichkeiten werden wir in der Lage sein, diese Herausforderungen zu bestehen ...

Berlin erfüllt eine nationale Aufgabe — nach innen genauso wie nach außen. Unsere Stadt ist der wichtigste öffentliche Platz in Deutschland. Hier nehmen neue Entwicklungen in wirtschaftlichen, wissenschaftlichen, kulturellen und sozialen Bereichen ihren Ausgang, hier werden Antworten auf die Zukunftsfragen unserer Gesellschaft erprobt ...

Die Berliner CDU glaubt an die Zukunft unserer Stadt. Im Geiste der Freiheit und der Toleranz, des neuen Gemeinnsinns, republikanischer Tugenden und eines aufgeklärten Patriotismus wollen wir Berlins Aufgabe im Europa der Zukunft erfüllen ...

Die Bindungen des freien Teils unserer Stadt an den Bund und nach Westen müssen weiterentwickelt werden. Die Bundesrepublik und die Europäische Gemeinschaft haben ihren Beitrag dazu zu leisten ... Die neuen Kontakte zwischen der Europäischen Gemeinschaft und dem Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe stellen eine Herausforderung und eine Chance dar ...

Engagement für Berlin — Arbeitsplätze für die Berliner

Die Europäische Gemeinschaft und der östliche Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe haben eine gemeinsame Erklärung über die zukünftige wirtschaftliche Zusammenarbeit beschlossen. Berlin ist voll einbezogen und erhält aufgrund seiner Lage in der Mitte Europas die Chance, als Brücke zwischen den beiden Märkten zu dienen ... Damit Berlin als attraktiver Wirtschaftsstandort seinen Stellenwert im internationalen Wettbewerb behaupten kann, müssen wir den Strukturwandel der Berliner Wirtschaft weiter vorantreiben ...

Wir wollen zu einer höheren Leistungsfähigkeit der Betriebe und zu mehr Zeitsouveränität der Arbeitnehmer beitragen, indem wir uns für flexiblere Formen der Arbeitsorganisation einsetzen.

F.D.P.

Aktive Berlin-Politik zwischen Ost und West

Die Lage in und um Berlin ist der Seismograph für die Beziehung zwischen den beiden deutschen Staaten, für das Verhältnis zwischen Ost und West ... Die Entspannungspolitik ist ein konkreter Beitrag zur Sicherung des Friedens. Dabei bleibt unser nationales Schicksal mit der Zukunft Europas verbunden: Die deutsche Frage muß im gesamten europäischen Zusammenhang gesehen und gelöst werden. Diese Europäisierung der deutschen Frage erfordert neue Anstrengungen der deutschen Politik, um den Frieden ... durch eine

neue gesamteuropäische Friedensordnung zu gewährleisten.

... Dabei ist nicht nur eine deutsch-deutsche und speziell Gesamt-Berliner Zusammenarbeit anzustreben, sondern alle europäischen, insbesondere mittel- und osteuropäischen Länder sind ... einzubeziehen.

Wirtschaft, Arbeit, Finanzen — Solidität und Innovation

Nur der Wettbewerb in einer freien und zugleich sozialen und ökologisch verpflichteten Marktwirtschaft schafft dauerhafte Arbeitsplätze, die den Wohlstand sichern. Wettbewerb bietet die beste Grundlage für den notwendigen Strukturwandel ... Die Berliner Wirtschaft, insbesondere mittelständische Unternehmen als die bedeutendsten Arbeitsplatzanbieter, brauchen wettbewerbsfreundliche Rahmenbedingungen, z.B. Beseitigung bürokratischer Investitionshemmnisse und ein flexibleres Arbeitsrecht ...

Die F.D.P. fordert ...: — flexible Wochen-, Jahres- und Lebensarbeitszeit, — weitere Erleichterungen und rechtliche Absicherung der Teilzeitarbeit, insbesondere auch im Bereich des öffentlichen Dienstes, — differenzierte Tarifabschlüsse nach Regionen, Branchen und Firmen, — Liberalisierung des antiquierten Ladenschlußrechts, ... — Abschaffung des Vermittlungsmonopols der Bundesanstalt für Arbeit ...

SPD

Berlin ist Freiheit

Der Status von Berlin ist unverzichtbar, solange für Berlin (West) im Rahmen einer dauerhaften europäischen Friedensordnung keine andere, die Freiheit gleichermaßen garantierende Lösung in Sicht ist. Dennoch darf der Status nicht zur Fessel für notwendige Entwicklungen in der Zukunft werden. Wer künftigen Generationen die Existenz von Berlin (West) als sinnvoll verständlich machen will, wird andere Erklärungsmuster brauchen als das politisch untergegangene Deutsche Reich und das Besatzungsrecht der Sieger.

... Die Zukunft heißt Europa. Berlin (West) gehört zur Europäischen Gemeinschaft, die mit jedem Schritt zur Einheit an wirtschaftlichem Gewicht und politischer Bedeutung gewinnt ... In der Schlußakte von Helsinki 1975 hat zum ersten Mal ein Europa Gestalt angenommen, zu dem der Osten ebenso gehört wie die neutralen und blockfreien Länder Europas. Keine Stadt Europas eignet sich so wie Berlin, ein Ort der Begegnung zwischen den beiden Teilen des Kontinents zu sein ...

Sozialdemokratische Deutschland- und Berlinpolitik will nicht zur Destabilisierung der DDR beitragen. Ihr Ziel ist es, Voraussetzungen schaffen zu helfen, in der DDR und in anderen osteuropäischen Ländern Reformen zu ermöglichen und eine innere Liberalisierung zu erleichtern ... Die Feindschaft der Ideologien muß in einer Kultur des politischen Streits verwandelt werden, die ganz Europa eine neue Periode fruchtbarer Auseinandersetzung und politisch-kultureller Blüte bringen wird.

Wirtschaft und Arbeit

Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik für Berlin ... wird den unverzichtbaren Strukturwandel der Berliner Wirtschaft rascher voranbringen helfen ... Sie wird alles tun, um die geopolitischen Nachteile des Wirtschaftsstandortes Berlin auszugleichen und die einzigartige Lage der Stadt in einen Vorteil zu wandeln ...

Die SPD unterstützt den Kampf der Gewerkschaften um weitere Arbeitszeitverkürzungen ... als Mittel zur Verhinderung von Arbeitslosigkeit; sie muß jetzt noch stärker zu einem Instrument zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit werden ...

Darüber hinaus muß Berlin alles tun, um aus seinem Standortnachteil einen Vorteil zu machen: Berlin kann Stätte der wirtschaftlichen Kontakte und des Dialogs, kann Brücke sein zwischen Ost und West, zwischen Nord und Süd.

Indien

Kashtakari Sanghatna: Organisation für die arbeitenden Massen

Wer seine Informationen über Indien aus bundesdeutschen Medien bezieht wird sich wundern, wenn hier von militanten Basisbewegungen ausgerechnet in Indien die Rede ist. Aber es gibt sie und nach Meinung des indischen Kommunisten Pradip Prabhu gewinnen in den ländlichen Gebieten Indiens die radikalen Basisbewegungen langsam aber stetig an Einfluß. Pradip Prabhu, Mitbegründer der westindischen Bauernorganisation Kashtakari Sanghatna, war im September 1988 in der BRD. Wir hatten Gelegenheit, in einem Gespräch mit ihm Näheres über die Arbeit der Organisation und über seine Ansichten bezüglich der politischen Entwicklungen in Indien zu erfahren.

Wie viele Basisorganisationen hat Kashtakari Sanghatna die größte Resonanz bei den „Adivasis“, also den indischen Stammesvölkern. Zum Namen der Organisation sagt Pradip Prabhu:

„Kashtakari ist jemand, der harte Arbeit verrichtet. K.S. (Sanghatna) der arbeitenden Massen. Das Gebiet, in dem K.S. arbeitet, also im Thana-Distrikt nördlich von Bombay, ist ein von Stam-

breiten. Vielmehr geht es darum, auf einer Mikroebene widerstandsfähige lokale Organisationen aufzubauen. Was die Makroebene betrifft, so arbeiten wir mit anderen Organisationen zusammen, die ähnliche Ziele haben.“

Wir fragten Pradip Prabhu, was K.S. von einer Bauerngewerkschaft unterscheidet. Bei seiner Antwort ist zu bedenken, daß die bedeutenden linken Ge-

mit den Arbeitern anderer Gewerkschaften liegen. Zum anderen hat die Gewerkschaftsbewegung sehr wenig politisches Bewußtsein bei den Arbeitenden entwickelt. Und so hat sich in den Gewerkschaften ein enormer Ökonomismus breit gemacht. Das führt dazu, daß es die alle drei Jahre periodisch wiederkehrenden Arbeitskämpfe für höhere Löhne, für mehr Beschäftigungsgarantien usw. gibt, daß aber gleichzeitig sehr wenige Arbeiter für politische Ziele auf die Straße gehen. Da es die Idee von K.S. ist, für *langfristige* Ziele zu kämpfen, verfolgt K.S. eine doppelte Strategie: Einerseits versucht K.S. das politische Bewußtsein der Massen zu entwickeln und dazu beizutragen, daß dieses Bewußtsein möglichst tief in den Massen verankert ist. Zum anderen versucht K.S. dieses politische Bewußtsein mit der Suche nach politischen Alternativen zu verbinden, damit wir nicht bis zur Revolution warten müssen, bevor gewisse Probleme gelöst sind.

Laßt mich ein Beispiel nennen, und zwar die Frage nach dem Verhältnis zwischen Mann und Frau. Dieses Verhältnis wurde als politische Frage von den Parteien nicht in Angriff genommen. Die theoretische Antwort darauf ist, daß das Patriarchat mit Kapitalismus und Privateigentum eng verbunden ist und daß die Abschaffung von Kapitalismus und Privateigentum automatisch zur Beseitigung des Patriarchats führt. Für uns hingegen ist das Verhältnis von Frau und Mann ein zentraler Bestandteil unserer politischen Arbeit.

Ein weiteres Beispiel ist, daß wir schon jetzt soziale Formen einer klassenlosen Gesellschaft entwickeln. Wir müssen soziale Formen und soziale Institutionen der von uns angestrebten Gesellschaft schon *im Voraus* aufbauen. Kollektive Experimente sind daher nichts, was sich erst mit der Revolution ergibt. Teil unserer Arbeit ist es daher auch, eine Kultur aufzubauen, die ein wesentlicher Teil der Gesellschaft ist, die wir anstreben. Und das ist ein wichtiger Unterschied. Denn meiner Überzeugung nach heißt Kommunist sein nicht nur, bestimmte Ansichten zu haben, sondern genauso wichtig ist es, dementsprechend zu leben. Deshalb ist es von höchster Bedeutung, daß sich deine Ideologie in deinem alltäglichen Handeln widerspiegelt.

Wir müssen versuchen, eine Kultur zu schaffen, in welcher unsere Ideologie in soziale Institutionen umgesetzt ist. Das ist die Aufgabe einer revolutionären Gruppe. Und das ist unsere Verpflichtung der Revolution gegenüber.“

Zuletzt äußert sich Pradip Prabhu zu unserer Frage, wie seiner Meinung nach die Entwicklung der revolutionären Opposition in Indien zu beurteilen ist.

„Wenn man sich die Stellung der radikalen Linken ansieht, kommt als erstes die in den Städten. In den Städten sind wir als eine linke Kraft im Niedergang



Viele Dorfbewohner sind gezwungen in der Stadt zu elenden Bedingungen und Hungerlöhnen zu schuften um ihre Familien am Leben zu erhalten.

mesvölkern bewohntes Gebiet. Deshalb sind die Mitglieder von K.S. fast ausschließlich Stammesangehörige.“

Über das Ausmaß der Arbeit von K.S. berichtet Pradip Prabhu:

„Das Gebiet, in dem wir arbeiten, hat eine Breite von 90 km und eine Länge von etwa 40 km. Es ist nicht sehr dicht besiedelt, da es vorwiegend Waldgebiet ist. Wir arbeiten augenblicklich in etwa 200 Dörfern, und die Zahl nimmt zu. Auf einer anderen Ebene umfaßt unsere Arbeit ein wesentlich größeres geographisches Gebiet. Wir führen nämlich auch Schulungen von Aktivisten durch, bilden politische Kader aus usw. Auf dieser Ebene erreichen wir den halben Thana-Distrikt. Wir führen auch Kaderschulungen für kleinere Organisationen durch. Es ist nicht das vorrangige politische Ziel von K.S., sich schnell auszu-

werkschaften in Indien sehr eng mit zugehörigen linken Parteien verbunden sind.

„Auf den ersten Blick sind bezüglich des Zieles nicht viele Unterschiede zu erkennen. Die linken Gewerkschaften würden theoretisch genauso sagen, daß sie den Klassenkampf vorantreiben wollen, um den kapitalistischen Staat zu stürzen und eine sozialistische Gesellschaft zu schaffen.“

Nun verstehen wir unsere Organisation als eine nicht-parteimäßige politische Formation. Die geschichtliche Entwicklung hat gezeigt, daß sich eine politische Partei mehr den Bedürfnissen der Partei als den Bedürfnissen des Volkes verpflichtet fühlt. Dies führt dazu, daß die Arbeiter einer Gewerkschaft zwar „Proletarier aller Länder vereinigt Euch!“ rufen, gleichzeitig aber im Streit

augenblicklich. Die ganze Art des Denkens, nicht nur auf der nationalen sondern auch auf der internationalen Ebene, scheint sich mehr und mehr in der Weise von Fundamentalismus, Kommunalismus, Rassismus, Sektierertum usw. zu entwickeln. Und das geschieht auch in Indien. So zum Beispiel in Maharashtra die Organisation Shiv Sena, eine sehr kommunalistische und sektiererische Gruppe, klar ganz rechts, wächst rapide im gesamten Bundesstaat. Die wachsende Popularität dieser Organisation ist eine Kombination der Mißgriffe rechter Politik, die ganze Situation wachsender Armut, und die um sich greifende Enttäuschung der ärmeren Schichten über die Möglichkeiten der Änderung ihrer Lebensumstände. Bis jetzt glaubten immer noch viele, daß die großen Parteien, vor allem die Congress Partei, die Probleme lösen könne. Es ist also ein Scheitern auf der politischen Ebene, und es ist auch ein Versagen der Linken, die Massen mit einer revolutionären Botschaft zu erreichen.

Dies geschieht ebenso in den ländlichen Gebieten. Die Mittelbauern streben nach mehr politischem Einfluß, wodurch ähnliche Organisationen wie die genannten entstehen. Wenn man die Sache also vom Parteienstandpunkt aus betrachtet, muß man feststellen, daß die Linke an Einfluß verliert. In den Städten, z.B. in Bombay, haben sich militante Gewerkschaften gebildet, die eine recht perspektivlose ökonomistische Politik betreiben.

Wenn man dagegen die sehr militanten Gruppen in den ländlichen Gebieten betrachtet, also die marxistisch-leninistischen Gruppen, die CPI/ML oder was man gewöhnlich unter dem diffusen Begriff 'Naxaliten' faßt, dann kann man sagen, daß deren Basis wächst. Ihre Politik erreicht immer mehr Menschen, sogar in Gegenden, die bisher unerreichbar waren, wie z.B. Bihar, Uttar Pradesh oder Andhra Pradesh. Es ist auch eine Zunahme der Nicht-Partei-Formationen festzustellen, deren Resonanz wächst.

Die Situation ist also so, daß die Parteien oder Nicht-Partei-Formationen



wachsen, die in der Lage sind, mit revolutionären und militanten Kampfaktionen mit den Massen selbst zu gehen. Langsam vielleicht, aber sie wachsen. Dagegen sind die Parteien, die sich auf das schmierige bourgeoise Parlamentsgeschäft einlassen, im Niedergang begriffen. Das ist meine Einschätzung.“
— (C., cog)

Dokumentiert: Kampf der Dorfbewohner gegen das Herrschaftssystem

Was bedeutsam ist im Kampf gegen das Herrschaftssystem sind die Bemühungen der Dorfbewohner die Ergebnisse ihrer Kämpfe zu sichern. Obwohl von den Geldverleihern wie vorher das Geld eingetrieben wurde und die Notwendigkeit für Kredite bestehen blieb, konnten Mißbrauch und Belästigungen drastisch eingeschränkt werden. Die materielle Basis der Verletzbarkeit und Unterwürfigkeit war unverändert. Der kollektive Kampf gegen die Ausbeuter bewirkte zugleich einen kollektiven Kampf um innerhalb der Gemeinschaft Strukturen genossenschaftlicher Zusammenarbeit zu bewirken. Der Bedarf an Verbrauchskrediten während der schlechten Anbausaison führte zur Entwicklung genossenschaftlicher Getreidebanken unter Leitung lokaler Kader. Bezüglich der Ausgaben für feierliche Anlässe wie Hochzeiten wurde ein zweigleisiges Programm gestartet, um kostengünstige Gruppenhochzeiten zu befördern welche das ganze Dorf einschlossen und diese dann langsam in einen Fond des Dorfes zurückgezahlt wurden. 40 Hochzeiten dieser Art fanden statt mit niedrigen Kosten und ohne Alkohol. Den Ausgaben für Ahnenverehrung wurde durch freiwillige Beiträge entsprochen mit der Auflage, daß sie nicht über einen festen Betrag hinausgehen. Ausgaben für Krankheit wurde durch einen Notfond begegnet, der zu diesem Zweck geschaffen wurde. Hauptarbeiten, die sonst notwendiger-

weise angestanden wären, wie Hausbau und Reparaturen, anlegen und planen von Ausgleichsrändern an den Feldern, und andere landwirtschaftliche Tätigkeiten wie Bepflanzung und Ernte, welche in der Vergangenheit Bauern in Schuldknechtschaft getrieben hatten, werden nun durch gemeinsame Verteilung der Arbeit geregelt. Lösungen bezüglich der lokalen Probleme wurden gefunden und Dorfstreitigkeiten jetzt gelöst, welche in der Vergangenheit nur Bruchstücke von Gemeinsamkeit übriggelassen hatten. Komitees wurden eingerichtet um schnell zu handeln und ein Problem zu untersuchen, um den Prozeß der Beschlußfassung zu beschleunigen. Um eine neue Tradition des gemeinsamen Handelns aufzubauen, versuchten die Dorfgruppen Aktionskomitees zu bilden für unterschiedliche Probleme und stellten sicher, daß die Verantwortlichkeiten so weit wie möglich verteilt wurden. Diese Komitees waren für das ganze Dorf verantwortlich.

Der Kampf gegen das Herrschaftssystem brachte die Frauen in die vorderste Front. Ihr Zusammenhalt und ihre Militanz wurde zur Herausforderung für die Männer. Ihre Teilnahme an den Diskussionen, Überlegungen usw. brachte langsam Veränderungen in das Verhältnis von Mann und Frau, in die Familien und in das Dorf.

(Entnommen aus: Agrarian Struggles in India after Independence, Hrsg. A. Desai, Delhi, 1986)

Spanien

Generalstreik in ganz Spanien

Lohnsenkungen, wachsende Arbeitslosigkeit, Betriebsstillegungen sollten der Preis für die neue Rolle Spaniens in Europa sein. Das war der Grundsatz der Europa-Politik der Regierung Gonzales. Dagegen hat der 24-stündige Generalstreik der Gewerkschaften am 14.12.88 zwei bedeutende Erfolge erzielt: 24 Stunden stand die Produktion und Verwaltung in Spanien weitgehend still, und die Regierung Gonzales mußte einen „Dialog ohne Vorbedingungen“ über ihre weitere Wirtschaftspolitik anbieten und: erstmals seit dem spanischen Bürgerkrieg war ein erfolgreicher Generalstreik gemeinsam von den beiden großen Gewerkschaftsbewegungen, den Comisiones Obreras (CCOO) und der sozialdemokratisch bestimmten UGT durchgeführt worden. Auch die bürgerliche Presse in Spanien kommt nicht umhin, den Generalstreik als Erfolg der Gewerkschaften und als Niederlage der Regierung zu bezeichnen.

90 Prozent aller Lohnabhängigen haben sich nach Angaben der Gewerkschaften an dem Streik beteiligt. Protestdemonstrationen fanden u.a. in Barcelona, Sevilla, Oviedo und Madrid statt. In Barcelona demonstrierten 120 000, in Sevilla 40 000, in Valencia 50 000.

Der Generalstreik war ein Streik ge-

gen die „Wirtschaftspolitik der Regierung Gonzales“. Ausgangspunkt war die Forderung nach der Rücknahme eines Regierungsplanes zur Jugendarbeitslosigkeit. Die Regierung hatte beabsichtigt, unter dem Vorwand der Schaffung von 300 000 Arbeitsplätzen für Jugendliche einen sog. „Mindestlohn“ für Jugendliche, die Freistellung der Kapitalisten von den Sozialversicherungsbeiträgen für Jugendliche und die gleichzeitige Senkung der Steuern für Kapitalgesellschaften durchzusetzen. Die Rücknahme dieses Gesetzesvorhabens war die gemeinsame Hauptforderung beider Gewerkschaften. Weitere Forderungen gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung waren: zwei Prozent allgemeine Lohnerhöhung als Inflationsausgleich, Angleichung der Mindestrente an den gesetzlich garantierten Mindestlohn, mehr Geld für Arbeitslose. Als Vorbedingung für weitere Verhandlungen hatten die beiden Gewerkschaften die Anerkennung dieser Forderungen durch die Regierung gesetzt. Die Regierung wird aufgefordert, ein Programm zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vorzulegen. (Mit rd. 19% liegt die durchschnittliche Arbeitslosigkeit in Spanien an der Spitze aller EG-Staaten.) Außerdem fordern die Gewerkschaften den Rücktritt mehrerer Minister. Sie fordern eine „Abkehr von der marktwirtschaftlichen Politik“, also genau von der Europa-Politik der Regierung Gonzales.

Quellenhinweis: El Pais, Handelsblatt, FAZ — (chc)

Kanadische Indianer

Uraninteresse ruiniert Saskatchewan

Saskatchewan ist die mittlere der drei kanadischen Prärieprovinzen. Auf der Landkarte gleicht es einem Handtuch, mit einer Nordsüd-Länge von 1200 km und einer Fläche von gut zweimal der BRD. Die europäische Besiedlung hat nur das südliche Drittel erfaßt; weiter nördlich unterbrechen nur vereinzelte Ortschaften, Straßen und Flugplätze das Bild gewaltig ausgreifender und verästelter Systeme von Seen und Flußläufen in Richtung der Hudson Bay.

Ein Teil ist das etwa 300 000 qkm große Athabasca-Becken im Norden von Saskatchewan. Hier befindet sich eine der qualitativ und quantitativ größten Uranlagerstätten, mit deren Ausbeutung in den fünfziger Jahren zunächst vor allem zu militärischen Zwecken begonnen wurde. Uranhöfliches Gestein, das in der Regel nur einige Zehntel Prozent Uran aufweist, enthält dort zum Teil Werte, die um das Hundertfache höher liegen. Innerhalb der letzten fünfzehn Jahre wurde Saskatchewan zur wichtigsten Produktions- und Verarbeitungs-

stätte der Uranindustrie. Sowohl die Provinz- wie auch die kanadische Bundesregierung sind finanziell beteiligt. Die Preiserhöhung zwischen 1972 und 1977 von vier auf 42 US-Dollar für ein Pfund Uranoxid hat aufwendige Explorationen rentabel gemacht, so etwa unter dem Wollaston-See.

Der Wollaston-See ist Trinkwasserreservoir der Anwohner und bildet durch den Fischfang eine der Existenzgrundlagen der Bevölkerung. Am Südostrand des Sees leben etwa 800 Chippewyan und Métis (Nachkommen aus Mischehen mit Weißen). Ihre traditionelle Wirtschaft besteht aus Fallenstellen, Fischen und der Jagd.

1984 trennte die Firma Eldorado Nuclear Ltd., die der kanadischen Bundesregierung gehört, für eine geschätzte Ausbeutezeit von sieben Jahren einen Teil des Wollaston-Sees mit einem Damm ab, der später wieder beseitigt werden soll. Man rechnet damit, daß das kontaminierte Wasser bezüglich Trinkwasser und Fischgründen dauerhaften Schaden anrichtet. Das gleiche Vorgehen ist bei drei weiteren Uranlagerstätten in der Umgebung des gleichen Sees geplant.

Im Kampf gegen diese rücksichtslose Vernichtung ihrer Lebensgrundlagen haben die Indianer teilweise Unterstützung von Gegnern des Uranabbaus erhalten. Im Juni 1985 fand eine mehrtägige Versammlung statt, in der die Blockade einer Zufahrtsstraße zu einer Mine beschlossen wurde. Insgesamt waren 200 Menschen versammelt, die Blockade konnte vier Tage aufrecht erhalten werden, und sie kam auch im Parlament von Saskatchewan zur Sprache. Es gelang dann aber der Regierungsseite, mit Hilfe von Geldmitteln und dem Arbeitsplatzargument die indianische Seite zu spalten und einige für die Zusammenarbeit mit Untersuchungskommissionen zu gewinnen.

Im gleichen Gebiet liegt auch die Rabbit-See-Mine, die 1975-1984 unter 49%-iger Beteiligung der westdeutschen Uranwirtschaft im Tagebau ausgebeutet wurde. Im Januar 1988 wurde hier der Bau einer weiteren Mine von der Regierung genehmigt: Eagle Point. Sie wird täglich 2000 Tonnen fester Abfälle und — bei der Mühle — täglich mindestens weitere 4000 Tonnen radioaktiv schwermmetallverseuchte Flüssigabfälle produzieren.

Eine der größten Uranminen der Welt befindet sich am Key-See, entdeckt von der BRD-Firma „Uranerzbergbau“ mit Geldmitteln des Bundesministeriums für Forschung und Technologie (1975). In Kanada tätig sind ferner die „Urangeellschaft“ und die „Interuran-Saarberg-Interplan-Uran“. Bei wiederholt geschehenen Unfällen flossen viele Millionen Liter radioaktiv verseuchter Flüssigkeit aus Rückhaltebecken in die Umgebung.

Quellenhinweis: Pogrom 140, 5/88, mit vielen Literaturhinweisen — (mfr)

USA

Aggressionskurs gegen Libyen

Unter den bisherigen Ergebnissen der neuerlichen US-Kampagne gegen Libyen sind drei Dinge zu unterscheiden: Erstens ist der BRD-Imperialismus offenkundig in großem Ausmaß Exporteur von Anlagen zur Produktion chemischer Waffen. Die Enthüllungen und Angriffe von US-Regierung und -Presse gegen die BRD beabsichtigten, einen inzwischen starken Konkurrenten im Waffengeschäft zu schwächen. Gerade die jetzt aufgedeckten Lieferungen an Libyen machen aber deutlich, daß imperialistische Exporte von Waffen und Militäranlagen die Abhängigkeit der importierenden Länder der Dritten Welt nicht lockern, sondern im Gegenteil festigen.

Zweitens ist die imperialistische Pro-



paganda über alle Differenzen hinweg mit ihrer Absicht weit gediehen, in der öffentlichen Meinung fest zu verankern, daß es international zweierlei Recht gebe, eines für „zivilisierte“ Nationen, sprich für Großmächte und ihre Verbündeten, ein anderes für „unzivilisierte“, sprich unterdrückte Nationen. So selbstverständlich Libyen das Recht auf Produktion von C-Waffen abgesprochen wird, so selbstverständlich wird es den USA, die chemische Waffen im Vietnamkrieg einsetzten und seit geraumer Zeit die Produktion moderner chemischer Binärwaffen aufgenommen haben, oder etwa auch Frankreich und Israel zuerkannt. Das Genfer Protokoll von 1925 erlaubt ausdrücklich die Produktion chemischer Kampfstoffe für alle Staaten, untersagt aber ihre Anwendung, es sei denn als Gegenreaktion. Im Gegensatz zu den USA hat Libyen erklärt, sich an einer Konvention zum allgemeinen Chemiewaffenverbot beteiligen zu wollen. (1) Daß sich die USA dennoch so unangefochten zum Weltgendarmen

aufwerfen können, enthüllt eine bei aller Konkurrenz doch tiefverwurzelte imperialistische Komplizenschaft.

Deshalb sind — drittens — die Aggressionsdrohungen der USA gegen Libyen sehr ernst zu nehmen. Die US-Regierung hat ihre Absicht, Ghaddafi zu stürzen, nicht aufgegeben. Zunächst hatte sie Ende 1988 die 1986 verhängten Sanktionen gegen Libyen verlängert. Dann kündigte Reagan die mögliche Bombardierung der Fabrikanlagen in Rabd, Libyen, an. Unmittelbar darauf wurden Pentagon-Planungen öffentlich, denen zufolge Libyen gegebenenfalls von Kriegsschiffen oder U-Booten aus dem Mittelmeer heraus bombardiert werden sollte. Zu gleicher Zeit setzten die USA den Flugzeugträger „Roosevelt“ in Marsch in Richtung Mittelmeer, wo sich der Flugzeugträger „Kennedy“ in nicht allzu großer Entfernung der libyschen Territorialgewässer bereits postiert hatte. Am 4. Januar schließlich schossen zwei US-Kampfflugzeuge vom Typ F-14 zwei libysche MiGs ab. Die offizielle US-Version von der „Selbstverteidigung“ wurde inzwischen in den USA selbst widerlegt: Die F-14 haben den MiGs nicht, wie behauptet, auszuweichen versucht, sondern haben Kurs auf sie genommen, als diese noch 130 km entfernt waren. Die angeblichen fünfmaligen „Ausweichmanöver“ kennzeichnete US-Admiral a.D. Carroll, früher Befehlshaber einer US-Trägergruppe im Mittelmeer, als „ganz normal(en) Versuch, sich in eine günstige Position“ für Luftkampf zu bringen. Vor allem aber war, anders als behauptet, der Zielradar der libyschen Maschinen nachweisbar nicht eingeschaltet. Die zweite libysche Maschine war bereits auf der Flucht, als sie von hinten abgeschossen wurde. (2) So ist kaum mehr zu bezweifeln, daß der Abschluß der libyschen MiGs Bestandteil einer Aggressionsstrategie und Vorbereitung zu militärischen Angriffen auf libysches Territorium ist, an denen als enger Verbündeter mit der Bereitstellung von Logistik und Hinterland auch die BRD beteiligt ist.

Quellenhinweis: (1) FAZ, 27.12.1988; (2) Spiegel, 16.1.1989 — (scc)

Türkei/Kurdistan

Erfolgreiche Aktion der ARGK

Anfang Dezember gelang Einheiten der kurdischen Volksbefreiungsarmee (ARGK) in den türkisch besetzten Gebieten Kurdistans ein spektakulärer Schlag gegen die türkischen Truppen. Mehrere Einheiten der türkischen Armee, darunter eigens zur Bekämpfung der Guerillas gebildete sogenannte „Spezialteams“, die eine Einheit der ARGK einkreisen und vernichten wollten, wurden im Gebiet der Cudi-Berge selber von ARGK-Einheiten eingekreist und in eine

Falle gelockt. Nach zwei Tage währenden Gefechten gaben die türkischen Truppen offiziell einen toten Oberleutnant, zwei getötete Unteroffiziere und fünf getötete Soldaten als eigene Verluste zu. Die tatsächlichen Verluste der türkischen Streitkräfte scheinen aber größer gewesen zu sein, da verschiedentlich noch von drei „erfrorenen“ und weiteren „vermißten“ Soldaten die Rede ist. Außerdem sollen die türkischen Einheiten noch einen Hubschrauber bei den Auseinandersetzungen verloren haben, während die ARGK-Einheiten keinen einzigen Verlust hinnehmen mußten.

Auf einer sofort einberufenen Sonder-sitzung, an der u.a. Premierminister Özal, der für die kurdischen Provinzen zuständige „Super-Gouverneur“, Verteidigungsminister Vuralhan, der Chef des Generalstabes und die Führer aller türkischen Teilstreitkräfte teilnahmen, berieten die türkischen Kolonialisten unmittelbar nach ihrer schweren Niederlage über Konsequenzen daraus. Wenige Tage später begann eine große türkische Militäraktion im Gebiet der Cudi-Berge, an der auch Spezialeinheiten mit Hubschraubern und eigens für den Winterkampf ausgerüstete Einheiten teilnah-

men. Auch diese Aktion endete ohne Verluste der ARGK, während auf türkischer Seite ein Oberleutnant und ein Soldat fielen und ein weiterer verletzt wurde.

Wenige Tage nach dieser erfolgreichen Aktion gelang der ARGK im Gebiet zwischen Siirt und Kurtalan ein weiterer Schlag gegen die türkischen Truppen. Dabei kamen zehn türkische Soldaten ums Leben.

Noch kurz vor diesen Auseinandersetzungen hatte die türkische Regierung den Eindruck zu erwecken versucht, als sei der kurdische Befreiungskampf bereits geschlagen und die PKK am Boden. Diese Propaganda ist nun Lügen gestraft. Offenbar in Reaktion auf diese Rückschläge erwägt die türkische Regierung nun auch offiziell, den schon seit Jahren über die kurdischen Provinzen verhängten Ausnahmezustand weiter auszudehnen. In einer Rede vor Vertretern türkischer Lehrer verkündete Premierminister Özal: „Wir wollen ein Gesetz herausbringen, das der Ausnahmesituation dieser Region angepaßt ist.“

Quellenhinweis: Nachrichten aus Kurdistan, Hrsg. Kurdistan-Komitee in der BRD, Dezember 1988 — (rül)

US-Luftfahrtindustrie

Der freie Konkurrenzkapitalismus fordert seine Opfer

Unmittelbar nach dem Absturz des Pan Am-Jumbo-Jets über Schottland am 21. 12.88, ohne auch nur die geringsten Fakten in der Hand haben zu können, haben die Sprecher von Pan American Airlines und von Boeing Sabotage — „eine Bombe“ — an die erste Stelle der Ursachen des Absturzes gerückt. Zugleich lobte Boeing die Sicherheit und Zuverlässigkeit seiner 747. Die Bombe, immer als Spekulation bezeichnet, wurde fleißig weiter propagiert, und am 26.12. verkündete der ehemalige Terrorismusabwehr-Chef des Pentagons, daß „die Um-

stände und frühere Vorfälle“ auf eine Bombenexplosion deuten und: „der wahrscheinlichste Kandidat ist die syrische Regierung im Augenblick.“ Zu diesem Zeitpunkt tendierten britische Experten noch zu technischem Versagen.

Beide Firmensprecher griffen zu glatten Lügen in ihren Versuchen, von Anfang an die Frage der Sicherheit und Wartung der Verkehrsflugzeuge aus der Debatte zu drängen. Der Pan Am-Sprecher behauptete, daß es in der „neueren Geschichte“ nur einen Fall gegeben habe, wo ein Flugzeug auf einem Transat-





Der japanische Kaiser Hirohito, der zur Zeit des Dritten Reiches enger Verbündeter des Hitler-Faschismus war und der als regierender Kaiser der oberste Militärführer der japanischen Aggressionsarmeen auf dem asiatischen Festland war, ist aus Anlaß seines Todes von der Bundesregierung gebührend gewürdigt worden. Bundeskanzler Kohl erinnert unverblümt an die gesamte Zeit deutsch-japanischer Freundschaft: „Der Weg Japans zu einem der fortgeschrittensten Staaten der Erde ist untrennbar mit seiner mehr als ein halbes Jahrhundert umspannenden Herrschaftszeit verbunden. Die in der Meiji-Epoche begonnene Öffnung des Landes hat unter dem verstorbenen Kaiser ihre Vollendung erfahren.“ — (uld)

Italien: Generalstreik in Vorbereitung

Die drei großen italienischen Gewerkschaftsbünde CGIL, CISL und UIL mit zusammen 8 Millionen Mitgliedern bereiten für den 31. Januar einen landesweiten Generalstreik vor. Dieser richtet sich gegen die Steuer-, Sozial- und Wohnungspolitik der Regierung de Mita. Die zum Jahresanfang in Kraft getretene Steuerreform der Regierung hat u.a. die Mehrwertsteuer auf über 100 Waren des täglichen Bedarfs angehoben. Zusätzlich bereitet die Regierung ein „Gesetz über angemessene Mieten“ vor, das in den 90er Jahren noch bestehende Mietbindungen aufheben soll und zu schroffen Mietsteigerungen führen wird. Schon jetzt sind mehr als 600 000 italienische

Familien zwangsgeräumt, weiteren 3 Millionen Familien droht die Zwangsäumung. — (rül)

USA: Giftgasproduktion wird gesteigert

Die USA wollen in den nächsten zehn Jahren „große Mengen binärer chemischer Munition“ (FAZ, 17.1.89) herstellen, zuerst als Artilleriegranaten, dann als „Bigeye“-Bomben und schließlich als Raketenmunition. Die Kosten dieser chemischen Rüstung sollen sich auf 3 Mrd. Dollar belaufen. Erst 1987 hatte der US-Kongreß den 1969 nach Protesten wegen Giftgaseinsätzen in Vietnam beschlossenen Produktionsstopp für chemische Waffen wieder aufgehoben. — (rül)

Siemens-Chef hetzt gegen brasilianisches Arbeitsrecht

Hermann Wever, Chef von Siemens do Brasil, klagt über die neue Verfassung. Sie leiste einen „nicht unwesentlichen“ Beitrag zur Abschreckung ausländischer Investoren. In der Verfassung verankerte Sozialleistungen wie die Einführung der 44-Stunden-Woche, das Streikrecht, verlängerter Mutter- und Vaterschaftsurlaub würden die Produktionskosten „schubartig“ steigen lassen. — Dessen ungeachtet präsentiert Siemenschef Wever einen Umsatzrekord seines Unternehmens, den er mit 545 Mill. \$ gleich 26 % Steigerung beziffert. Den Gewinn gibt er mit 17,4 Mill. \$ an, was 3 % vom Umsatz sind. Die Investitionen will er — wohl nur zum selbstlosen Vorbild für die brasilianische Gesamtwirtschaft — um 25 % auf 40 Mill. \$ steigern. Was Wever wohl am meisten beunruhigen dürfte, ist die Ankündigung der Gewerkschaften, den neuen „Stabilisierungsplan“ der Regierung nicht ohne Inflationsausgleich zu akzeptieren. Die Gewerkschaften bekräftigten ihre „unverrückbare Opposition“ gegen den Plan, die Löhne an Inflationsvorgaben und nicht, wie bisher, nach Maßgabe der unmittelbar vorhergegangenen Monatssteigerung anzupassen. Luis Antonio Medeiros, ein Führer der brasilianischen Metallarbeiter-Gewerkschaft, hat dem die Lohnindexierung betreffenden Teil des „Sommerplans“ schon den „gnadenlosen“ Kampf mit der der Bemerkung angesagt, es sei „wahrscheinlicher, daß dieser Minister als daß die URP zu Fall kommt“. Medeiros und andere Gewerkschafter drohten auch, sie würden einen Generalstreik ausrufen, sollte man versuchen, die Krise wieder auf dem Rücken der Lohnabhängigen zu lösen. (Quellen: Handelsblatt 3.1. und 11.1.89 — poj, AGM)

lantikflug seine Flughöhe erreicht habe und dann abgestürzt sei. Das war die Air-India-Maschine, die 1985 über der Irischen See abstürzte. Als Ursache werde eine Bombe vermutet. Der Boeing-Sprecher sagte, sein Untersuchungsteam sei damit beauftragt, nach Zeichen von Sabotage zu suchen, „weil kein einziger der 600 747-Jets, die wir hergestellt haben, je wegen mechanischer Fehler aufgehört hat zu fliegen“. Tatsache ist, daß das britische Regierungslabor, das Überreste des Air-India-Jumbos untersuchte, keine eindeutigen Anhaltspunkte für eine Bombe finden konnte. Tatsache ist, daß Boeing die volle Verantwortung für den Absturz einer 747 der Japan Air Lines im Jahre 1985 infolge einer fehlerhaften Reparatur übernommen hat und daß die US-Luftfahrtbehörde (FAA) daraufhin die Behebung des Konstruktionsmangels bei allen 747 angeordnet hat.

In den Tagen nach dem Absturz von Pan Am Flug 103 gaben die Pressebe-

richte einen beredtes Bild der Sicherheit der Flugzeuge. Am 26.12. mußte eine Boeing 727 der Eastern Airlines notlanden, nachdem sich ein 30x50 cm großes Loch am Heck unterhalb des Triebwerks aufgetan hatte. Zwei Tage später, bei der Inspektion der anderen 727 der gleichen Fluggesellschaft, wird bei einer weiteren Maschine ein 8cm großes Loch gefunden. Risse bei Flugzeugen seien normal, es gebe sie vom ersten Tag an, und sie seien dafür ausgelegt, erklärt ein Firmensprecher. Am gleichen Tag kehrt eine Pan Am 747 um, nachdem in der Luft ein Triebwerk ausfiel. Am 8.1. schließlich stürzt eine Boeing 737 der British Midland ab, nachdem beide Triebwerke ausfielen.

Die Monate zuvor waren auch nicht geeignet, das Vertrauen in den Flugverkehr zu heben. Eine kurze Auswahl aus Presseberichten: 13.1.88 — die großen Fluglinien hatten im letzten Jahr die meisten Unfälle in 13 Jahren. 9.3. — die

FAA kündigt eine Untersuchung der Kurzstreckenlinien an nach sieben Abstürzen mit Toten in vier Monaten. 1.4. — Piloten melden 105 Fastzusammenstöße in der Luft für Januar und Februar, im Jahr zuvor waren es 146. 14.4. — die FAA verhängt \$820 000 Geldstrafe gegen Eastern Airlines und ordnet Inspektion aller Flugzeuge an. 3.6. — die FAA verkündet, daß Eastern Airlines sicher sei, daß jedoch die Auseinandersetzungen mit den Gewerkschaften die öffentliche Sicherheit gefährden könne. 29.4. — eine Boeing 737 der Aloha Airlines (Hawaii) verliert im Flug das gesamte Kabinoberteil zwischen Cockpit und Tragfläche. Die Bombentheorie hält sich nur einen Tag, es gibt zuviele Zeugen. 1.9. — ein 727-Jet stürzt Sekunden nach dem Abheben in einem Feuerball ab. 20.10. — die FAA ordnet die gründliche Inspektion der alternenden 737-Jets an, nachdem an einer 737 ein 30cm langer Riß an ähnlicher Stelle wie bei dem Aloha-Jets

PLO erhält Rederecht vor UN-Sicherheitsrat

Der Sicherheitsrat der UNO muß der PLO künftig das Rederecht gewähren. Das beschloß der Sicherheitsrat mit Mehrheit am 12. Januar. Gegen solche Beschlüsse besteht kein Veto-Recht der Ständigen Mitglieder. Dies ist eine weitere Festigung des internationalen Status der PLO, weil nach den Statuten der UNO nur Staaten, aber nicht Vertreter von Organisationen vor dem Sicherheitsrat sprechen dürfen. Die Befürwortung des Antrags der PLO kommt also einer Anerkennung als Regierungsvertretung der Palästinenser gleich. — (uld)

BRD-Experten arbeiten Namibia-Verfassung aus

Der Nachfolgestaat des Deutschen Reiches, bis 1918 Kolonialmacht über Namibia, schwingt sich auf, auch weiter als Kolonialherr tätig zu sein. Nach Meldungen der Zeitschrift „New African“ vom Januar 1989 sind nach wie vor westdeutsche „Experten“ damit beschäftigt, einen Verfassungsentwurf für das künftige, unabhängige Namibia auszuarbeiten. Auftraggeber sollen Südafrika und einige namibische Parteien sein — anscheinend die „Interessengemeinschaft Deutschsprachiger in Namibia“. Eine solche Arbeitsgruppe hatte bereits für die von Südafrika eingesetzte Marionettenregierung gearbeitet, sie war 1985 von der Konrad-Adenauer-Stiftung unter Beteiligung des Bundesverfassungsrichters Hugo Klein, des Kölner Juristen Martin Kriel und des CDU-Bundestagsabgeordneten Hornhues gebildet worden. Wahrscheinlich ist, daß die „Expertengruppe“ identisch ist. Die Kräfte des Befreiungskampfes haben keine auswärtigen Experten mit der Aufgabe betraut, ihnen eine Verfassung zu schmie-

den. Westdeutsche Experten haben bisher unter anderem an der Erstellung der reaktionären Verfassungen des faschistischen Chile und der Türkei mitgewirkt. — (uld)

Mercedes Südafrika: Streik gegen Entlassungen

Ende letzten Jahres hatte Mercedes-Benz of South Africa 18 Arbeiter wegen Teilnahme an Streiks im Mai 1988 entlassen. Ein mit der Metallgewerkschaft NUMSA vereinbartes Schiedsgericht habe die Arbeitsverhältnisse aufgelöst. Die Ent-

lassenen gehören zu den führenden Gewerkschaftern im Betrieb. Als das Urteil bekannt wurde, trat die Belegschaft von Mercedes-Benz in den unbefristeten Streik, um gegen das Schiedsgericht die Wiedereinstellung zu erkämpfen. Bis zu den dreiwöchigen Weihnachtsferien hat der Streik gedauert. Ob er zu Jahresbeginn weitergeführt wurde, ist nicht bekannt. Das Schiedsgericht mit einem „unabhängigen“ Vorsitzenden gibt nicht unbedingt die Interessen der Arbeiter wieder. Quelle: Anti-Apartheid-Bewegung Lokalgruppe Stuttgart. — (ros, AGM)



Etwa 10000 Lohnabhängige demonstrierten am 12. Januar in Mexiko-City gegen die Verhaftung mehrerer Vorstandsmitglieder der Gewerkschaft der Erdölarbeiter. Insgesamt 20 Funktionäre der 210000 Mitglieder zählenden Erdölarbeitergewerkschaft wurden am 11. Januar in einer großen Polizeiaktion verhaftet. Angeblich sollen diese illegale Waffengeschäfte getätigt und Gewerkschaftsgelder veruntreut haben. Der Vorsitzende des Dachverbandes der mexikanischen Gewerkschaften CTM, Fidel Velazques, verurteilte die Verhaftungen als verfassungswidrig und forderte die sofortige Freilassung der Verhafteten. Mexiko würde sonst in einen „unkontrollierbaren Autoritarismus“ abgleiten, der das Land in die „politisch Anarchie und die Gewalt der Reaktion“ treibe. Das Linksbündnis „National-Demokratische Front“ (FDN) fordert die Freilassung der inhaftierten Gewerkschafter. Bild: Demonstration am 11. Januar. — (rül)

gefunden worden war. 30. Nov. — die FAA schlägt Änderungen des Startalarmsystems bei ziemlich allen Verkehrsflugzeugen vor, nachdem festgestellt wurde, daß eine erhebliche Zahl von Alarmsystemen nicht funktioniert.

Der gemeinsame Nenner zwischen den verschiedenen Erscheinungen von sich verschlechternder Flugsicherheit ist die „Deregulation“. 1978 unterzeichnete Präsident Jimmy Carter ein Gesetz, das die staatliche Aufsicht über Flugrouten und Preise aufhob. Seither hat sich der Luftverkehr zu einem klassischen Beispiel des ungezügelten Konkurrenzkapitalismus entwickelt. Als erstes schossen eine große Zahl neuer Fluggesellschaften aus dem Boden, die billige, nicht gewerkschaftlich organisierte, weniger erfahrene Arbeitskräfte (inklusive Piloten) anheuerten. Das bekannteste Beispiel ist Peoples Express. Diese versuchten, mit Dumping-Preisen auf den meistgeflogenen Routen ins Geschäft einzu-

brechen. Der nun ausbrechende Preiskrieg wird auf dem Rücken der Beschäftigten und der Flugreisenden ausgetragen. Innerhalb der letzten fünf Jahre wird der Lohnkostenanteil von über 40% auf 35% gesenkt. „Gespart“ wird auch an Wartung und Reparatur. Die Luftfahrtindustrie kann auf eine verständnisvolle FAA unter der Reagan-Regierung rechnen. 1983 hatte diese FAA auf Geheiß Reagans ohne Rücksicht auf die Sicherheit alle Fluglotsen während eines Streiks entlassen. Was die Sache noch verschärft, in dieser Zeit der Halsabschneiderkonkurrenz werden wenige neue Flugzeuge gekauft. Seit 1979 hat sich das durchschnittliche Alter der Flotte der großen Fluglinien von 10,3 auf 12,5 Jahre erhöht. Die Aloha Airlines 737 war 19 Jahre alt. Die 727 mit dem 20x50 cm Loch war 20 Jahre und die Pan Am 747 „nur“ 18 Jahre alt. Von den 111 727 von Eastern Airlines haben 46 mehr als 30000 Landungen hinter

sich. Eine große Zahl von DC9 mit mehr als 50000 Landungen ist im Verkehr.

Mitte 1987 erreichen die Flugpreise den Tiefpunkt. Die Propheten von Reaganomics blasen die Schallmeien. „Die ökonomische Deregulation der Luftfahrt ist eine der größten populistischen Reformen seit dem zweiten Weltkrieg“, verkündet der Verkehrsminister. Die neuen und kleinen Fluglinien sind am Ende ihrer Finanzkraft. Die großen kaufen auf. Peoples Express verschwindet. Was bleibt, sind schlechterer Service, unsicherere Flugzeuge und niedrigere Löhne für Bodenmannschaften, Stewards und Piloten. Vor der Deregulation haben die zehn größten Fluglinien etwa 80% der Passagiere befördert. Heute kontrollieren die größten sechs etwa 90% des Marktes. Für das Weihnachtsgeschäft 1988 haben sie gemeinsam die Preise saftig erhöht. Daraufhin stiegen die Aktien des Fluglinienkartells innerhalb eines Monats um 9%. — (her, ger)

Veröffentlichungen

„High-Tech-Beschäftigte als Zukunftsträger“

In ihrem Beitrag zur Diskussion über die Erfordernisse und Möglichkeiten gewerkschaftlicher Politik unter den Angehörigen der „technischen Intelligenz“ wirft die Autorin folgende Fragen auf: „Was sind die gemeinsamen Interessen von diesen Beschäftigten und anderen Arbeitnehmern? In welchen spezifischen Formen treten sie bei den qualifizierten Beschäftigten auf? Wie können sie dann in der gewerkschaftlichen Zusammenarbeit mit entsprechenden Schwerpunkten, Organisations- und Umgangsforderungen berücksichtigt werden, ohne daß sich die je eine Seite von der anderen instrumentalisiert fühlt?“

Der Beitrag beschreibt die Arbeits- und Berufssituation der „technischen Intelligenz“ und liefert Hinweise auf Ursachen besonderer Verhaltensweisen. So heißt es z.B. über die Bereitschaft dieser Teile der Beschäftigten zur Mehrarbeit: „Der äußere Druck wird als ökonomischer Sachzwang verinnerlicht, um sich gegen schnellere Konkurrenten behaupten zu können, die inhaltliche Bindung an die Arbeit verstärkt die Arbeitsmotivation und treibt zu Höchstleistungen an, und schließlich ist durch das niedrige Durchschnittsalter eine relativ hohe physische Leistungsfähigkeit gegeben, die es erleichtert, die längerfristig wirkenden gesundheitlichen Folgen der Ausbeutung zu verdrängen.“

Die Autorin spricht sich für die Gewinnung dieser Beschäftigten mit geänderten Vorgehensweisen, aber ohne Formulierung exklusiver Sonderziele aus.

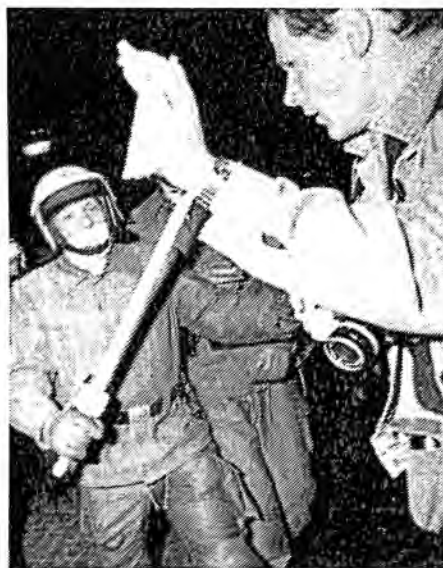
G. Trautwein-Kalms, High-Tech Beschäftigte als Zukunftsträger, WSI-Mitteilungen 12/88 — (brr)

Zwischen Staatsverdrossenheit und neuen Erwartungen

Hans Maier, ehemals Kultusminister in Bayern und von 1980 bis 1988 Präsident des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken, schrieb den Aufsatz „Der geforderte Staat“: „Vermenschlichung des Staates, nicht Verstaatlichung des Menschen, so lautete die Parole“ und äußert sich begeistert über die Verabschiedung des Grundgesetzes: „Theorie und Rechtsprechung dehnen die faktische Geltung der Grundrechte in die Breite und Tiefe so aus, wie es unter den Bedingungen unserer enger zusammenrückenden Gesellschaft überhaupt nur denkbar und möglich war.“ Außerdem stellt der Autor das Bundesverfassungsgericht als über den Dingen schwebende unpolitische Instanz dar: „Schiedsrichterlich den politischen Prozeß begleitend, bringt das Bundesverfassungsge-

richt schon durch seine Existenz die Souveränität des Rechts gegenüber der Politik zum Ausdruck.“ Womit klar bewiesen wäre, daß größere Gerechtigkeit als in der BRD nirgends zu finden ist. Ja, sie tut des Guten zu viel: „Von der Wohltat der Rechtssicherheit bis zur Plage der Verrechtlichung ist es dann nur noch ein kleiner Schritt ... Dieser Staat ist kein ungestümer Täter, schon gar nicht der sprichwörtliche Elefant im Porzellanladen — er tanzt anmutig nach Rechtsfiguren.“

Maier entwickelt über mehrere Seiten die „Notwendigkeit“, staatliche Kontroll- und Unterdrückungsmaßnahmen auszudehnen — für das Gemeinwohl, nicht für „Bürger“ und ihre demokratischen Rechte: „Ein Hauch von direkter Demokratie liegt in der Luft; im Lokalen, Regionalen, in fundamentalistischen Einzelbegehren, autonomen Bewegungen, die jeden Kompromiß ablehnen, or-



„Dieser Staat ist kein ungestümer Täter ... er tanzt ... nach Rechtsfiguren.“

ganisiert sich starkes Engagement, während man vom Staatsganzen oft nur undeutliches Stimmengewirr hört und das Gemeinwohl zum grauen Schulbegriff geworden ist.“ Maier bemängelt den geringen staatlichen Einfluß bei Auseinandersetzungen der „Sozialpartner“ und kommt schließlich zu seinen Vorstellungen vom Staat: „Die eindämmende, kanalisierende, notfalls verhindernde und verbietende Gewalt des Staates wird heute weit stärker beansprucht als in den ersten Jahrzehnten nach dem Krieg — man denke nur an den Schutz des menschlichen Lebens und an die notwendigen Vorkehrungen gegen Fortschritts- exzesse aller Art ... Ob Sitzblockaden oder Abtreibungen: Gesetzesgehorsam darf nicht als Hexenjagd denunziert werden. Sonst heißt das wahre Opfer solcher Hexenjagd am Ende Justitia.“ Noch rigoroser will Maier staatliche Willkür zum Einsatz gebracht wissen.

Hans Maier, Der geforderte Staat, in: Die politische Meinung, Nr. 241 — (mal)

„Kommunikationszentrale“ Hetendorf

In einer neuen Reihe „Neofaschismus unter der Lupe“ hat die VVN-BdA Niedersachsen die Broschüre „Hetendorf 13 — ein Zentrum des braunen Netzes“ herausgegeben. Sie gibt eine Vorstellung davon, wie sich faschistische Politik weit über die Hauptorganisatoren der dortigen Treffen/Zeltlager (Wiking-Jugend, FAP) hinaus formiert. Vorgestellt werden faschistische Ideologiekreise, wie „Gesellschaft für biologische anthropologische Eugenik und Verhaltensforschung e.V.“, „ARTGEMEINSCHAFT — Glaubensbund wesengemäßer Daseinsgestaltung“ u.a., die nicht nur als Lieferanten von pseudowissenschaftlichen Theorien das Geflecht von faschistischen Gruppierungen „beliefern“, sondern auch auf die „seriöse“ Wissenschaft einwirken. Beide „Vereine“ haben enge Verbindungen zu dem Besitzer des Geländes, dem „Freundeskreis Filmkunst e.V.“, Hamburg. Die Broschüre dokumentiert und verfolgt verschiedene Anstrengungen faschistischer Jugendpolitik, die nicht erfolglos bleiben. Verfolgt wird das Wirken zahlreicher damit beschäftigter faschistischer „Persönlichkeiten“ und ihre vielfältigen Organisationsvernetzungen (Wiking-Jugend, Deutsches Kulturwerk europäischen Geistes — DKEG, Sturmvolg — Deutscher Jugendbund, Bund Heimat-treuer Jugend, Nothilfstechnische Übungs- und Bereitschaftsstaffel e.V., etc).

Die (zu) knappe Darstellung und Kritik faschistischer Theorie läßt den Leser einen Nachholbedarf an wissenschaftlicher Widerlegung und Ächtung spüren. Neuaufbereitete Herrschaftsideologien der faschistischen Denkschulen gleichen Konzepten aus Konzernzentralen, die auch ihre Anhänger in CDU/CSU/FDP haben. So z.B. das „Elitekonzept“ der Zeitschrift „Neue Anthropologie“ (NA, Auflage 2/100): „Die Beweise deuten darauf hin, daß diese nationalen und rassistischen IQ-Unterschiede zu einem großen Teil genetisch bedingt sind. Die Bemühungen, eine Leistungsgleichheit herbeizuführen, führen zwangsläufig zu einer diktatorischen Einmischung in das Leben der Menschen ... Eine Gleichmacherei, die zu solchen Extremen führt, ist der Feind der Freiheit und ist unvereinbar mit dem Fortschritt einer richtig verstandenen Demokratie.“ (NA, 5. Jg, S. 32)

Die Broschüre hat einen Umfang von 30 Seiten/A4 und kostet 3 DM, zu bestellen bei: VVN/BdA, Gosserie 10-12, 3000 Hannover 1.

Die VVN/BdA kündigt weitere Veröffentlichungen (u.a. zur NPD Niedersachsen) in dieser Broschüren-Reihe an und bittet „alle Antifaschist(inn)en“ um Mitarbeit. Die verschiedenen antifaschistischen Strömungen könnten dabei gemeinsam mehr tun. — (ard)

„Gruppe 2“

Film, Video, Dokumentation, Texte, Archiv

Die Arbeitsbedingungen kritischer Filmemacher/innen in der BRD hatten sich in den letzten Jahren rasant verschlechtert. Die am 25. Januar 1987 mittels Bundestagswahl bestätigte „Wendepolitik“ hat dieser Entwicklung zwar zusätzliche Dynamik verschafft, setzt aber im Grunde nur eine schon länger praktizierte Medienpolitik fort, deren Ziel die möglichst entgeltliche Ausschaltung aller von kommerzieller und staatlicher Informationsvermittlung abweichender Berichterstattung ist. Besonders der bayerische Rundfunk hatte ja immer wieder die zukünftige Zensurlinie vorerzählt. Die Münchner Medieninitiative „Gruppe 2“ will eine Filmarbeit, die parteilich ist, die einen Standpunkt bezieht auf der Seite derjenigen, die sich wehren gegen den Abbau demokratischer Rechte, gegen den Überwachungsstaat und gegen die Zensur. Eine Filmarbeit, die Streiks, Mieterkämpfe, Arbeitslosigkeit und Wiederaufbereitungsanlage aus dem Blickwinkel der Betroffenen sieht. Standpunkte — zum Beispiel darüber, wer Terror ausübt und was Terrorismus ist — sollen selbst erarbeitet werden und nicht aus den Meinungskonserven der staatlichen Propaganda bezogen werden. „Eine solche — in diesem Sinne ‚fortschrittliche‘ — Filmarbeit kann helfen, Unterdrückung abzubauen, indem sie sie als solche kenntlich macht, Zusammenhänge darstellt und Zustände zeigt als einen Komplex von einzelnen Prozessen. Denn nur so verlieren diese Zustände ihre Unantastbarkeit und werden dem Eingriff der betroffenen Menschen zugänglich.“ (Gruppe 2).

Am Anfang war also eine Gruppe von sogenannten „Nichtanpassungswilligen“, die die ständigen Bespitzelungen und Behinderungen — wie sie in den Hörfunk- und Fernsehanstalten gang und gäbe sind — satt hatte und produktions- und vertriebstechnische Unabhängigkeit erreichen wollte. Der Medienservice der Gruppe 2 ist inzwischen umfassend: Filmproduktion (S 8, 16 mm, 35 mm), Videoproduktion, Videokassetten-Multiplikation/Systemüberspielung (VCR, Video 2000, VHS, Beta, Spulen-Bd.), Film-Video-Überspielung (S 8, Video), Tonproduktion (live und im Kleinstudio), Tonkassettenmultiplikation (Kleinserien), Vertonung (Diaton, Film, Video), Beschallung/Beleuchtung (Kleinveranstaltungen, mit Auf- und Abbau), Verleih (Beschallungs- und Beleuchtungsgeräte — Verstärker, Lautsprecher, Mixer, Film und Effektenlicht etc.), Archiv (Hintergrund- und Ausschnittsdienst, Textdokumentationen) sowie Beratung und Hilfestellung für Einzelper-

sonen und Gruppen in der Medienarbeit.

Weil nicht nur andere Nachrichten und Berichte verbreitet werden sollen, sondern weil sie meist auch unter anderen Gesichtspunkten gesehen und ausgesucht werden, wurde im Laufe der letzten Jahre auch ein eigenes Archiv als Basis der Dokumentationsarbeit aufgebaut. Wesentliche Fragen und Probleme zur Geschichte und Entwicklung sozialer Kämpfe werden in der Regel durch herkömmliche Archive und Bibliotheken nicht beantwortet. Über die Filmarbeit und über das eigene Basisarchiv entstand dann die Überlegung, das Archiv zu strukturieren, auszubauen und vor allem öffentlich zugänglich zu machen.

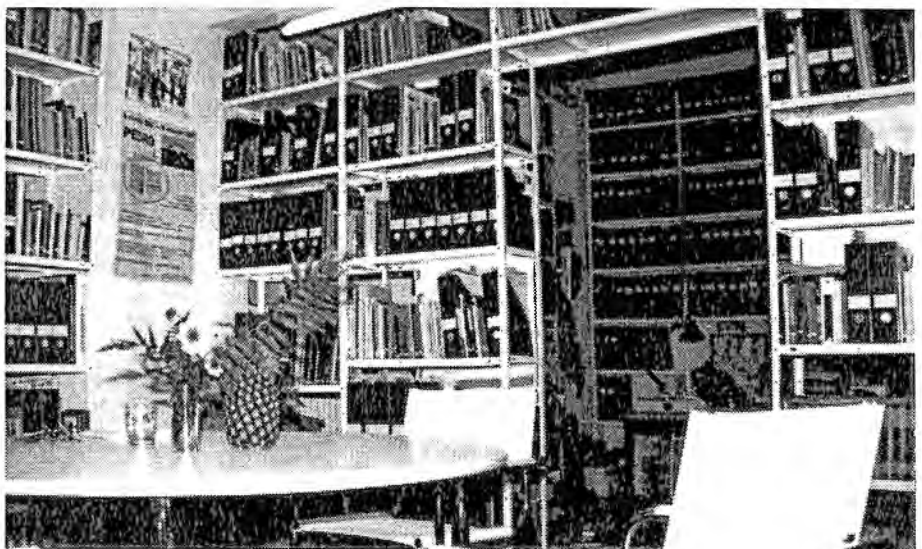
Archiviert werden Bücher, Zeitungen, Zeitschriften, Flugblätter, Broschüren, Dokumente, Dokumentationen und eine ziemlich schnell wachsende Bibliothek von im Moment ungefähr 2500 Bänden, untergliedert nach 42, ihrerseits untergliederten, Schlagworten:

BRD-Allgemein; Parlamentarismus/Wahlen; Parteien; Wirtschaftliche Entwicklung/Sozialabbau; Betriebe und Gewerkschaft; Landwirtschaft/Bauern; Antimilitarismus/Rüstung/BW/ZDL/KDV/Friedesbewegung; Umwelt/Ökologie/Anti-AKW; Gesundheitswesen/Medizinische Versorgung/Behinderte/Alte; Kirchen; Sekten; Presse/Medien; Kultur; Alternative Projekte/Initiativen; Frauen; Jugend/Schüler/Lehrlinge; Heimerziehung/Obdachlose/Randgruppen/Sonstige; Sexualität; Drogen; Sport in der Klassengesellschaft; Männer; Universität/Hochschule; Berufsverbote; Polizei; Politische Justiz; Ausländer/Asylanten; Rote Hilfe/Amnesty/Andere; Strafvollzug/Psychiatrische Anstalten;

Westdeutsche ML-Bewegung/APO/Neue Linke/Andere; NPD/Neonazi-Organisationen/Antifaschismus; RAF/RZ/2. Juni/Andere; BRD-Imperialismus ...; Mieten/Wohnen ...; Überwachung ...; Gen- und Biotechnologie; Deutsche Geschichte/Anarchisten/Autonomie/Anti-Imp./Andere; Kinder/Erziehung; Konzerne/Multis/Großunternehmen; Theorie; Wissenschaft/Forschung/Technologie/Sonst.

Das umfaßt im Prinzip und vom Anspruch her so ziemlich die ganze soziale, politische und ökonomische Realität der BRD und einiger anderer europäischer Länder bis zurück in die frühen sechziger Jahre. Schwergewicht ist die Widerstandspresse, weniger die Presse der Herrschenden. „Damit gelingt es uns, eines der Prinzipien der herrschenden Informationspolitik, die zusammenhanglose — aus dem Zusammenhang genommene — ‚Tagesnachricht‘ in Zusammenhänge zu stellen, Hintergründe zu erschließen, Überblicke zu bekommen. Weil wir ein solches Archiv für uns selbst nützlich finden, wollen wir es auch anderen Medienarbeitern und Gruppen zugänglich machen.“ (Gruppe 2)

Ein zweimonatlich erscheinender Archivreader informiert über aktuelle Veröffentlichungen, besonders lesenswerte oder wichtige Neuerscheinungen in und unter den laufend archivierten Publikationen. In einem Dokumentationsteil werden auch Texte zu aktuellen politischen Ereignissen abgedruckt, so in der Nummer 4 vom November 1988 z.B. ein Aufruf zur Unterstützung der Veranstaltung zum Münchner § 129a-Prozeß, der Aufruf „Zusammenlegung der politischen Gefangenen — jetzt“, internationale Prozeßnachrichten, die Hungerstreikerklärung der CCC-Gefangenen in Belgien u.v.a.m. Neben der Archiv- und Filmarbeit ein Versuch, offensiv für eine Gegenöffentlichkeit zu kämpfen. Ein Hintergrunddienst und ein Ausschnittsdienst ergänzen dieses Informationspa-



Ein Blick in die Archivräume in der Sommerstr. 24: Übersichtlichkeit und Systematik erleichtern die Arbeit für den Benutzer.

ket für diejenigen, die an laufender Information zu bestimmten Themen interessiert sind.

Bisher wurden zwei Dokumentationen zum bewaffneten Widerstand und zur Amnestiediskussion in Italien herausgebracht, eine weitere Broschüre soll als „Sondernummer“ mit weiteren aktuellen Texten von Gefangenenskollektiven in italienischen Gefängnissen herausgebracht werden. Demnächst werden ausgesuchte und übersetzte Videos aus den politischen und sozialen Kämpfen in Frankreich und Italien zum Ausleih etc. zur Verfügung stehen. Internationalismus im/durch Film ist hier die Devise. Es handelt sich um Produktionen autonomer Kollektive und Mediengruppen und Bearbeitungen fremder Produktionen, jeweils als übersetzte Fassung oder im Original. Die projektierten Themen: „Todesproduktion chemische Industrie“, „Nein zur Kernkraft“ (Kampf gegen Caorsa und andere Nukleareinrichtungen), „Totale Institution, nein danke“, „Gegenuntersuchung zum Tod des Genossen Pedro“, „Spezialgefängnis Voghera“, und „Gegen die Produktion des Todes“ (internationale Rüstungskonzerne und Arbeitsverhältnisse bei der Produktion des Todes). Für die eigene Videoarbeit und für interessierte Nutzer gibt es jetzt auch eine VHS-Umatic Low Band Schnitt- und Bearbeitungsanlage, außerdem soll der Geräteverleih wieder belebt werden. Bereit jetzt erhältlich sind übrigens zwei Kassetten mit fast verschollenen Liedern und Textdokumenten aus den italienischen Kämpfen der Jahre 1968 bis 1978. Darunter vieles bei uns unbekanntes, viele Originalauf-

nahmen. Einschließlich Begleitheft mit deutschen und italienischen Text sowie Erläuterungen kostet das ganze 21 DM, davon gehen 10% an italienische Gefangene.

Der Beitrag für die Archivmitgliedschaft beträgt für Einzelpersonen monatlich 10 DM, darin ist allerdings die uneingeschränkte Benutzung des Archivs, das kostenlose Aussuchen und Zusammenstellen, die Bibliotheksnutzung und der Bezug des Archivreaders enthalten. Es gibt einen 30%igen Nachlaß auf alle Veröffentlichungen der Gruppe 2 sowie den Hintergrund- und Ausschnittsdienst zu besonders günstigen Bedingungen. Für Gruppen und Organisationen beträgt der Mitgliedsbeitrag vierteljährlich 50 DM, dafür können z.B. auch kooperierende Archive im europäischen Ausland genutzt werden, Gerätenutzung (Text, Film, Ton, Licht, Video) ist zu Solidaritätspreisen möglich. Herausgeber von Zeitungen und Zeitschriften erhalten bei Publikationsaustausch die uneingeschränkte und kostenlose Mitgliedschaft. Die Mitgliedsbeiträge und z.B. Recherchegebühren sind vor allem deshalb so gering ausgelegt, damit eine wirklich breite politische Nutzung durch alle möglichen interessierten Personen und Gruppen möglich ist. Es ist kein Muß, daß das Archiv sich selbst finanzieren soll, die Archivkosten sollen u.a. über die sonstige Arbeit, nämlich Textdokumentationen und Medienarbeit, zur Not auch durch Spenden, hereinkommen.

Das Archiv ist aus der praktischen Arbeit entstanden und soll letzten Endes auch durch praktische Arbeit, auch der Nutzer, wachsen. Unrealistische Ent-

wicklungen sind so erst mal ausgeschlossen. Am Anfang war das Archiv eine Art „Experiment“. Die Resonanz wurde dabei unter-, das Problem der Finanzierbarkeit und die eigenen Kräfte wurden überschätzt. Die Arbeit, die eigentlich ein Nebenaspekt von Film/Video/Medien bleiben sollte, ist inzwischen zu einem Ganztagsjob nicht nur für eine/n geworden. Das Interesse ist dabei weniger örtlich, Anfragen kommen aus der ganzen BRD. Und von der Dokumentationsreihe — Texte — wurden so viele verkauft, daß noch was für die Miete übrigblieb. Das Experiment scheint also gelungen, der Bedarf ist vorhanden.

„Defensives Vorgehen ist der falsche Ansatzpunkt“, heißt es in einem Interview der Zeitschrift ‚Contraste‘ zum Thema Zensur mit den Herausgebern des zunächst verbotenen, dann wieder freigegeben Stammheim-Buches ... Aber ... man darf sich nicht einschüchtern lassen sondern muß dahin kommen, die Zensurbehörde, die formell nicht existiert, aber eben doch existiert, als für sich nicht zuständig erklären. So — oder so ähnlich — sehen wir das auch“, heißt es im Archiv-Reader 4/88.

Öffnungszeiten des Archivs sind grundsätzlich von Montag bis Freitag von 16.00 Uhr bis 19.00 Uhr, aber es ist oft auch außerhalb dieser Zeiten auf bzw. es kann unter den Telefonnummern 089/6518448 oder 089/6519359 angerufen werden. Interessenten erhalten gerne ein Infopakete, Karte genügt:

Gruppe 2, Sommerstr. 24, 8000 München 90. Die Adresse gilt auch für alle, die ihre verstaubten Materialbestände dem Archiv überlassen wollen. — (chl)

Neue Materialien zur Amnestiediskussion in Italien

Von der Gruppe 2, einer unabhängigen Archiv- und Mediengruppe aus München, werden regelmäßig die — TEXTE —, eine in unregelmäßigen Abständen erscheinenden Reihe mit Veröffentlichungen von Dokumenten der Zeitgeschichte, herausgegeben. „Die darin erscheinenden Materialien — Interviews, Analysen, Diskussionspapiere, Reportagen u.a.m. — sollen dazu beitragen, die politische Auseinandersetzung mit dem jeweiligen Themen auch für einen größeren Kreis von Interessierten zu ermöglichen, Informationsschranken abzubauen, Informationsmonopole zu brechen“, heißt es. Bisher sind zwei Ausgaben erschienen, beide zum bewaffneten Kampf und zur gegenwärtigen Amnestiediskussion in Italien. In Rom ging am 12. Oktober 1988 der — nach den bürgerlichen Medien — „letzte große Prozeß gegen die BR“ in der ersten Instanz zu Ende. Die Urteile nach mehr als zwei Jahren Verhandlungsdauer: 26 mal lebenslanglich, 127 Urteile bis zu 30 Jahren Haft,

20 Freisprüche und — wie es das Gesetz vorsieht — verminderte Strafen für die „pentiti“ und die „dissociati“ — die „Reumütigen“ und die „Abschwörer“. Eine besondere Aktualität erhalten die Broschüren durch die gegenwärtige Amnestiediskussion hier in der BRD und auch durch die laufende Kampagne „Zusammenlegung jetzt“.

In der zur Zeit leider vergriffenen Nummer 1 „Klassenkampf oder politische Lösung“ wurde die Diskussion über eine „politische Lösung“ dokumentiert. 16 Texte erschienen erstmals in dieser Gesamtheit in deutscher Übersetzung. Der wesentliche Ausgangspunkt der Vertreter des „gesellschaftlichen Dialogs“: Ein Kampfzyklus sei abgeschlossen, veränderte soziale und politische Realitäten würden eine „Reflexion der eigenen Verantwortlichkeit“ erfordern. Ihr Ziel ist die Amnestie. Mit der jetzt erschienenen Fortsetzung werden vor allem Positionen jener Gefangenen dokumentiert, die sich entschieden gegen jede Form eines „Dialogs“ wenden. Nicht Bruch oder Kontinuität sind hierbei die entscheidenden Fragen, sondern die Bedingungen für ein

Wiedererstarken der Klassenbewegung, die Internationalisierung der Kämpfe, der revolutionäre Prozeß in der Metropole. Den größten Teil der Broschüre nimmt das 1985 von einem Gefangenenskollektiv verfaßte Papier „wotta sitta“, was in Afrika bedeutet „Die Zeit ist reif“, ein. Der umfangreiche zweite Teil des Papiers, der sich mit SDI, EUREKA, „Neue Produktion“, technologische Revolution und der imperialistischen Internationalisierung befaßt, soll in einer Sondernummer der „Texte“ veröffentlicht werden. Auf die aktuellen Entwicklungen im internationalen Zusammenhang bezieht sich der Beitrag „Für die Einheit der Revolutionäre im Kampf gegen den Imperialismus“, eine Erklärung revolutionärer Gefangener zum Ende des Moro-Prozesses im Oktober 1988 in Rom. Eine kurze Chronik der Jahre 1966 bis 1988 schließt die Nummer 2 ab.

Die Einzelnummer kostet 7 DM, das Abo für vier Ausgaben 20 DM. Einzelbestellungen für Vorkasse von 7 DM und 0,70 DM Porto bei der Redaktion, Gruppe 2, Sommerstr. 24, 8000 München 90 — (chl)

Faschistische Überfälle werden angeheizt

Göttingen. Sowohl am 23.12., 6.1., 7.1. und jetzt am 13.1. hat es Überfälle von Faschisten der FAP und von Skinheads auf das Jugendzentrum Innenstadt (JUZI) gegeben. Dies ist eine bedrohliche Situation und macht den autonomen Antifaschisten, die von den anderen Kräften der politischen Opposition weitgehend allein gelassen werden, schwer zu schaffen. Was aber von Seiten der Polizei und der bürgerlichen Presse in Niedersachsen verlautet, ist einfach nicht wahr: Es hat noch keinen Aufmarsch von „150 Skinheads“ gegeben, wie sie melden, sondern die bislang höchste Zahl betrug 40. Es sind auch keine vier Autos „schrottreif“ geschlagen worden, die Polizei nahm diese Behauptung einen Tag später zurück. Offenbar besteht ein Interesse daran, die Situation weiter anzuhetzen. Die Polizei läßt die Faschisten gewähren und spielt dann ordnungsbringende Kraft. Am 13.1. soll es einen „schwerverletzten“ Faschisten gegeben haben (Genaueres ist unbekannt), vielleicht Signal, jetzt verstärkt mit Polizei gegen das JUZI und autonome Antifaschisten vorzugehen. — (kek)

Demonstration gegen Strobl-Prozeß

Essen. Am 14.2. soll vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf der Staatsschutzprozeß gegen Ingrid Strobl beginnen. I. Strobl sitzt seit über einem Jahr in Untersuchungshaft und wurde gerade in die JVA Essen verlegt. Vorgeworfen wird ihr Unterstützung der Revolutionären Zellen/Rote Zora. Wegen ähnlicher Vorwürfe wird nach wie vor gegen zwei Dutzend andere Personen ermittelt, vier werden mit Haftbefehl gesucht. Über 20 Personen wurden wegen Aussageverweigerung mit Bußgeldern bis zu 400 DM belegt, neu ist, daß die Staatsanwaltschaft den Betroffenen jetzt auch Verfahren wegen Strafvereitelung androht. Eine Frau aus Bochum wurde Anfang Januar bereits in Beugehaft genommen. Umso wichtiger ist es, daß neben mehreren Veranstaltungen am 11.2. in Essen eine Demonstration stattfinden soll. Im Aufruf wird der Prozeß gegen I. Strobl als Teil der Kriminalisierung des politischen Widerstands angegriffen. Gefordert wird die Einstellung der Ermittlungen, die Abschaffung aller Sonderhaftbedingungen, die Umsetzung der Forderung politischer Gefangener nach Zusammenlegung und die Streichung des § 129a. Ausdrücklich in den Aufruf aufgenommen wurde Kritik an der zunehmenden Verfolgung ausländischer Organisationen in der BRD, u.a. der Kurden. Der Aufruf wird von vielen autonomen und antiimperialistischen Gruppen, den Grünen, VSP, BWK und Volksfront NRW unterstützt. — (wof)



Westberlin. Gegen den amerikanischen Abschluß zweier libyscher Jagdflugzeuge am 4. Januar protestierten ca. 400 Leute noch am selben Abend. Es sei nicht das erste Mal, daß die US-Regierung einen Krieg gegen das libysche Volk heraufbeschwöre, sagte ein Redner. Die Kundgebungsteilnehmer forderten den sofortigen Abzug der USA und aller fremden Truppen aus dem Mittelmeerraum. — (chk)

„Die Verhandlungsführung oblag der Polizei“

Hamburg. Die Verteidiger plädierten am 12.1. im §129 a-Verfahren gegen Fritz Storim auf Einstellung. Um beweisbare strafbare Handlungen ist es im ganzen Verfahren nicht gegangen. Ausschließlich angeklagt war die Auffassung, daß die politischen Gefangenen in der BRD ein Recht auf Zusammenlegung und Unterstützung haben, und die Verbreitung dieser Auffassung. Entsprechend hat den Prozeß die Polizei beherrscht, die am letzten Tag mit einem Knüppelinsatz ohne richterliche Aufforderung „bewies“, daß schuldig sein muß, wer von ihr verfolgt wird. Es wird sich zeigen, ob die Auffassung der Verteidigung, daß „ein Gesinnungsprozeß ... mit rechtsstaatlichen Prinzipien nicht zu vereinbaren“ ist, noch Bestand hat oder selbst magere rechtsstaatliche Prinzipien über Bord gehen bei der Bekämpfung von Gegnern dieser Gesellschaftsordnung. Das Urteil ist am 17.1. verkündet worden: ein Jahr ohne Bewährung. — (mek)

REP-Kandidatur zu Abgeordnetenhauswahlen

Westberlin. Anfang Januar konnten die REP ihren ersten Wahlspot im Fernsehen ausstrahlen, der von Rassismus nur so triefte. Die SPD hat eine Sondersitzung des Parlaments durchgesetzt, sogar die CDU-Ausländerbeauftragte hat Strafantrag wegen Volksverhetzung gestellt. Der DGB fordert mittlerweile das Verbot der REP. Angeblich ruft laut „taz“ die NPD zur Wahl der REP auf. Die REP wollen am 18.1. ihre zentrale Wahlveranstaltung im ICC mit ihrem Bundesvorsitzenden Schönhuber durchführen. Im gleichen Gebäude findet eine Stunde vorher eine SPD-Veranstaltung

mit Willy Brandt statt. Das „Bündnis gegen Faschismus, Rassismus und Sexismus“ ruft zu einer Demonstration auf. Die REP beklagen mittlerweile in ihrem Zentralorgan die massive Wahlbehinderung durch Antifaschisten in Westberlin. — (gug)

Aktionseinheit gegen die Unterdrückung der Kurden

München. Inzwischen gibt es am Ort etliche Organisationen und Gruppen, die sich gegen die Unterdrückung der Kurden — insbesondere durch die Türkei — wenden und auch die Verfolgung der Kurden in der BRD durch die westdeutschen Behörden kritisieren. Sie haben sich nun in einer Aktionseinheit zusammengeschlossen, ohne die bisher verfolgten Schwerpunkte der Arbeit aufzugeben. In einem Aufruf sind diese unterschiedlichen Interessen berücksichtigt. Er mündet u.a. in die Forderungen:

- Unterstützung der kurdischen Befreiungsbewegungen in allen Teilen Kurdistans!
- Beendigung der deutschen Militär- und Wirtschaftshilfe für die Kolonialstaaten!
- Beendigung der Verfolgung kurdischer Aktivisten in der BRD!
- Anerkennung der Kurden als politische Flüchtlinge in der BRD!

Am 25. Januar 1989 findet um 19.30 Uhr im Veranstaltungsraum im Gemeindehaus der Lutherkirche eine Veranstaltung zum Thema „Was gehen uns die Kurden an?“ statt. Reinhard Seyler aus Regensburg berichtet dort über die Flüchtlingslager, die er im November 1988 besuchte; Hans Branscheidt von medico international wird die Verantwortung westdeutscher Firmen beim Völkermord in Kurdistan nachweisen und der Landtagsabgeordnete Hans-Günter Schramm wird zur Militär- und Wirtschaftshilfe der BRD sprechen. — (dit)

Oberbürgermeisterwahlen

Hans Klein — Der Kandidat aus der Braunzone

München. Die Münchner CSU hat Mitte Dezember ihren Bundestagsabgeordneten und derzeitigen Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Hans Klein, zu ihrem Oberbürgermeister-Kandidaten erkoren. Er soll im März 1990 gegen den derzeitigen SPD-OB Kronawitter, der bei der letzten Wahl auch mit Stimmen von CSU-Wählern ins Amt kam, antreten. Als „ein Signal für ganz Bayern“ charakterisiert der „Bayernkurier“ die Kandidatur. Das Parteiblatt betont die Bedeutung der Kommunalwahlen 1990 für das Konzept einer rechten Sammelbewegung unter sich verändernden sozialen Bedingungen: „Den Anspruch Münchens als über die bayerischen Grenzen hinaus anerkannte Kulturstadt, wirtschaftliches Leistungszen-

trum und schöpferischer Forschungsmetropole konnte der Genosse Kronawitter nie gerecht werden.“ Und: „Die von ihm (Klein) in seinem facettenreichen Wirken erworbenen Erfahrungen wären wichtig für München, das wegen seiner Vielfalt, nicht wegen sozialistischer Einfalt geliebt und bewundert wird.“ Es läßt sich aus diesen Zeilen herauslesen, wie das Wirken des Herrn Klein aussehen soll.

Für die SPD ist Klein ein „Rechtsausleger“, der „eindeutig Stimmen am ultrarechten Rand sammeln soll“. Tatsächlich repräsentiert Klein einen Kurs, der auch die Wähler bis an den rechten Rand mobilisieren soll.

Klein ist Mitglied in der „Deutschland-Stiftung e.V.“ und Autor in deren „Deutschland-Magazin“. Die Deutschlandstiftung, deren bekanntesten Mitglieder Kurt Ziesel und Gerhart Löwenthal sind, orientiert ihre Arbeit auf die CDU/CSU und stärkt deren rechten

Rand. Vor einigen Jahren wurde von Antifaschisten gerichtlich durchgesetzt, über diese Organisation sagen zu können, sie sei von „Alt- und Neufaschisten durchsetzt“. 1977 wurde Klein Vorsitzender des Verwaltungsrates des „VDA — Verein für das Deutschtum im Ausland — Gesellschaft für deutsche Kulturbeziehungen im Ausland“ und Mitglied der VDA-Kommission Öffentlichkeitsarbeit. Die VDA wurde 1881 gegründet, 1937 in die NSDAP eingegliedert und 1945 durch den Alliierten Kontrollrat als Nazi-Organisation verboten. 1955 Neugründung, per Satzung bezieht sich der VDA eindeutig auf seine verbotenen Vorläufer, sein Selbstverständnis formuliert der VDA folgendermaßen: „Der

„Demokratischen Turnhallenallianz“, der „Interessengemeinschaft deutschsprachiger Südwester“ und des „Instituts für soziale Studien“ zusammentraf, alle drei Organisationen wurden/werden von der „Hanns-Seidl-Stiftung“ unterstützt.

Des weiteren ist Klein Mitglied im „Sudetendeutschen Rat“ und beteiligte sich an einer Aktion verschiedener CSU/CDU-Abgeordneter zur Verbreitung des „Deutschlandliedes“ mit allen drei Strophen.

Am 17. Mai 1982 traf er sich in Bad Godesberg mit Graf Huyn, mehreren Journalisten der Springerpresse und ehemaligen Offizieren der Bundeswehr. Mit am Tisch saßen der rechtsradikale US-Abgeordnete Larry M. McDonald von der „John Birch Society“, der frühere General George Patton und der US-Industrielle Robert Stoodard. Gemeinsam diskutierten sie lange Zeit über die wohl bekannte kommunistische Gefahr, im wesentlichen aber darüber, inwieweit man die Friedensbewegung in der BRD und den USA diskreditieren könne. Zu diesen Zweck gründeten sie das „American European Research and Strategic Institute“.

Quellenhinweis: Süddeutsche Zeitung, 12.12.1988; Bayernkurier, 17.12.1988; Wer mit wem — Braunzone zwischen CDU/CSU und Neonazis, Buntbuch-Verlag Hamburg 1981; Roth/Ender, Dunkelmänner der Macht, Lamuv Verlag, Bornheim-Merten, 1984 — (ror)



Der Herr „Entwicklungshilfe“-minister besucht Arbeiterinnen in der „Dritten Welt“. So zeigt Hans Klein sich gern.

VDA versteht sich als Mittler zwischen den Deutschen in aller Welt und vertritt sowohl das kulturelle Bildungserbe wie auch die gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Interessen der Deutschen, die im Ausland leben.“

Weiter ist Klein Kuratoriumsmitglied des „Brüsewitz-Zentrums“, dessen Trägerverein das „Christlich-Panuropäische Studienwerk“ ist, das auf Initiative von Otto Habsburg gegründet wurde. Das „Brüsewitz-Zentrum“ pflegt beste Beziehungen zu all den Organisationen, die unter dem Deckmantel des Kampfes für Menschenrechte klerikal verbrämten Antikommunismus predigen: zur „Gesellschaft für Menschenrechte“, zur „Hilfaktion Märtyrerkirche“, zur „Aktion Hilferuf von Drüben“, zur Paneuropaunion, zu Vertriebenenverbänden.

1978 unternahm Klein im Zusammenhang mit der „Hanns-Seidl-Stiftung“ eine Reise nach Namibia, wo er insbesondere mit Vertretern der reaktionären

Haushalt 89

SPD und Grüne auf IHK-Kurs

Braunschweig. Nachdem die IHK Braunschweig nach der CDU auch die SPD auf ihre Linie einschwören konnte, statt einer Erhöhung der Gewerbesteuer die Grundsteuern zu erhöhen, haben nun auch die Grünen sich auf diese Linie treiben lassen. Sie haben mit der SPD folgende Vereinbarung geschlossen:

Die Gewerbesteuer soll erst 1991 von 295 auf 310 Punkte erhöht werden; 1989 werden: die Grundsteuern A und B um 20 Punkte und die Getränkesteuer von 7,5% auf 10% erhöht; geplante Kürzungen und Gebührenerhöhungen mit einem Volumen von 3 Mio. DM nicht durchgeführt; bei Energiekosten 5% eingespart. Unter diesen Voraussetzungen würden auch die Grünen dem Haushalt 89 zustimmen. (BZ, 8.12.88)

Diese Vereinbarung richtet sich gegen die Forderung der Beschäftigten der Stadt, die über die ÖTV-Vertrauensleute den vollen Personalausgleich für die Arbeitszeitverkürzung von 84 zusätzlichen Stellen fordern und gegen die ganze oder teilweise Sperrung von 29 Stellen für 1989 auftreten. Sie richtet sich gegen die gesamte arbeitende Bevölkerung und politische Opposition, weil die Kapitalisten

nicht belastet werden, sondern ausschließlich die Masse der Bevölkerung. Das wird spätestens dann deutlich werden, wenn die Vorschläge der Arbeitsgruppe Aufgabenüberprüfung im Januar 89 vorliegen und für die nächsten Jahre Einsparungsvorschläge in größerem Umfang (Anweisung des Oberstadtdirektors: ca. 20 Mio. DM) schon im Februar bei den abschließenden Haushaltsberatungen für den Haushalt 89 beschlossen werden. Die Bezirksregierung kann — wegen des wachsenden Haushaltsdefizits — schließlich die Genehmigung des Haushalts versagen, wenn die Maßnahmen gegen die arbeitende Bevölkerung zu zögerlich angegangen werden.

Wenn dann 1991 mit der Steuerreform die Finanzausstattung der Stadt erneut kräftig verschlechtert wird und erneute unerbittliche Kürzungen bei Personalkosten und Sozialleistungen erzwungen werden sollen, dann werden „wegen der Ausgewogenheit“ auch die Gewerbesteuerbesätze um ganze 3,8% erhöht.

Der Koordinationsausschuß der Kommunalpolitischen Konferenz hat in einer Erklärung von Anfang Januar diese Vereinbarung scharf kritisiert. Da in der gleichen Vereinbarung auch die Zustimmung zum Biotechpark erteilt wird, sind jetzt auch viele Grüne sauer auf die Ratsfraktion. Die Initiative gegen Haushaltskürzungen bereitet ein Hearing gegen Aufgabenabbau vor. — (iss)

Unimut '89

Hochschulprotest geht weiter

Westberlin. Zum Ende der vorlesungsfreien Zeit fand an der Freien und der Technischen Universität ein internationaler studentischer Kongreß zum Thema „Alternativen zur Fremdbestimmung“ statt. Der täglich zwischen 3000 und 5000 Teilnehmer zählende Kongreß sollte dem Austausch von Streikerfahrung, der Wissenschaftskritik sowie der Festigung der Streikfront dienen. Der auch von der Beteiligung her als Erfolg zu wertende Kongreß leistete v.a. Kritik an der konservativen Hochschulpolitik und zu den Themen Faschismus, Patriarchat und Rassismus. Eine Strategiedebatte zur gesellschaftlichen Veränderung kam hingegen nicht zu Ergebnissen.

Durch die vom Kongreß ausgehende Mobilisierung konnte zunächst auch ein Versuch von Hochschulleitung und Polizei, blockierte Medizinpraktika gewaltsam durchzusetzen, abgewehrt werden. Die wachsende Solidarisierung u.a. der Gewerkschaften führte letztlich zum Abbruch der Polizeieinsätze. Mittlerweile haben einige Fachbereiche der Technischen Fachhochschule und der TU den Streik abgebrochen, an der FU droht dies auch. Die Spaltung droht entlang der Frage, ob jetzt noch Scheine nachge-

holt werden können oder ob durchgesetzt werden kann, daß das Semester offiziell aberkannt werden muß. Eine weitere Spaltung droht durch Einzelverhandlungen von Instituten mit den Hochschulleitungen. Die vom Wissenschaftssenator angebotenen 20 Mio. DM als Sofortprogramm bieten den Spielraum, einzelnen Instituten die Einrichtung neuer Stellen anzubieten. Der Regierende Bürgermeister hat sich zu Verhandlungen mit den Medizinerinnen und den Wirtschaftswissenschaftlern bereit erklärt. Demgegenüber besteht der Besetzerrat auf einheitlichen Verhandlungen. Ob mit oder ohne Vorbedingungen ist z.Zt. noch nicht entschieden. Absehbar ist, daß der Erhalt der von der Strukturreform bedrohten linken Institute wird durchgesetzt werden können. Dem Institut für Politik (OSI) ist von den dortigen Hochschullehrern eine inoffizielle Form der Mitbestimmung angeboten worden.

Die Bedeutung des Streiks, der in seinen Ausmaßen und in seiner Dauer unerwartet und sehr beachtlich ist, liegt auch darin, daß sich ein breites Bedürfnis nach Wissenschaftskritik mit dem Streik Raum verschafft. Die Artikulation dieser Kritik ist an sich fortschrittlich, ist sie doch im Uni-Alltag verloren gegangen. Viele haben sich politisiert und auch radikalisiert. Aufgrund des Alters vieler Studenten und wegen fehlender Erfahrungsvermittlung kann nicht einfach bei 68 angesetzt werden. Vieles muß neu erarbeitet werden. Daß die Kritik in ihren Formulierungen oft unscharf ist, mag auch daran liegen, daß es keine mehrheitliche Orientierung darüber gibt, auf welche Seite der Gesellschaft sich die Studentenbewegung stellen will. So fehlt auch bislang der Versuch, die Wissenschaftskritik aus der Uni hinauszutragen. Sicher erschwert das die doch recht breite Solidarisierung über die sozialen Forderungen hinaus. Um nach dem Streik nicht in Passivität und Resignation zu verfallen, wird es nötig sein, die Kontinuität der Wissenschaftskritik im Lehrbetrieb zu organisieren. — (p, Volksfront)

ÖTV Essen

Tarifvertrag für Reinigungskräfte

Essen. Nach sieben Jahren Auseinandersetzung ist es der ÖTV gelungen, mit der Stadt Essen einen „Tarifvertrag über die Arbeitsbedingungen für die bei der Stadt Essen zur Reinigung von Gebäuden beschäftigten Reinigungskräfte“ abzuschließen. In dem Vertrag, der am 14.12.1988 unterzeichnet wurde, sind nach Auskunft der ÖTV einige Punkte bundesweit erstmals tariflich fixiert.

Die wichtigsten Regelungen sind: — Durch eine genaue Beschreibung und Abgrenzung der Aufgaben, untergliedert nach Grund- und laufender Unterhalts-

reinigung, wird geregelt, was zur Reinigungsarbeit gehört und was nicht. Jede Reinigungskraft kann sich in Zukunft darauf berufen, daß z.B. Abwaschen oder die Säuberung von mit Blumen zugestellten Fenstern nicht ihre Sache ist.

— Die zu reinigenden Räume, Flure, Sanitäreinrichtungen usw. werden entsprechend ihrer Nutzung in täglich und weniger oft zu reinigende Flächen aufgeteilt. Fensterflächen, Vitrinen usw. werden extra berücksichtigt. Auf dieser Grundlage wird dann der Stellenplan berechnet.

— Für Krankheit und Urlaub schreibt der Tarifvertrag eine Vertretungsreserve vor. Im Verwaltungsbereich beträgt sie 10%, an den Schulen 15% der Beschäftigten. Während die Vertretungskräfte, die es bisher gab, nur Zeitverträge hatten, müssen die Kräfte der Vertretungsreserve festangestellt werden und haben Anspruch auf feste Reviere, wenn Stellen frei werden.

— Überstunden sind in Zukunft grundsätzlich freiwillig, angeordnet werden dürfen höchstens 20 Stunden im Monat. Da in der Vergangenheit Engpässe oft mit bis zu 70 und mehr angeordneten Überstunden „ausgeglichen“ wurden, ist auch dies eine deutliche Verbesserung.

Daneben wurde festgeschrieben, daß die Reinigungskräfte auch an den Schulen Urlaub außerhalb der Ferienzeiten nehmen können, Schutzkleidung gestellt wird und Fortbildungsveranstaltungen stattfinden.

Durch den Tarifvertrag wird die 1981 von der Stadt eingeführte Intervallreinigung abgeschafft. Dadurch, daß auch vielbenutzte Räume z.B. in Schulen nicht mehr täglich gereinigt wurden, führte sie sowohl zu zunehmenden Beschwerden über Dreck als auch zu erheblichen Mehrbelastungen der Reinigungskräfte. Gerade diese Belastungen waren ein wichtiger Grund für die ÖTV, mit Unterstützung der Reinigungskräfte eine tarifliche Regelung zu fordern.

Mehrfach standen die Verhandlungen vor dem Abbruch, weil die Stadt eine erhebliche Erhöhung der zu reinigenden Fläche durchsetzen wollte. Die jetzige Berechnungsgrundlage — 160 qm/Std. in der Verwaltung und 170 qm/Std. in Schulen — ist zwar schlechter als vor Einführung der Intervallreinigung, jedoch besser als in den letzten Jahren.

Wenn die Stadt die Arbeitsbedingungen der Reinigungskräfte in Zukunft grundsätzlich ändern will, muß sie nicht nur den Personalrat einschalten, sondern auch die ÖTV. Dies wird weitere Rationalisierungsversuche erschweren und kann auch dem Druck, den insbesondere die CDU mit immer neuen Privatisierungsforderungen ausübt, entgegenwirken. Inwieweit der Tarifvertrag für andere Städte nützlich ist, müßte geprüft werden.

Quellenhinweis: Tarifvertrag — (wof)

BAYER Leverkusen

Lebhaftige Betriebsversammlung Widerstand gegen Schichtarbeit

Am Freitag, den 16. Dezember, fand eine für Leverkusener Verhältnisse recht kämpferische Betriebsversammlung statt. Mit 2000 Teilnehmern war diese im Vergleich zu früheren Versammlungen gut besucht.

Im Mittelpunkt der Versammlung standen drei Themen. Gesundheitliche Belastungen der und Arbeitszeitverkürzung für die Schichtarbeiter, Personalabbau bei den Handwerkern und deren Ersatz durch Fremdfirmenbeschäftigte sowie der Ausbildungsplatzabbau bei der Bayer AG.

Die Vertrauenskörperleitung (VKL) mobilisierte mit mehreren Flugblättern und Vertrauensleuteversammlungen aus

Untersuchung. (Alle Zitate sind aus der Untersuchung). Der Arbeitskreis ging bei seiner Aufgabenstellung wie selbstverständlich davon aus, daß sich auch in Zukunft an den Maschinenlaufzeiten rund um die Uhr nichts ändern wird und weiter Vollkontischichten gefahren werden. Weiter heißt es in der Untersuchung: „Die Schichtsysteme bzw. das Grundsichtenmodell sollen praktikabel, kostengünstig und so flexibel gestaltet sein, daß den betriebsindividuellen Besonderheiten (damit sind die einzelnen Produktionsbetriebe in einem Werk gemeint, d. Red.) Rechnung getragen werden kann.“

Das bisher gängige 4 Schichtsystem

und Kollegen für eine durchschaubare Betriebsratsarbeit“ mit einem Flugblatt darauf aufmerksam, daß die Unternehmensleitung im Rahmen zukünftiger Arbeitszeitverkürzungen die totale Flexibilisierung der Schichtarbeit beabsichtigt. Die IG-Chemie-Mehrheitsbetriebsräte verhandelten bereits ein Jahr darüber, ohne die Kollegen zu informieren. Deshalb wurden auf der Betriebsversammlung im Dezember '87 Sonderversammlungen für Wechselschichtler beschlossen, aber bis heute nicht durchgeführt.

Die Aktivitäten der VKL richteten sich jetzt nicht gegen die Flexibilisierungspläne der Unternehmensleitung, sondern gegen die gesundheitliche Belastung, der Schichtarbeiter ausgesetzt sind. Allerdings betonte der Betriebsratsvorsitzende auf der Versammlung, daß die Bayer AG nicht auf Wechselschichtarbeiter verzichten könne.

In einem Redebeitrag machte ein Kollege darauf aufmerksam, daß 70% der Schichtbetriebe unterbesetzt sind. In einem anderen Redebeitrag wurde ein Werksarzt zitiert, welcher behauptet, keine Studien zu kennen, welche aussagen, daß Schichtarbeit zu Berufskrankheiten führen könne. In einem weiteren Redebeitrag berichtete ein Kollege, daß es oft vorkomme, daß sie von Nacht- auf Spätschicht wechseln müssen oder sogar in der Freiwoche reingeringelt werden.

Der Werksleiter Rosahl antwortete, daß ihm bis jetzt in dieser Klarheit noch niemand gesagt hätte, welche Schwierigkeiten und Engpässe es in den Produktionsbetrieben geben würde. Er versprach Abhilfe und das Problem der Unterbesetzungen solle kurzfristig abgestellt werden.

Nachdem im April '88 die kommunistische Betriebszeitung „Klassenkampf“ mit dem Leitartikel „Die Stammbesetzung darf nicht weiter schrumpfen — 10000 Einstellungen gefordert“ erschien, ist das Thema Fremdfirmenbeschäftigte immer stärker aufgegriffen worden. Zuerst auf der Betriebsversammlung im Mai, dann in Flugblättern der oppositionellen Liste und später der VKL, zuletzt als ein Schwerpunktthema auf der Dezember-Betriebsversammlung.

Die VKL schreibt in ihrem November-Flugblatt: „Der Tag, an dem 20000 Fremdfirmenangehörige das Bayer-Werk bevölkern, ist vorgegeben.“ Die oppositionelle Liste schlug auf der Versammlung eine Betriebsvereinbarung in Anlehnung an Hoesch vor, mit deren Hilfe der Fremdfirmeneinsatz drastisch eingeschränkt werden soll.“

In einer gesonderten Resolution forderten die Anwesenden den Vorstand auf, wieder mehr Auszubildende einzustellen. Die Planung sieht für '89 die Einstellung von 700 Auszubildenden vor, gegenüber 1000 in 1986.

Quellenhinweis: Nachrichten Chemische Industrie — (jst)



Mit Transparenten und Flugblättern protestierten Vertrauensleute und Betriebsräte der IG Chemie vor dem Kasino gegen die Schichtarbeit.

den betroffenen Bereichen. Vor dem größten Versammlungssaal standen schon während der Mittagspause Gewerkschafter mit sieben Transparenten zu oben genannten Themen und verteilten Flugblätter.

Für Außenstehende ist es interessant zu wissen, daß die meisten Betriebsräte und weiteren Mitglieder der VKL, welche dieses organisierten, vor einem Vierteljahr Unterschriften im Interesse der Werksleitung gegen den WDR gesammelt haben. Damals wandten sie sich gegen eine kritische Berichterstattung anlässlich des 125jährigen Firmenjubiläums.

Ein wesentlicher Punkt der Auseinandersetzung in den Bayer-Werken ist das Vorhaben des Bayer-Vorstandes, die Schichtarbeiter noch stärker als bisher den betrieblichen Bedürfnissen unterzuordnen. Ein vom Vorstand eingerichteter Arbeitskreis „Projekt vollkontinuierliche Schichtarbeit“ verfaßte dazu eine

soll durch ein 5 Schichtsystem ersetzt werden. Da sich dadurch die tatsächlich geleisteten Wochenendarbeitsstunden von 42 auf 33,6 Stunden verringern, hat das einige Konsequenzen. Um auf die dazwischen liegende tarifliche Wochenarbeitszeit zu kommen, müssen die bisher vorhandenen Ausgleichs-Freischichten durch Ausgleichs-Zusatzschichten ersetzt werden. Von den auf dem Zeitkonto als Saldo angeschriebenen Zusatzschichten soll ein Teil zu Jahresbeginn im Rahmen der Urlaubsplanung festgelegt werden. „Der nicht verplante Teil des Zeitkontos kann variabel über das ganze Jahr je Mitarbeiter zur Abdeckung von Beschäftigtenspitzen bzw. als Ersatz für kurzfristig auftretende Fehlzeiten abgefordert werden.“ Kurzfristig soll heißen, nach Möglichkeit sollen die Zusatzschichten mindestens drei Tage vorher angekündigt werden.

Im November 1987 machte die oppositionelle Betriebsratsliste „Kolleginnen

Krankenhauswäschereien Versammlung gegen Privatisierung

Hamburg. Am 16.12.1988 fand im Waschhaus des Allgemeinen Krankenhauses Barmbek eine außerordentliche Personalversammlung statt, zu der in Vertretung des verantwortlichen Senators Runde der zuständige Staatsrat erschienen war und den Unmut der Kolleginnen und Kollegen über das parlamentarische Theater abbekam, das auf ihrem Rücken gespielt wird. Ein großer Trockner war ausgefallen und drei Tonnen Wäsche müssen für die Dauer der Reparatur außer Haus gewaschen werden.

Seit Jahren ist die Zukunft der Krankenhauswäschereien Thema in Senat und Bürgerschaft, wobei seit Bildung der sozialliberalen Koalition die FDP die Freigabe der Investitionsmittel immer wieder blockiert und kategorisch die Privatisierung verlangt. Bereits im Februar 1988 führte die Belegschaft des Waschhauses des AK Barmbek vor dem Rathaus eine Kundgebung durch und übergab dem Senat eine Resolution gegen die Privatisierung der Krankenhauswäschereien mit über 3000 Unterschriften von Krankenhausbeschäftigten. Statt Privatisierung blieb es danach beim Beschluß, die Washhäuser des AK Ochsenzoll und des AK Barmbek bis Ende 1990 zu modernisieren und in einem Landesbetrieb zusammenzuschließen.

Im März 1989 wird die x-te Ausschreibung beendet sein, mit der ein Wäschereikapitalist gefunden werden soll, der den Waschhauspreis der öffentlichen Washhäuser unterbietet. Der Staatsrat (SPD) versuchte die Kolleginnen und Kollegen mit dem Argument zu besänftigen, daß eine Privatwäscherei immer teurer sein werde als eine öffentliche, weil sie Mehrwertsteuer zahlen müsse. Man könne also ganz gelassen dem Ergebnis der Ausschreibung entgegensehen.

Doch solche Gelassenheit können sich die Beschäftigten nicht mehr leisten. 36% der Wäschemenge für die staatlichen Krankenhäuser sind bereits privat vergeben, und jeden Tag können die museumsreifen Maschinen im AK Barmbek den Geist aufgeben. Ursprünglich wurden die Maschinen für eine Waschleistung von neun Tonnen pro Tag gebaut, jetzt bearbeiten die Kolleginnen mit ihnen seit Jahren elf bis zwölf Tonnen pro Tag. Die Aufrechterhaltung der guten Qualität der Krankenhauswäschereien war in den Auseinandersetzungen am Anfang des Jahres der Hauptgrund für die große Unterstützung der Wäschereibeschäftigten durch die übrigen Beschäftigten des Krankenhauses. Diese Qualität können die Kolleginnen aber nur durch harten körperlichen Einsatz bringen und auf Dauer nicht aushalten — ein Umstand, der nach sozialdemokratischer



Lesart den Privatisierungsbetreibern in die Hände arbeitet. Die jahrelange Vorenthaltung nötiger staatlicher Investitionen in öffentlichen Einrichtungen wie den Washhäusern hat dazu geführt, daß jetzt 20 Mio. DM nötig sind, um die Qualität zu gewährleisten. Wenn weiter zugelassen wird, daß im Senat so diskutiert wird, als handele es sich bei diesen öffentlichen Einrichtungen um x-beliebige Wirtschaftsbetriebe, so wird die Privatisierung durchgezogen werden können, und die Krankenkassen werden über den Preis für die Wäsche den Wäschereikapitalisten die Maschinen finanzieren müssen. — (flm, AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik)

fuba

30 Prozent Umsatzsteigerung

Bad Salzdettfurth/Hildesheim. Im Geschäftsjahr 1987/88 verbesserte sich der Umsatz der Unternehmensgruppe fuba — Hans Kolbe & Co. — auf 400 Millionen DM bei 2850 Beschäftigten, was eine Steigerung um 20 Prozent im Gesamtunternehmen bedeutet. Der Pro-Kopf-Umsatz erhöhte sich auf rund 140000 DM, ein Zuwachs von 19000 DM. Der Unternehmensbereich Nachrichtenübertragungstechnik (UBN) in Bad Salzdettfurth machte mit einer knapp 30prozentigen Steigerung einen gewaltigen Sprung von 145 auf 185 Millionen DM Umsatz.

Hauptgesellschafter Hans Kolbe, der eine Beteiligung der Fa. Hoesch einleitete und den Betrieb bis 1990 in eine Aktiengesellschaft überführen will, schrieb an die Beschäftigten: „In diesem Geschäftsjahr rechnen wir mit einer Fortsetzung der Aufwärtsentwicklung. Insbesondere im UBN wird der Umsatz sich nochmals erheblich steigern.“ Dann die Aufforderung zur gemeinschaftlichen Betriebsexpansion: „Hier (im Bereich UBN, d. Verf.) wird die Neuordnung

der Deutschen Bundespost mit einer Liberalisierung des Geräteinkaufs verbunden sein. Deshalb werden sich auf diesem Gebiet die fernöstlichen Mitbewerber umfangreich an den Ausschreibungen der Post beteiligen.“

Die Bilanz auf dem Feld lohnabhängiger Arbeit weist mehr und mehr defizitäre Entwicklungen aus: Lohnneinbußen bewegen sich im Niveau bundesweiter Trends, ausgenommen der Bereich Ingenieur Tätigkeiten. Hier lagen die Gehälter — wie in der gesamten Elektrobranche — unter dem Durchschnitt der Metallindustrie Niedersachsens. Dies wurde nach Massenkündigungen von über 30 Jungingenieuren Anfang 1988 korrigiert (sie mußten regelmäßige Sonntags antreten, 40 bis 50 Überstunden im Monat über einen Zeitraum von vier Monaten ableisten); nun bewegen sich die Tarife bei ca. 200 DM über dem Durchschnitt. Überstunden konnten abgebaut werden, aber die Samstagsarbeit im Angestelltenbereich ist über Sonderschichten ausgedehnt worden.

Angriffe führen die fuba-Kapitalisten gegen die Arbeiter und Arbeiterinnen im Produktionsbereich. Hier ist die Schichtarbeit erheblich ausgedehnt worden. Waren 1985 etwa 500 der Zweischicht und 170 der Dreischicht ausgesetzt, sind es 1988 immerhin 900 zweischichtig Arbeitende und 300 im Rund-um-die-Uhr-Rhythmus. Die Ausdehnung der Schichtarbeit beträgt somit durchschnittlich 80 Prozent. Dieser Vorgang ist im Vergleich zu anderen Betrieben eine sehr deutliche Wahrnehmung angedrohter Maschinenlaufzeitenutzung. Noch eindeutiger ist die Entwicklung — statistisch — auf die Gesamtbelegschaft bezogen gelaufen: 1985 betrug der Anteil der in Schicht arbeitenden Beschäftigten 26,8 Prozent. 1988 liegt er bei 42,1 Prozent. Dabei muß ausdrücklich betont werden, daß die Schichtarbeit im Angestelltenbereich (hauptsächlich in der EDV) ebenso dramatisch zugenommen hat wie in Lohnempfängerbereichen. Hier lag die Steigerung auf Abteilungsebene bei über 200 Prozent. — (mal)



Ingenieure messen mit vielen Überstunden neue Lichtwellen-Kabelanlagen ein.

Studentenproteste

Gegen „Hochschulnotstand“ — Von den Interessen armer Studenten kaum die Rede

Konstanz. Die Proteste der Studierenden an der Universität Konstanz Mitte Dezember fielen für viele überraschend heftig aus. Am 16.12. boykottierte die Mehrzahl der Studierenden Seminare und Vorlesungen, mehrere hundert nahmen an einer Vollversammlung teil und verabschiedeten eine Resolution gegen Hochschulnotstand (siehe S. 27). Am Nachmittag beteiligten sich dann knapp 2000 Studierende, darunter auch Fachhochschüler, die ebenfalls zum Vorlesungsboykott aufgerufen hatten, an der „größten Demonstration seit mindestens 15 Jahren“, wie die Lokalpresse zu berichten wußte. Im Januar sollen erneut Aktionen stattfinden.

Koordiniert werden die Aktivitäten

rade 3000 Studienplätzen. Die Folge sind nicht nur hoffnungslos überfüllte Seminare wegen des akuten Raummanagements; auch die Personalentwicklung hält nicht Schritt. Seit 1980 haben die Studentenzahlen um mehr als 250% zugenommen. Die Stellenzahlen im wissenschaftlichen Dienst sind in diesen acht Jahren jedoch gerade um rund 10% angestiegen.

Die Ausbildungsbedingungen werden immer unerträglicher. Die Bibliothek ist hoffnungslos überlastet; die Literaturausstattung ist längst nicht mehr ausreichend; wochenlange Wartezeiten auf zwingend vorgeschriebene Bücher sind die Regel. Wer kein Geld hat, um sich die teuren wissenschaftlichen Veröffent-

noch einmal drastisch verschlechtern. So konnte beispielsweise eine Immobilienfirma die 14 Quadratmeter großen Zimmer eines pleite gegangenen Hotels (Toilette auf dem Flur) für sage und schreibe 460 DM im Monat vermieten. Viele sind gezwungen, im Konstanzer Umland zu wohnen, was wegen der schlechten Verbindungen, die der öffentliche Nahverkehr bietet, die Haltung eines Autos und damit zusätzliche hohe Kosten fast unumgänglich macht.

Solche vom Rektorat vornehm als „Überlast“ bezeichneten Verhältnisse gehören mit zum Kalkül der von der Reaktion betriebenen Hochschulpolitik. Sie ordnen sich ein in die Elitopolitik der Regierungskoalition, die vom Konstanzer Rektor Horst Sund, der der FDP nahesteht, mit Nachdruck betrieben wird. Überfüllte Seminare, fehlende Arbeitsmittel, keine Wohnungen, immer mehr Ausgaben — all das befördert die Auslese der von Kapitalisten und konservativ-liberalen Politikern geforderten Elite. Die Überfüllung soll die gewünschte Konkurrenz zusätzlich kräftig anheizen. Die Selektionsinstrumente sind dabei in den vergangenen Jahren durch verschiedene Maßnahmen des Rektorats geschärft worden. So wurden in den vergangenen Jahren die Studien- und Prüfungsbedingungen fast aller Fachbereiche verschärft. Jüngstes Beispiel: Im größten Fachbereich, dem Studiengang Politik/Verwaltungswissenschaften, will der Vorsitzende des Prüfungsausschusses durchsetzen, daß für die Studierenden die Möglichkeit entfällt, mehr als die vorgeschriebene Anzahl von Scheinen (die Teil der Diplomprüfung sind) zu erwerben, um besser benotete Leistungsnachweise in die Diplomnote einfließen zu lassen. Außerdem soll die freie Wahl der Prüfer eingeschränkt und ein Numerus Clausus eingeführt werden. Begründung: Weniger Arbeit für die Professoren, außerdem könnte so der seiner Ansicht nach zu hohe Notendurchschnitt der an der Konstanzer Uni abgelegten Diplomprüfungen gesenkt werden.

Während im Bereich der „Primärstudiengänge“ (Sund) die Studienbedingungen verschlechtert und die Auslese verschärft wird, baut man „eine Reihe forschungs- und praxisbezogener Aufbaustudiengänge“ zielstrebig aus, so Rektor Sund in seinem Rechenschaftsbericht 1986/87. So zum Beispiel den Aufbaustudiengang „Internationale Wirtschafts-



Knapp 2000 Studierende von Universität und Fachhochschule demonstrierten am 16. Dezember in Konstanz gegen den „Hochschulnotstand“.

von einem Aktionskomitee, in dem ein breites politisches Spektrum vertreten ist. Neben dem AStA, der von Jusos und Grüner Hochschulgruppe gestellt wird, arbeiten darin Jusos, SHB, Basisgruppen (u.a. Autonome, Vertreter der AG für revolutionäre Hochschulpolitik) und Fachschafter. Darüberhinaus sitzt die Liberale Hochschulgruppe mit im Komitee.

Gründe für massiven Protest gegen die Verhältnisse gibt es genug, schon lange. Der sogenannte Hochschulnotstand ist gewolltes Ergebnis der reaktionären Bildungspolitik der konservativ-liberalen Koalition. An der Konstanzer Uni drängen sich die 8125 Studierenden auf ge-

lichungen zu kaufen, bekommt die Literatur häufig erst nach Monaten in die Hand; die Beschäftigtenzahl hat das Rektorat in der Bibliothek seit 1983 um neun Stellen gekürzt. Katastrophale Verhältnisse herrschen aber auch in der Mensa und der Cafeteria — wer sich einen Restaurantbesuch nicht leisten kann und auf das Mittagessen des Studentenwerks angewiesen ist, kommt meist um Wartezeiten so zwischen 10 bis 20 Minuten nicht herum. Gleichzeitig sehen sich die Studierenden einer drückenden Wohnungsnot ausgesetzt, weil die Zahl der Wohnheimplätze viel zu niedrig ist. Die Folge sind völlig überbezahlte Mieten, die die soziale Lage vieler armer Studenten

beziehungen“, wo angehende Spitzenkräfte aus Verwaltung und Wirtschaft sich unter besten Bedingungen fit machen lassen können, oder das neue Graduiertenkolleg „Biochemische Pharmakologie“, wo 16 Kollegiaten von einem Professor betreut werden. Gleichzeitig setzt Sund Akzente in der „behutsamen Stärkung unseres Forschungsprofils“ (Rechenschaftsbericht), natürlich auch auf Kosten der Lehre und teilweise zum direkten Nutzen für Konzerne. So wurden in den vergangenen Jahren zum Beispiel Kooperationsverträge mit AEG und der Daimler-Tochter Dornier abgeschlossen. Ein Indiz für diese Stärkung der Forschung für die Konzerne ist die „steigende Tendenz“ bei der „Einwerbung von Drittmitteln“, wie Sund in seinem Rechenschaftsbericht zufrieden konstatiert. Ihr Anteil am Haushalt der Universität steigt kontinuierlich. Im Jahr 1980 betrug er 13,1%, 1987 (neuere Zahlen sind nicht bekannt) lag er schon bei 14,8%. Im gleichen Zeitraum sank der Anteil der Personalausgaben von 62,9 auf 59,5%.

Die allgemeine Verschärfung der Ausbildungsbedingungen der Studierenden zeigt Wirkung. Im ersten Abschnitt des Studienjahres 1980 beendeten noch

29,1% der Exmatrikulierten ihr Studium mit dem Abschluß der Prüfung. Im Jahr März 1988 betrug diese Zahl noch 23,5%. Rapide angestiegen ist die Zahl derer, die sich nicht wegen Hochschulwechsel, Wehr- oder Ersatzdienst o.ä. exmatrikulieren. Vermerkte die Studentenstatistik für das erste Halbjahr 1980 5,7% Exmatrikulationen wegen „Aufgabe des Studiums“, betrug die gleiche Zahl für 1988 schon 17%. Zu denen, die auf der Strecke bleiben, muß auch ein Teil derer gezählt werden, die in der Rubrik „Nichtrückmeldung“ geführt werden. Ihre Zahl stieg im selben Zeitraum von 11% auf 15%.

Wen die brutale Selektion, die in diesen Zahlen zum Ausdruck kommt, hauptsächlich trifft, dafür gibt es verschiedene Anhaltspunkte. Zum einen: Nachdem in den siebziger Jahren der Frauenanteil unter den Studienanfängern stetig gestiegen war, sinkt er seit nunmehr drei Jahren wieder leicht und liegt heute bei 42,2% (1986/87: 42,5%). Was die soziale Entwicklung angeht, fällt der Nachweis (aufgrund fehlenden Materials) schwerer. Ein Indiz dafür, daß vor allem Leute mit wenig Geld unter die Räder kommen, ist die Entwicklung der Bafög-Anträge. Die Zahl der gestellten

Anträge sank trotz steigender Studentenzahlen von 1984 bis 1986 absolut um rund 8%.

Auffällig ist, daß bei den Protestaktionen die Kritik an solchen Verhältnissen kaum eine Rolle spielt. In der auf der Vollversammlung verabschiedeten Resolution gegen „Hochschulnotstand“ geht es auffällig viel um „die Hochschulen“ und ihre „Zukunft“. Zwar werden einzelne Forderungen erhoben, die auf eine Verbesserung der materiellen Lage der „Mehrheit der Studierenden“ zielen. Hauptsächlich aber wird „mehr Geld“ gefordert, um das „Betreungsverhältnis“ zu verbessern. Eine Auseinandersetzung mit dem brutalen Prüfungssystem und der daran geknüpften reaktionären Elitebildungspolitik fehlt ebenso wie die Hervorhebung der Interessen von Leuten mit wenig Geld, die dieses System doppelt hart trifft. Daß der studentische Nachwuchs der FDP keine Probleme hatte, sich an den Aktivitäten zu beteiligen, untermauert dies ebenso wie der Auftritt Rektor Sunds auf der Streikvollversammlung. Sund heimste keinen Beifall für seine Hetze gegen den „Massenandrang“ ein, wegen dem die „Ausbildung nicht so gut sein wird, wie es erforderlich ist...“ — (jüng)

Resolution gegen „Hochschulnotstand“

Die Vollversammlung aller Studierenden der Universität Konstanz lehnt das Zwei-Milliarden-Programm des Bundes und der Länder als völlig unzureichend ab. Die Verteilung auf sieben Jahre und die Beschränkung auf die Studienfächer BWL, Informatik und Maschinenbau hilft der großen Mehrheit der Studierenden nicht. Sie dient den Interessen der Konzerne, die damit ihren Bedarf an Fachkräften sichern wollen. Notwendig ist stattdessen ein Konzept zur langfristigen Sicherung der Zukunft der Hochschulen.

Sie fordert die Landes- und Bundesregierung auf:

- jährlich zwei Milliarden DM bereitzustellen, um damit 10000 neue Stellen zu schaffen, um wieder in *allen* Fachbereichen ein Betreuungsverhältnis von 1:10 zu erreichen;
- eine gesicherte und ausreichende Studienfinanzierung für alle deutschen und ausländischen Studierenden zu schaffen, die nicht an die Studiendauer gebunden ist (Deckung des Bedarfs von 1000 DM nach Berechnung des Deutschen Studentenwerks, Wiedereinführung des reinen Zuschußsystems beim Bafög);
- die derzeitige einseitige staatliche Förderung von privaten Universitäten einzustellen;
- die Bevorzugung der ökonomisch verwertbaren Studiengänge zu Lasten anderer zu beenden (dieser Mißstand

ist nicht durch Umverteilung, sondern durch mehr Geld zu beseitigen);

— die Versuche, die Überlastung der Hochschulen durch „Ausleseinstrumente“ wie den Numerus Clausus einzustellen und das Recht auf Bildung für alle wieder durchzusetzen;

— Frauenförderpläne und verstärkte feministische Forschung in allen Fachbereichen zu unterstützen;

— ausreichenden, menschenwürdigen und bezahlbaren Wohnraum für alle zu schaffen (Wiedereinführung des sozialen Wohnungsbaus).

— Die Gesundheits„reform“ (u.a. mit ihren negativen Auswirkungen auf Studierende) zurückzunehmen.

Ungeachtet der dringenden Notwendigkeit von zusätzlichen Mitteln und der augenblicklichen finanziellen und inhaltlichen Lage der Hochschulen bzw. Studiengänge können die Probleme kurzfristig durch größeres persönliches Engagement der Lehrenden zumindest gemildert werden (Erhöhung des Lehrdeputats um zwei Stunden, mehr Sprechstunden). Die Ausschreibungsverfahren für freie Stellen sind so schnell wie möglich zu beenden. Offene Stellen müssen also sofort wiederbesetzt werden.

Die Möglichkeit zur Kinderbetreuung sind zu verbessern.

Das IBZ (Nobelcafé für Professoren) ist einer allgemeinen Nutzung zugänglich zu machen. Platzprobleme v.a. in der Mittagszeit ließen sich so kurzfristig vermindern.

Die Studierenden der Universität Konstanz lehnen unkontrollierte Drittmittel-

forschung und Forschung, die ausschließlich der Rüstung nützt, ab. Deshalb wenden wir uns zum Beispiel gegen den Aufbau und die Einrichtung eines Forschungsbereichs „Genomanalyse“ an der Uni Konstanz, der dringend benötigte zwei Millionen kostet. Die Forschungsergebnisse würden hauptsächlich der kommerziellen Nutzung zugeführt. Die ethischen und gesellschaftlichen Folgen sind nicht abschätzbar.

Die Vollversammlung der Universität Konstanz fordert eine Öffnung und Demokratisierung der Hochschulen, um den Studierenden die Möglichkeit zu geben, am hochschulpolitischen Entscheidungsprozeß gleichberechtigt teilzunehmen:

- Wiedereinführung der Verfaßten Studentenschaft mit Finanzhoheit, Satzungsautonomie und politischem Mandat;
- paritätische Mitbestimmung aller Universitätsangehörigen;
- Förderung und Unterstützung von autonomen, selbstbestimmten Tutorien und Seminaren.

Die Vollversammlung fordert alle Verantwortlichen — Politiker, Rektoren, Verwaltung, u.ä. — auf, diese Positionen zu unterstützen und in den Entscheidungsgremien nachdrücklich zu vertreten.

Verabschiedet auf einer studentischen Vollversammlung der Universität Konstanz am 16.12., bestätigt auf der Abschlußkundgebung der Demonstration am selben Tag

Lohnquote gesunken

Nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes nahmen 1988 die Gewinne und Vermögenseinkünfte um 10% zu, die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit dagegen nur um 3,8%. Die Lohnquote, das heißt der Anteil aller Einkommen aus unselbständiger Arbeit, sank auf den niedrigsten Stand seit 1969, auf 67,7%. In der Lohnquote kommt nicht zum Ausdruck, daß der Anteil der abhängig Beschäftigten an allen Erwerbstätigen gestiegen ist. Das Prokopfeinkommen der Lohnabhängigen ist also noch stärker gesunken. — (anl)

Siemens: Flexibel ist gefragt

Karlsruhe. Einer Umfrage der Siemens AG zufolge gab es Probleme bei der Durchsetzung flexibler Arbeitszeiten. Sie entstanden vor allem aus „unzureichender Information“, aus „betrieblich bedingten Abweichungen von den vereinbarten Arbeitszeitkonditionen ohne ausreichende sachliche Begründung“, aus Nichtberücksichtigung „gewichtiger Einwände der Mitarbeiter“ gegen kurzfristige Arbeitszeitänderungen.



Seoul. Zu einer Großdemonstration hatte die Gewerkschaft Samsung Shipbuilding and Heavy Industry Employees vor dem Hauptsitz des Konzerns in Seoul aufgerufen. Seit einigen Monaten weigert sich das Unternehmen, diese von der Belegschaft gebildete Gewerkschaft anzuerkennen. Stattdessen hat Samsung das Arbeitsministerium überredet, eine von den leitenden Angestellten gegründete, den Firmeninteressen untergeordnete Gewerkschaft zu registrieren. Die Belegschaft hat nun die Verhaftung des geschäftsführenden Direktors gefordert. Die Demonstration war ein weiterer wichtiger Schritt in der Kampagne der Belegschaft. Der Internationale Metallgewerkschaftsbund hat eine Unterstützungsbotschaft gesandt. — (ros)

Schwandorf/Oberpfalz. Mit einem Trauer- und Protestzug demonstrierten am 14.1. rund 2000 Türken und Deutsche. Durch den Brandanschlag eines jugendlichen Neonazis waren eine dreiköpfige türkische Familie und ein deutscher Bürger umgekommen. In der ersten Reihe wurden die Bilder der Toten getragen. Ein Sprecher appellierte „an alle Verantwortlichen“ und forderte: „Sie müssen für unsere Sicherheit sorgen. Es ist die Aufgabe der Bundesrepublik, schleunigst Maßnahmen gegen solche Verbrechen zu ergreifen.“ — (gba)

Widerstand gab es wegen „Defiziten im betrieblichen, aber auch im öffentlichen Infrastrukturangebot“, wie z.B. nichtbesetzte Dienststellen oder „die ungünstigen Fahrpläne der öffentlichen Verkehrsmittel“. Die Umfrage zeige, daß die eingeführten flexiblen Arbeitszeitsysteme auf eine „bemerkenswerte positive Resonanz“ gestoßen seien: Die 450 befragten „Mitarbeiter“ sollen „sogar den Wunsch nach einem noch stärker differenzierten betrieblichen Angebot an flexiblen Arbeitszeitmodellen bzw. -varianten mit entsprechenden Wahlmöglichkeiten“ geäußert haben. — (map)



Gauweiler fordert 24-Stunden-Arbeit

Augsburg. Auf den bayerischen Autobahn-Baustellen sollen nur noch Firmen arbeiten dürfen, die bereit sind, 24 Stunden arbeiten zu lassen; das würde dem Umweltschutz nützen und die Unfallgefahren senken, meinte der seit Regierungsneubildung für die Oberste Baubehörde zuständige Innenstaatssekretär Gauweiler. Berechtigt staatliches Auftragsmonopol zur Antreiberei? Die IG Bau-Steine-Erden mußte ihn darauf hinweisen, daß sie nicht bereit ist, den allgemeinverbindlichen Tarifvertrag zu ändern, der weder gefährliche Straßenbauarbeiten bei Nacht noch Sonntagsarbeit zuläßt. — (baf)

BSE-Leute vor Gericht

Bad Kreuznach. Im Bezirksverband der IG Bau-Steine-Erden erstreikten die Gebäudereinigerinnen im Frühjahr 1988 erfolgreich einen Tarifvertrag. Am 1.12.88 eröffnete Richter Glitsch (Amtsgericht Sobernheim) den Prozeß gegen Peter Hoeger (BSE-Landessekretär, Rheinland-Pfalz-Saar), Gerhard Gegenheimer (BSE-Bezirksgeschäftsführer), Gustav Hohnsdorf (BSE-Bezirkssekretär) und Peter Schick (DGB-Kreisvorsitzender). Ihnen wird vorgeworfen, gemeinsam mit den streikenden Frauen arbeitswilligen Putzfrauen die Zufahrt zum Kasernengelände des Flugplatzes in Sobernheim an mehreren Tagen für einige Minuten versperrt zu haben.

Oberstaatsanwalt Martin Halfmann macht daraus „gemeinschaftliche Nötigung“. 17 streikbeteiligte Frauen sollen gesondert kriminalisiert werden.

Quelle: Grundstein 12/88 — (rab)

EDV-System „SAP“ eingeführt

Norderstedt. Die Betriebsräte bei Jungheinrich haben zugestimmt, daß ab Januar das EDV-System „SAP“ konzernübergreifend genutzt werden darf. Der modulare Aufbau von SAP erlaubt es, ohne Schnittstellenprobleme z.B. Finanzführung und Produktionssteuerung zu verknüpfen und eine einheitliche Abfragesprache zu nutzen. Jungheinrich folgt der oft beobachteten Einführungsstrategie, SAP erstmal im Finanzbereich zu installieren. Die Vereinbarung gibt dem BR Rechte, z.B. zu verhindern, daß Auswertungen von Verhalten und Leistung der Kolleginnen und Kollegen stattfinden. — (hel)

Samstagsarbeit genehmigt

Nach einem Urteil des Düsseldorf Landesarbeitsgerichts vom Dezember 1988 (AZ 9 tabv 144/88) ist die Einführung von regelmäßiger Samstagsarbeit, innerhalb eines Schichtsystems mit der 6-Tage-Woche, nach dem Manteltarifvertrag der Metallindustrie für NRW zulässig. Das Landesarbeitsgericht hat damit die Entscheidung einer betrieblichen Einigungsstelle und der Vorinstanz bestätigt. — (stb)

Genforschungszentrum BASF

Ein Chemiemulti läßt die Puppen tanzen

Mannheim. Eine „drohende Äußerung“ („Mannheimer Morgen“, 17.11.1988) aus dem BASF-Aufsichtsrat, ihr Genforschungslabor mit 230 Arbeitsplätzen und Investitionskosten von 100 Millionen DM in den USA zu errichten, vor allem zur Medikamentenentwicklung, hatte unter Kommunal- und Landespolitikern, Gewerkschaft und Betriebsrat hektische Betriebsamkeit für die Interessen des Chemie-Giganten ausgelöst, um den „Standort Ludwigshafen (zu) sichern“, wie die IG Chemie dringend mahnte. Ludwigshafens Stadtkämmerer erklärte nach einem Werksbesuch erkenntnisbeladen, „daß man keinerlei Vorbehalte gegen gentechnische Fertigungen an sich habe. Es handle sich hier um eine Methode der Chemie wie andere auch.“ (MM, 16.9.1988) Der „Mannheimer Morgen“ malte bereits die Vision einer „zum Fossil verkommenen BASF in einer vollkommen erneuerten Welt der Produktion“ an die Wand (dito), sollte das Gentechnikum nicht in Ludwigshafen gebaut werden.

Die BASF gab die 4. Novelle des Bundesimmissionsschutzgesetzes, das am 1.9.1988 in Kraft getreten war, als Dorn in ihrem Auge an. Dieses schreibt ein öffentliches Zulassungsverfahren vor, sobald Generzeugnisse des Labors vermarktet werden sollen. Es gehe nicht an, daß jeder in einem öffentlichen Genehmigungsverfahren über ein Labor mitbestimmen dürfe, verlautete es aus dem BASF-Vorstand.

Anfang 1987 empfahl die Enquete-Kommission des Bundestags, mit Freisetzungsvorversuchen von genetisch veränderten Organismen noch mindestens fünf Jahre zu warten, bis genauere Forschungsergebnisse über deren Wirkung auf das Ökosystem vorliegen. Die Industrie favorisiert die sich derzeit bei der EG in Arbeit befindlichen Richtlinien, die vorsehen, daß angemeldete Projekte grundsätzlich als genehmigt gelten, wenn innerhalb von 60 Tagen kein Einspruch der zuständigen Behörde zustandekommt. Das ging bislang sogar dem Bonner Gesundheitsministerium zu weit („Frankfurter Rundschau“, 26.11.1988).

Nachdem sich eine ganze Menge Leute für ein Genlabor vor Ort weit aus dem Fenster gehängt hatten, ohne Reflexion über die möglichen Folgen, gab die BASF am 11. November 1988 ihre Entscheidung bekannt, das Gentechnikum in Boston/USA zu betreiben. Gleichzeitig beklagte Vorstandsvorsitzender Albers das Fehlen des notwendigen gesellschaftlichen Konsens für eine erfolgreiche Genarbeit. Eine Forschung zum Null-Risiko gebe es nun mal nicht. (1) Die Leitenden BASF-Angestellten kritisierten in einer öffentlichen Erklärung den Gesetzgeber ob seines „häufig unreflektierten Eingehens“ auf die negative Haltung der Bevölkerung. (MM, 17.12.1988)

Lauthals wurde nach einem Gengesetz gerufen, um die „notwendigen Zukunftsinvestitionen“ zu sichern. Am 13.11. beriet sich der IG-Chemie-Hauptvorstand mit Rita Süßmuth über dieses Thema. Am 30.11., zwei Wochen nach der BASF-Entscheidung, beschloß das Kabinett Eckwerte für ein noch in dieser Legislaturperiode zu verabschiedendes Gesetz. Danach soll künftig dann ein Anspruch auf die Genehmigung gentechnischer Arbeiten bestehen, wenn die baulichen, apparativen, personellen Voraussetzungen und sonstigen Sicherheitsmaßnahmen eine sichere Durchführung gewährleisten. Bestimmte Anwendungsbereiche sollen ganz von gesetzlichen Regelungen freigestellt werden, damit „wertvolle Vollzugskapazität“ nicht durch Formalentscheidungen gebunden wird. Die Freisetzung soll genehmigt werden, wenn ein staatliches Prüfverfahren im Einzelfall die Prognose erlaubt, daß nach dem Stand der wissenschaftlichen Erkenntnis *unvertretbare* Gefahren für Mensch und Umwelt nicht zu erwarten sind. (3) Und bekanntlich sind die Gefahren neuer Technologien allemal dann vertretbar,

wenn der Anwendungsverzicht Konkurrenz Nachteile und Profitfälle — etwas gänzlich Unvertretbares — nach sich zöge.

Die westdeutsche Chemieindustrie ist derzeit mit Hochdruck daran, ihren gentechnologischen Forschungsrückstand gegenüber den Amerikanern, Japanern und Briten aufzuholen. Rund 700 Millionen Mark investierte sie 1988 dafür, plus 230 Millionen aus dem Forschungsministerium. Wer im Gen-Geschäft derzeit mithalten will, muß ein Standbein in den USA haben, wo Forschungsergebnisse zügig ohne lange Zulassungsverfahren umgesetzt werden können. Seit Jahren kaufen Hoechst und Bayer dort reihenweise kleine Genfirmen und -labors auf. Eine Expertenkommission in Washington konstatierte, daß die Kommerzialisierung eines neuen Wissenschaftszweiges noch nie in einem derart atemberaubenden Tempo abgelaufen sei. In der BRD sind bisher rund 800 Genlabors angemeldet. Die Genforschungszentren liegen in München (Hoechst, Wacker-Chemie), Köln (Bayer), Berlin (Schering) und Heidelberg (BASF).

Der Sektor Landwirtschaft/Nahrungsmittelproduktion mit einem erwarteten Weltmarktvolumen von ca. 100 Mrd. Dollar (1985 wurden für 40 Milliarden Dollar Pflanzenschutzmitteln verkauft) ist Schrittmacher der biotechnischen Revolution. Der Agrarproduktebereich ist im übrigen das einzige „Sorgenkind“ der BASF.

Die Chemiemultis arbeiten an Pflanzenzüchtungen, die speziell gegen ihr Herbizid resistent sind. Die Bauern wären dann gezwungen, Schädlingsbekämpfungsmittel und das maßgeschneiderte Saatgut im Paket von einer Firma zu beziehen. Die weitere Ausbreitung der Monokultur, massenhafte Ruinierung und Landvertreibung von Kleinbauern, die sich diese teuren „Pakete“ nicht leisten können, wird weltweit fortgesetzt, eine Entwicklung, die schon durch den Einsatz des kostspieligen Saatguts für Hochleistungs- und Hybridsorten gefördert wurde. Zugleich ist der wertvolle Genbestand der in jahrtausendelanger Züchtung entwickelten drei wichtigsten Kulturpflanzen Mais, Reis und Weizen bereits gefährdet. Die Genreserven der uralten Sorten aber werden dringend benötigt, um die genetische Basis der Superzüchtungen immer wieder aufzufrischen. In Indien zum Beispiel verringerten sich die Reissorten von 5000 auf 700, während sich die resistenten Insekten- und Milbenarten in etwa zehn Jahren von 182 auf 364 verdoppelten. (4) Die Auswirkungen freigesetzter genetischer Organismen auf die komplexen ökologischen Abläufe sind weitgehend unbekannt. Die südafrikanischen „Killerbienen“ zeigten — so der BUND — welches Unheil schon mit herkömmlichen Eingriffen in das Ökosystem angerichtet wurde. Freisetzungen sind beim augenblicklichen Kenntnisstand „Real-Experimente“ mit der Bevölkerung und der Umwelt.

Für die „Entwicklungsländer“ zeichnen sich verheerende wirtschaftliche Folgen ab. Tropische Pflanzen sollen an kühleren Klimate angepaßt oder durch biotechnische Produkte ersetzt werden. Über die Produktion von Zuckerersatzstoffen z.B. ist der Weltmarktpreis für Zucker in den letzten Jahren völlig zusammengebrochen.

Auch gibt es immer mehr Hinweise für eine Bedrohung durch neukombinierte Krankheitserreger — ganz abgesehen vom Einsatz der Gentechnologie für die Produktion biologischer Kampfstoffe, wonach auch bereits in der Bundesrepublik geforscht wird.

Breiten Widerstand gegen die rein am imperialistischen Verwertungsinteresse ausgerichtete Gentechnologie zu entwickeln, ist nach der USA-Flucht-Debatte nun schwer. Die BASF hat nämlich zur selben Zeit die *Produktion*, die Umsetzung der Gen-Forschung, still und heimlich am Standort Ludwigshafen beantragt. Die Aktion Alternativer BASF-Aktionäre sammelt dagegen zur Zeit Unterschriften. Gerade der Umgang mit einer Technologie, die in die Grundlagen des Lebens eingreift, setzt deren umfassende gesellschaftliche Beherrschung und andere Produktionsverhältnisse voraus.

Quellenhinweis: (1) BASF-Information 17.11.1988; (3) Demokratisches Gesundheitswesen 1/89; (4) Dem. Gesundheitswesen 5/86. — (eki)

HBV-Veröffentlichungen

Kämpfe gegen zu langen und harten Arbeitstag

„Geschichte des Ladenschlusses“

Das Buch wurde im November 1988 von der Gewerkschaft HBV herausgegeben und gliedert sich in: Vorwort von Dieter Steinborn (2. Vorsitzender der HBV), Einleitung vom Autor Udo Achten, wo das Wesentliche aus den Dokumenten zusammengefaßt und gewertet wird, Dokumente über 230 Seiten und eine Chronik, die die Geschichte der Auseinandersetzung sinnvoll zusammenfaßt.

Im Vorwort heißt es: „... In der Tarifrunde 89 liegt der Tarifvertrag zum Arbeitszeitende um 18.30 Uhr erneut auf dem Verhandlungstisch ... Das vorliegende Buch soll ihnen Mut machen, die bevorstehenden Auseinandersetzungen durchzustehen.“ Tatsächlich erfährt man in dem Buch, welche harten Kämpfe es bedurfte, die Nacharbeit im Handel um die Jahrhundertwende zu beseitigen, was mit der Einschränkung der Ladenöffnungszeiten erreicht wurde.

1848 forderte bereits der „Verein junger Kaufleute“ in Berlin den „8-Uhr-Ladenschluß“. Die Einschränkung der Ladenöffnungszeiten sollte eine Verkürzung der Arbeitszeiten der im Handel Beschäftigten bewirken. Diese mußten oft bis weit in die Nacht hinein arbeiten. Die Forderung wurde konkret mit dem Erhalt der Gesundheit der Beschäftigten begründet.

1900 war dann der „9-Uhr-Ladenschluß“ durchgesetzt. Zwischen 1915 und 1916 führten viele Ladenbesitzer den „7-Uhr-Ladenschluß“ ein. Der Grund war die Warenknappheit während des Ersten Weltkrieges. 1919 wurde dann durch Verordnung der „19-Uhr-Ladenschluß“ festgelegt (alle hatten sich inzwischen an diese Ladenschlußzeit gewöhnt).

1953, 100 Jahre nach den ersten Kämpfen um einen früheren Ladenschluß, demonstrierten trotz Verbot durch die Polizeibehörden 10000

Menschen in München, um die monatlichen drei freien Samstagnachmittage zu erhalten. Fünf Hundertschaften Polizei wurden gegen die Demonstranten eingesetzt. Zuvor hatte auch in Bremen gleiche Auseinandersetzungen mit der Firma C&A Brennkemeyer gegeben. Im November 1956 wurde dann vom Bundestag das mit Änderungen noch heute gültige Ladenschlußgesetz beschlossen.

Entlang der Dokumente über die Entwicklung des Ladenschlusses wird — ebenfalls in Dokumentenform — über die Entstehung und Entwicklung von Organisationen der Beschäftigten im Handelsbereich (Groß- und Ein-



zelhandel) berichtet. Genauso kann aus den Dokumenten der geschichtliche Zusammenhang erkannt werden. Die Entwicklung der Arbeitsschutzrechte, der Gewerbe- und Arbeitszeitordnung ist enthalten. Offensichtlich ist, daß die Arbeitszeitverkürzung in der Industrie immer weit voraus war. Enthalten ist auch die Bedeutung der Arbeit von Frauen — 1914 aus der Sicht des Deutsch Nationalen Handelsgehilfenverbandes.

Die Dokumente belegen, daß nur mit Diskussion das Erreichte nicht verteidigt werden kann, geschweige denn tatsächlich das freie Wochenende auch im Handel durchzusetzen ist.

Udo Achten: Geschichte des Ladenschlusses, WI-Verlag Düsseldorf, 256 Seiten, 26,80 DM. — (brg)

„Die neue Mehrheit“ Bilder-Lesebuch

Das „Bilder-Lesebuch Angestellte“ erschien 1988 zum 40jährigen Bestehen der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, herausgegeben vom Sprecher der HBV, Claus Eillrich, und dem Chefredakteur der Gewerkschaftlichen Monatshefte, Hans Otto Hemmer.

Im ersten Teil „Angestellten-Geschichte“ wird die Geschichte der gewerkschaftlichen Organisierung im privaten Dienstleistungsgewerbe über ein Jahrhundert bis zur Gründung der HBV verfolgt. Die ersten Handlungsgehilfenverbände wurden zwischen 1858 und 1893 im Versicherungs-, Bank- und Handelsgewerbe gegründet. Sie bildeten Versicherungs- und Fürsorgeeinrichtungen für ihre Mitglieder sowie eigene Stellenvermittlungen. Vereinzelt begannen sie, für Verbesserungen der Arbeitsbedingungen und des Einkommens zu agitieren. Ungelernten Beschäftigten oder Frauen war die Mitgliedschaft verwehrt, Unternehmen und Selbständige konnten sie erwerben. Der größte Verband, der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband DHV, vertrat in Abgrenzung zur Sozialdemokratie antisemitische und nationalistische Positionen. In diesem Verband konnte die NSDAP später die Führung erringen. Um 1900 wurden die ersten Verbände gegründet, in denen sich gelernte, ungelernte und auch weibliche Arbeitskräfte organisierten. Der Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen Deutschlands und der Allgemeine Verband der Deutschen Bankbeamten traten der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands bei. Sie forderten Tarifverträge über Einkommen und Arbeitsbedingungen und statt Sondersicherungen für Angestellte den Ausbau allgemeiner Invaliden- und Altersversicherungen. 1920 hatten sie 390000 Mitglieder, die ständischen Organisationen 300000. Aus diesen Erfahrungen heraus wurde nach dem Prinzip der Einheitsgewerkschaft 1948 die HBV im DGB gegründet. Die Entwicklung der HBV wird begleitet von der Auseinander-

setzung mit der DAG, die das „Ständeprinzip“ im Gegensatz zur Einheitsgewerkschaft verfolgt.

Der zweite Teil „Angestellten-Arbeit, Acht Porträts“ dokumentiert den Arbeits- und Lebensalltag einer Kassiererin, eines Wertpapierberaters, eines EDV-Fachmanns, einer Touristikberaterin, einer Textilhausverkäuferin, eines Versicherungskaufmanns, einer Kaufhausangestellten und einer Großbank-Filialleiterin. Alle sind HBV-Betriebsräte.

Der dritte Teil „Angestellten-Gesellschaft, Zukunftstrends“ untersucht die Entwicklung der weiteren Differenzierung und Trennung von Hand- und Kopfarbeit in der „Angestelltengesellschaft der spätkapitalistischen Industriegesellschaft“. Nachgedacht wird über die Zukunft der gewerkschaftlichen Arbeit der HBV.

Die neue Mehrheit, Bilder-Lesebuch Angestellte. Herausgeber C. Eillrich und H.O. Hemmer, erschienen im Verlag J.H.W. Dietz Nachf. — (rub)

Schwerpunkthema Stehen

Thema einer Flugblattserie der HBV sind die gesundheitsruinierenden Arbeitsbedingungen im Handel. Als Beispiel das „Schwerpunkthema Stehen“: Gegliedert nach „Wer steht im Handel?“, „Was bewirkt langes Stehen?“, „Was kann man gegen Stehbelastung tun?“, „Wie kann man vorgehen?“ und „Wo kann man weiterlesen?“ wird der jeweilige Sachverhalt untersucht und Nützliches an die Hand gegeben. Im Handel wird im Verkauf, der Packerei, Zubereitung, Kommissionierung und dem Lager gestanden. Im offenen Verkauf macht das rund 70 % der Arbeitszeit aus, im geschlossenen Verkauf hinter den Theken 80 bis 98 %. Die Bilanz des Verschleißes der Arbeitskraft: Kreislaufzusammenbrüche durch erhöhten Energieumsatz und Herzfrequenzen; Krümmung der Wirbelsäule und überlastete Bandscheiben; Behinderung des Stoffwechselaustausches wegen Bewegungsmangel; mangelnder Rückfluß des venösen Blutes bewirken geschwollene Beine, Müdig-

keit, Wadenkrämpfe, Krampfadern und Venenerkrankungen; Senk-, Spreiz- und Plattfüße; häufige Frühgeburten. Es werden Vorschläge zur Arbeitsplatzgestaltung mit Sitzgelegenheiten, den Pausen- und Sozialräumen, zur Einrichtung zusätzlicher bezahlter Pausen gemacht. Anbei auch die einschlägigen Verordnungen zu deren Durchsetzung sowie des Rechts, sich auch wirklich Hinzusetzen.

Die Hefte Stehen, Licht, Lärm, Luft, Wärme und Kälte, Klimaaanlagen sind kostenlos. Bezugsadresse: Projekt GESA, HBV-HV, Abt. Handel, Tersteegenstr. 30, 4000 Düsseldorf. — (rub)

Vom Arbeits- zum Gesundheitsschutz

Die Broschüre „Arbeits- und Gesundheitsschutz im Privaten Dienstleistungsbereich“, verfaßt von Sabine Kaiser, gibt nützliche Anhaltspunkte für Betriebsräte, dem Gesundheitsschutz im Betrieb mehr Geltung zu verschaffen.

Die geltende Praxis von Berufsgenossenschaften und Gewerbeaufsicht wird kritisiert — noch immer besteht der

Die zuständigen Berufsgenossenschaften für die Bereiche, in denen die Gewerkschaft HBV arbeitet, gehören bedingt durch den eng begrenzten Unfallverhütungsbegriff, zu den „risikoarmen“ Berufsgenossenschaften. Ihre personelle wie technische Ausstattung ist durchgängig schlecht in diesem Bereich, so verfügt etwa nur ein halbes Prozent aller Mitgliedsbetriebe der Verwaltungs-Genossenschaft über eine sicherheitstechnische Betreuung. Angaben über Betriebsärzte fehlen gänzlich.

Die Autorin weist darauf hin, daß eine Reform des Arbeits- und Gesundheitsschutzes durch die Koalitionsregierung verhindert wurde. In einem Entwurf des Arbeitsschutzgesetzes von 1981 wurde versucht, den Begriff von Gesundheit auszudehnen auf menschengerechte Gestaltung von Arbeit und deren Inhalte, 1982 jedoch auf Eis gelegt.

Das gesellschaftliche Klima für die Durchsetzung von Gesundheitsinteressen Lohnabhängiger hat sich seither weiter verschlechtert — die Au-

Mittelamerika

Christdemokratische Gewerkschaften

Im vorigen Heft der „Politischen Berichte“ hatten wir dargestellt, wie die westdeutschen Christdemokraten insbesondere über die Konrad-Adenauer-Stiftung, aber auch über das Entwicklungshilfeministerium Einfluß auf christdemokratische Parteien in Zentralamerika nehmen. Im folgenden nun soll noch auf die entsprechende Tätigkeit in Richtung katholischer Arbeiterbewegung in diesen Ländern eingegangen werden. — (Red)

CLAT (Central Latinoamericano de Los Trabajadores) ist der Dachverband christdemokratischer Gewerkschaften in Lateinamerika. Sitz der CLAT ist in Caracas/Venezuela, am selben Ort, an dem auch die ODCA, die lateinamerikanische Filiale der Christdemokratischen Internationale (CDI), ihren Sitz hat.

In Guatemala befindet sich der Sitz von Incesp, regionales Bildungsinstitut, mit Ablegern in El Salvador, Honduras, Costa Rica, Panama und Nicaragua. Die Gelder des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit fließen auf Anregung der Konrad-Adenauer-Stiftung über Incesp in die Kassen christdemokratischer Parteien und Gewerkschaften in Zentralamerika. Andre Louis, Generalsekretär der CDI, ist gleichzeitig Herausgeber des „Demokratisch Christlichen Wochenblattes Campus“, welches bereits 1980 gegen die FSLN in Nicaragua hetzte mit einem Artikel der CLAT: „Hier entsteht eine Diktatur“.

Vor Jahren war der Sitz der Incesp in Honduras, doch Differenzen mit der dortigen Christdemokratie führten zur Verlegung nach Guatemala. Ursache war die Kritik der christdemokratischen PDCH an der Interventionspolitik der USA. 1987 stellten das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und die Konrad-Adenauer-Stiftung die finanzielle Unterstützung ein. Nunmehr wird über das Institut Ifedec in Venezuela die Nationale Partei von Rafael Leonardo Callejas unterstützt, die wesentlich US-orientierter ist. Gleichzeitig stellte Ifedec auch die Förderung der honduranischen christdemokratischen Gewerkschaft CGT ein. Rafael Callejas war auf einer Tagung der internationalen Demokratischen Union in Westberlin vom 24.—26.9.1987 eingeladen, an der neben zahlreichen Unterstützern der antisadinitischen Contra-Terroristen auch Prominenz wie Helmut Kohl und F.J. Strauß anwesend waren. Beschlossen wurde dort ein „Zentralamerika-Hilfsprogramm“, Konkretes wurde hierzu nicht bekannt.

Die honduranischen Christdemokraten machten sich auch schon 1963 unbeliebt, als die UNC (Nationale Bauernunion) trotz ihrer Zugehörigkeit zur CLAT eine aktive Rolle bei den Landbesetzungen spielte. Auch der Zusammenschluß der PDCH mit sozialdemokratischen und revolutionären Organisationen zur FPH Anfang der 80er Jahre machte sie der Konrad-Adenauer-Stiftung suspekt.

In Guatemala ist die im März 1986 gegründete Gewerkschaft CGTG der CLAT angeschlossen. Größtes Gewicht in der CGTG hat der Verband der Staatsangestellten, die ANTEG mit 29 Einzelgewerkschaften und 18000 Mitgliedern. Generalsekretär der CGTG ist der ehemalige christdemokratische Abgeordnete Julio Celso de Leon. Die Gründung der CGTG kurze Zeit nach dem Wahlsieg der christdemokratischen Partei DV und ihres Kandidaten Vinicio Cevazo stellte einen Versuch dar, auf der Gewerkschaftsebene Einfluß zu gewinnen.

Weitere Gewerkschaftsföderationen sind die sozialdemokratische CUSG und die unabhängige Unsitragua. Die CUSG wurde 1983 unter Beteiligung des damaligen Präsidenten, General Rios Montt, gegründet. Aktive Förderung genoß die CUSG vom US-Gewerkschaftsdachverband AFL-CIO sowie dessen Mittelamerika-Filiale ORIT. Nach eigenen Angaben hat die CUSG etwa 300000 Mitglieder in 305 Betriebsgewerkschaften und 173 Massenorganisationen.



offizielle Arbeitsschutz in der Unfallverhütung und nicht im Schutz vor arbeitsbedingten Erkrankungen.

Die veröffentlichten Statistiken der Berufsgenossenschaften zeugen davon: Berufskrankheiten machen 1% bis 2% des Unfallgeschehens aus. Demgegenüber die Statistik der Renten- und Krankenversicherungsträger: 4 von 5 Frühinvaliditätsfällen entfallen auf die häufigsten Krankheiten des Herz- und Kreislaufsystems, des Skeletts, Krebs.

torin nennt dabei folgende Angriffe:

— das Prinzip der abgelösten Unternehmerhaftung wird in Frage gestellt, wenn Rentenleistungen aus der Unfallversicherung gekürzt werden
— der Abbau von Arbeitsschutz für Jugendliche und Frauen ist der Beginn des Abbaus des Arbeitsschutzes für alle Lohnabhängigen.

S. Kaiser, Arbeits- und Gesundheitsschutz im Privaten Dienstleistungsbereich. Hauptvorstand Gewerkschaft HBV, Düsseldorf
— (dar)

Die Unsitragua umfaßt mehr als 30 städtische Betriebsgewerkschaften und zwei Verbände von Bananenplantagenarbeitern. 1985 gegründet und parteipolitisch unabhängig, war sie maßgeblich am Zusammenschluß UASP beteiligt, dem verschiedene Massenorganisationen angehören, der Studentenverband AEU etwa und die Bauernorganisation CUC.

Diese Bauernorganisation entstand aus christlich orientierten Bauernligen. Aus Solidarität mit den extrem unterdrückten Coca-Cola-Arbeitern in Guatemala-City (bis 1980 wurden dort insgesamt 20 Arbeiter ermordet) schlossen sich im März 1976 zahlreiche Gewerkschaften zur CNUS zusammen, unter anderem die Dachverbände christdemokratische Föderation (CNT), Föderation der Arbeiter Guatemalas (FGT) sowie der autonomen Gewerkschaften (Fasgua). Von interessierter Seite aus wurde versucht, die CNT aus diesem Bündnis herauszulösen, was aber die CNT ablehnte. 1978 tritt die CNT aus der Christdemokratischen Dachverband CLAT aus. Diese Erfahrung führte auch beim Bauernverband CUC dazu, sich vom Druck und der Einflußnahme des CLAT zu lösen. Die CUC hatte damals etwa 50000 Anhänger, feste Mitgliedschaft gab es aufgrund des halblegalen Charakters des CUC nicht. Der CUC übernahm unter anderem die Verteidigung der Bauern gegen den Terror paramilitärischer Gruppen und gegen Zwangsrekrutierungsversuche des Militärs.

1962 wurde in Nicaragua von in Venezuela ausgebildeten christdemokratischen Gewerkschaftern die MOSAN gegründet, Vorläufer der 1972 gebildeten CTN. In Arbeitskämpfen ging die CTN mit anderen Gewerkschaften Bündnisse ein. Bis Anfang 1979 glaubt die CTN noch an eine Verhandlungslösung mit den Somoza-Regime, die auch den Erhalt der Nationalgarde vorsah.

Heute ist die CTN Bestandteil der antisandinistischen „inneren Front“ und wird durch die Konrad-Adenauer-Stiftung mitfinanziert wegen ihrer Verdienste bei der Destabilisierung der Volksmacht. 1988 wurde die CTN mit 600000 DM gefördert, zuvor erhielt sie Geldmittel indirekt über das CLAT-Institut Icaes in Costa Rica.

Mit Unterstützung der Nicaragua-Gesellschaft e.V. und des Deutsch-Iberoamerikanischen Jugendaustausch (DIJU) baut die CTN vier Nähschulen in Nicaragua auf. Roger Guevara, CTN-Mitglied, dient hierfür als Ansprechpartner. Die ersten Nähmaschinen spendete der Nicaragua-Honorkonsul Engler-Hamm aus München. Die DIJU, als gemeinnützig anerkannt, wurde 1974 vom Münchner FDP-Stadtrat Faßold unter Mithilfe Peter Gauweilers gegründet. CSU-Entwicklungshilfeminister Hans Klein ist langjähriges DIJU-Mitglied und war bis 1984 im Vorstand. Der Vorsitzende der 1983 gegründeten Nicaragua-Gesellschaft e.V. ist der ehemalige Stipendiat der Konrad-Adenauer-Stiftung, Michael Sommer, er wird von Contra-Führer José Darila als langjähriger Freund bezeichnet.

— (zwk)

Genforschung

Biologismus zwecks Altendiskriminierung

In seiner Regierungserklärung vom Juni 1988 hat Lothar Späth die Altenpolitik zur zentralen sozialpolitischen Aufgabe der kommenden Legislaturperiode in Baden-Württemberg erklärt. Auf einem sog. „Zukunftskongreß“ im November sollte unter dem Titel „Altern als Chance und Herausforderung“ die dafür notwendige wissenschaftlich-ideologische Vereinheitlichung des in Forschung und Verwaltung tätigen Personals vorangetrieben werden. Er war vorbereitet worden von einer Expertenkommission (unter Vorsitz der mittlerweile zur Bonner Familienministerin avancierten Ursula Lehr), welche rechtzeitig zum Kongreßtermin einen Bericht angefertigt hatte.

Unter dem Titel „Altenpolitik“ will die Landesregierung ei-

nen neuen Begründungszusammenhang für die gesamte Sozialpolitik setzen: fort von der (christlichen) Sozialpolitik als „Hilfe für die Schwachen“ hin zu einer an den 30er Jahren anknüpfenden *Bevölkerungspolitik* der „Bewältigung der demographischen Probleme“ wie „Altenlast“, mangelnde Gebärffreudigkeit. Oder, wie es der Präsident des Statistischen Landesamts prägnant formulierte, es gelte, „den demographischen Prozeß selbst als gesellschaftsordnungspolitische Gestaltungsaufgabe zu verstehen“. (Kommissionsbericht, S. 23)

Die angestrebte Spaltung, Siebung und Selektion von großen Bevölkerungsgruppen nach Nützlichkeitskriterien für den Verwertungsprozeß des Kapitals bedarf wissenschaftlicher Begründung. Mit dem entsprechenden Kapitel des Kommissionsberichts „Biologie des Alterns“, verfaßt vom Stuttgarter Genetikprofessor Klaus Bayreuther, wollen wir uns im folgenden befassen. Durch die Betrauung eines Genetikers mit dem Thema legte die Landesregierung fest, welchen theoretischen Ansatz sie wünscht: Altern als Problem der menschlichen „Erbanlagen“.

Prof. Bayreuther gibt sich Mühe, dem Rufe zu folgen — im Rahmen seiner Möglichkeiten. Konkrete Aussagen, wie die menschlichen Gene das Altern steuern, kann er keine machen. Den größten Teil des Aufsatzes nimmt hingegen der Abschnitt „Internationale Entwicklungen in den nächsten 20 Jahren“ ein: Hier wird Prof. Bayreuther feurig; begeistert berichtet er, was man in 20 Jahren alles wissen werde: „Die Gene, die die Lebensspanne des Menschen bedingen, werden identifiziert, isoliert und im Reagenzglas vermehrt sein ... Es werden Versuche unternommen werden, die Gene, die die Länge der Lebensspanne des Menschen bestimmen, in Versuchstiere und in Zellen in Zellkultur einzuführen und experimentell zu beeinflussen ... Wird es möglich sein, festzustellen ... Es wird untersucht werden können ...“ (S. 37) Und so weiter, wie in einem Science-Fiction-Roman oder wie — im Delirium.

Empirische Gegenbeweise

Die zentrale These Bayreuthers ist die Existenz von „Genen, die die Lebensspanne des Menschen bedingen“ (siehe oben). Gegen diese These sprechen verschiedene Gründe, solche empirischer und solche mehr grundsätzlicher Art. Beginnen wir mit den empirischen Befunden.

Wenn es „die Gene“, d.h. die Erbanlagen des Menschen sind, die seine Lebensdauer festlegen, so muß die Lebenserwartung von den Eltern auf die Kinder vererbt werden, so wie die Haarfarbe oder die Nasenform. Die Genetiker, die diese Auffassung vertraten, haben vielfältige Anstrengungen unternommen (insbesondere unter dem Faschismus), die Vererbung der Lebenserwartung statistisch zu belegen. Gelungen ist es ihnen nie. Immer wenn solche Beweise vorgelegt wurden, erwiesen sie sich als methodisch unsauber, beruhten auf der Tatsache, daß Eltern wie Kinder häufig unter ähnlichen Umständen lebten und arbeiteten. Umgekehrt haben Untersuchungen, die derartige Einflüsse methodisch korrekt ausschalteten (1), das Gegenteil bewiesen: Man kann nicht vom Sterbealter der Eltern auf die Lebenserwartung der Kinder schließen.

Auch der Vergleich mit und zwischen verschiedenen Tierarten spricht gegen die Vererbungstheorie der Lebenserwartung. Zum einen ist der Tod universell, alle Organismen, zumindest alle Mehrzeller, sterben. Gäbe es ein „Todesgen“, so wäre nicht zu erklären, warum es nicht wenigstens einer Spezies gelungen sein sollte, dieses im Lauf der Evolution abzuschütteln.

Weitere Untersuchungen haben im übrigen gezeigt, daß die Verteilung der Lebensdauer im Tierreich durchaus nicht zufällig ist (wie es der genetischen Theorie entsprechen würde), sondern bestimmten Gesetzmäßigkeiten zu folgen scheint: Tiere mit höherem Energieumsatz pro Kilogramm Körpermasse sind kurzlebiger als Tiere mit geringerem Stoffwechsel. Dies scheint der Grund zu sein, warum die Lebensspanne kleinerer Säugetiere (wie Mäuse usw. mit hohem Energieumsatz) kürzer ist als die großer Säugetiere wie etwa Elefanten.

Auch eine genauere Betrachtung der Gesetzmäßigkeit menschlicher Sterblichkeit offenbart Widersprüche zur These von der „angeborenen Lebenserwartung“. Das Schaubild

zeigt die Entwicklung der Sterbewahrscheinlichkeiten mit wachsendem Alter. „Sterbewahrscheinlichkeit“ heißt: das Risiko eines xjährigen Menschen, im Laufe des nächsten Jahres zu sterben. Dieses Risiko ist stark altersabhängig: Für Neugeborene ist es sehr hoch und sinkt dann ab bis zum Alter von etwa zwölf Jahren. Ab etwa 30-35 Jahren mündet die Entwicklung in einen *stetigen exponentiellen Anstieg*, der im logarithmischen Maßstab als (beinahe) Gerade erscheint. Die Erläuterung dieser mathematischen Beziehung: Die Sterbewahrscheinlichkeit steigt mit jedem Altersjahr um einen bestimmten Prozentsatz an; die *Höhe* dieses Prozentsatzes ist gesellschaftlichen Einflüssen unterworfen (in der BRD lag er 1970 bei den Männern bei 8,7 %). Die *Form* der Kurve aber scheint Resultat biologischer Gesetzmäßigkeiten. Das exponentielle Verhalten der Sterbewahrscheinlichkeiten ab ungefähr 30 Jahren wird Gompertz'sches Gesetz genannt (nach dem Engländer Gompertz, der es um 1820 entdeckte).

Das Gompertz'sche Gesetz ist ein Verschleißgesetz. Je verschlissener der Körper bereits ist, um so schneller nehmen seine Kräfte weiter ab: Das ist die Bedeutung des mathematischen Gesetzes der „Multiplikation mit gleichen Prozentsätzen“. Es stellt ein Gesetz dar, das auf die Auseinandersetzung des menschlichen Körpers mit seiner Umwelt hindeutet, und es widerspricht diametral Vorstellungen, wonach irgendwelche Gene wie kleine programmierte Schalter zu einem bestimmten Zeitpunkt das Licht ausknipsen. Wenn es solche Gene gäbe, müßte die Sterbewahrscheinlichkeit über eine längere Strecke hin konstant sein und dann schlagartig ansteigen. Mehrere Genetiker haben versucht, ihre Theorien von der angeborenen Lebenserwartung mathematisch zu formulieren. Sie kamen alle auf ganz andere Kurvenformen, als es das Gompertz'sche Gesetz in der Wirklichkeit zeigt.

Das Grunddogma der Genetik

Die aufgeführten empirischen Befunde werden Bayreuther nicht gerecht. Denn Bayreuther erhebt gar keine empirisch überprüfbaren Tatsachenbehauptungen, er handelt nach dem Motto: „Keine Beweise können auch nicht widerlegt werden.“ Alle konkreten Aussagen verlegt er in die Zukunft, in jene Welt des Spekulierens und Erahmens, die ihn gegen kritische Einwände aus dem Heute unangreifbar machen soll.

Wie aber kommt es, daß eine solche Methode nicht von vornherein als abstrus abgelehnt wird? Wie kann eine ganze Kommission hochbezahlter Wissenschaftler eine derartige Spintisiererei als vollgewichtigen Beitrag würdigen und ihrem Bericht einverleiben?

Bayreuther stützt seine Zukunftsmelodien auf das, was er selbst „das zentrale Dogma (= Glaubenssatz, d. Verf.) der molekularen Genetik“ nennt: „daß alle biologischen und pathobiologischen Prozesse durch das normale oder abnormale Ablaufen der Makromolekülsequenz DNA-RNA-Protein gesteuert sind“. (S. 36) Diese Behauptung ist sehr umfassend: Alle Lebensvorgänge seien letztlich genetisch gesteuert, die Auseinandersetzung des Organismus mit der Umwelt spielt — wenn überhaupt — eine untergeordnete Rolle. Bayreuther nennt diese These durch die Entdeckungen von Watson und Crick über Rolle und Aufbau der DNA für „bewiesen“ (was nicht stimmt) und „allgemein anerkannt“ (was stimmt, wenn man unter „allgemein“ die in der BRD betriebene und gelehrte Genetik versteht).

Als „Dogma“ bezeichnet man in der Theologie einen durch die Kirche festgelegten Glaubenssatz, der nicht bezweifelt werden darf. Die Bezeichnung einer wissenschaftlichen Theorie als „Dogma“ ist ungewöhnlich. Sie kennzeichnet ein Bemühen, jede Kritik mit Hinweis auf die „herrschende wissenschaftliche Meinung“ als unzulässig zu verbieten.

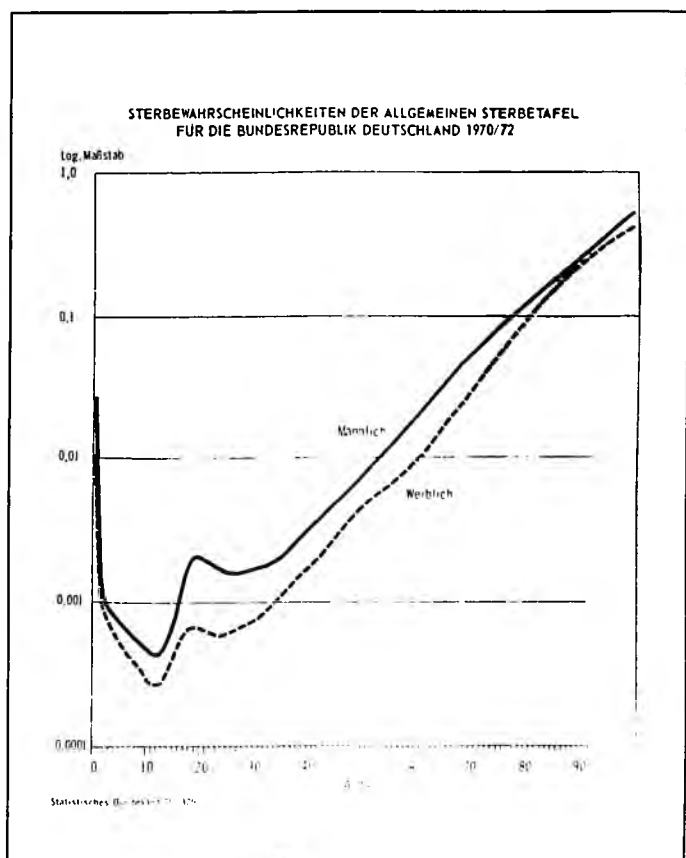
Trotzdem ist „Dogma“ in gewisser Hinsicht eine richtige Bezeichnung. Denn die Auffassung von der erblichen Bestimmtheit aller menschlichen Lebensäußerungen ist nicht Ergebnis wissenschaftlicher Forschung, sondern Übertragung religiöser Vorstellungen auf die Wissenschaft: Die Vorstellung des Schöpfergottes, der jedem Wesen seine Zeit zumißt, wurde ersetzt durch die Natur, die per Erbanlagen die Lebenserwar-

tung festlegt. Beide Ideologien gleichen sich in der Vorstellung menschlichen Schicksals als von außen festgelegter Bestimmtheit. Unterschiede liegen in der Begründung menschlicher Sterblichkeit: Christlich wird das Leben als Bewährung im Leiden zur Erlangung individueller Seligkeit hingestellt; der freie Wille hat eine Restfunktion der Entscheidung für oder gegen Gott. Der mechanische Materialismus, aus dem sich der Faschismus speist, leugnet den freien Willen völlig: Das Individuum wird zur Maschine, die von den Genen an- und abgeschaltet wird zum Wohle des Überlebens der Rasse (2).

Diskriminierung von alten Menschen

Die Genetik verspricht dem Publikum, man könne das Altern besiegen: wenn das Altersgen gefunden ist, in 20, 30 Jahren. Der Bourgeoisie verspricht sie den verschleißfesten Lohnabhängigen, der „länger im Berufsleben stehen und länger für sich sorgen“ kann (Bayreuther; S. 39). In diese Zukunftsversprechen verpackt sie die Rechtfertigung grausamster Behandlung alter verschlissener Menschen in der Gegenwart. Die Hinfälligkeit vieler alter Menschen, ihre Pflegebedürftigkeit liege in ihren Erbanlagen, und da könne man gar nichts machen, solange das „Altersgen“ nicht gefunden und eliminiert ist. Schwächlinge sind diese Alten, mit minderwertigem Erbgut. Ihre angeborene Natur drängt sie zum Sterben hin — soll man sie da zum Leben zwingen? Oder soll der Staat nicht eher die „jungen Alten“ stützen, die noch leben können? Indem er denen, die mit 75 noch fit sind, Aufgaben zuweist — denn was wäre das Leben ohne Arbeit.

Quellenhinweis: (1) Vgl. z.B. die Untersuchungen von Albert Jacquard, dem Leiter der genetischen Abteilung des Nationalinstituts für demografische Studien in Frankreich und Mitgründer von SOS Racisme. Siehe auch die Dissertation von Michel Welter: „Studien über die Erblichkeit der Lebenserwartung“, Paris, 1978; (2) Derartige Theorien wurden schon Ende des 19. Jhdts. aufgestellt, z.B. vom Freiburger Zoologie-Professor Weismann. In seinem 1882 veröffentlichten Buch „Über die Dauer des Lebens“ erklärt er den Tod als nützliches Produkt der Evolution. Der Tod befreit die Welt von den nutzlosen alten Essern, die nur den jungen Individuen die knappen Lebensmittel streitig machen. Das Individuum muß weichen, damit die Rasse leben kann. Als jüngeres Beispiel einer solchen Theorie vgl. z.B. den Vortrag von C.F. von Weizsäcker: „Altern als Evolutionsprozeß“, den er auf dem DFG-Kongreß „Biologie des Alterns“ 1979 in Freiburg hielt — (wjw)



Kapitalistenverbände

Strategisches Ziel: Vernichtung von Arbeiterstandpunkten

Das Stichwort der Kapitalistenverbände ist „Revitalisierung des Standortes Bundesrepublik“ und „Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit“. Diese Argumentation der Kapitalisten zielt nicht nur auf ein breiteres Angebot staatlicher Fördermaßnahmen von Profitinteressen wie Senkung von Unternehmenssteuern, insbesondere der Gewerbesteuer, Erleichterung der Kapitalkonzentration durch Beseitigung rechtlicher und steuerlicher Hemmnisse, weitere „Deregulierung“, d.h. Öffnung staatlicher bestimmter Wirtschaftszweige für die „Kräfte des Marktes“. Die Kapitalisten sehen die Notwendigkeit, die öffentliche Meinung zu beherrschen. Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) verlangt, „nachhaltige Änderungen in Denk- und Verhaltensstrukturen“ von Politikern und Gewerkschaftern. Die westdeutsche Monopolbourgeoisie wünscht, daß die Politik

den eingeschlagenen Weg der Zerstörung von „Anspruchs- und Besitzstanddenken“ fortsetzt, ihr Angriff richtet sich direkt gegen noch vorhandene Positionen der Arbeiterbewegung. Die Gefahr ist beträchtlich, daß die öffentliche Meinung von diesen Vorstellungen aus den Konzernzentralen beherrscht wird, zunehmend alle Positionen, die von der Arbeiterbewegung ausgehen, als altmodisch, freiheitshemmend und partikularistisch diffamiert sind und schließlich von der Politik vollends unterdrückt werden können. Eine Gegenwehr gegen diese ideologische und politische Offensive der Monopolbourgeoisie kann derzeit wohl kaum auf spektakuläre Durchbrüche hoffen — aber an dem einen oder anderen Punkt Ansprüche der Arbeiterbevölkerung zu behaupten und durchzusetzen, ist bestimmt nicht unmöglich und lohnt einiger Anstrengungen. — (alk, gba, rok)

Tarifverträge formal erhalten — in der Sache erledigen

Die Verständigung der Unternehmerverbände auf gemeinsame Interessen und Forderungen in der Tarif- und Sozialpolitik bezeichnet die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände als ihre Aufgabe. Ihr Jahresbericht 1988 gibt Aufschluß über ihre Bewertung der einschlägigen Entwicklung, über Aspekte ihrer internen Debatte und über nächste Ziele im Hinblick auf die Bildung des EG-Binnenmarktes.

Bei der Tarifpolitik interessieren die BDA dabei drei Felder besonders: Löhne und Gehälter, Arbeitszeit und Qualifizierung. In den strategischen Zielsetzungen stellt sich die BDA vereinheitlicht dar: Die Löhne und Gehälter sollen nicht nur gedrückt, sondern insbesondere differenziert werden; die Arbeitszeit soll nicht nur kaum mehr verkürzt, sondern insbesondere flexibilisiert werden; die Qualifizierung soll kein Rechtsanspruch der Beschäftigten werden, sondern Domäne betrieblicher Interessen bleiben.

Eine Debatte innerhalb der BDA, die an einigen Punkten durchschimmert, geht dabei um die Frage, ob diese Zielsetzungen besser im Rahmen formal einheitlicher, allgemeingültiger Tarifverträge verfolgt werden sollen, oder ob sie eher durch Beseitigung einheitlicher Tarife — z.B. mit Öffnungsklauseln, die ein Unterschreiten der Tarife bei „Krisenbranchen“, „Problemregionen“, „Unqualifizierten“ usw. erlauben — erreicht werden können.

Als Ergebnisse „vielfältige(r) Arbeiten und Untersuchungen im Berichtsjahr, aber auch öffentliche(r) Veranstaltungen, wie insbesondere ein(es) Arbeitskreis(es) bei der letztjährigen Mitgliederversammlung in Godesberg“ stellt der Jahresbericht dazu vor:

„1. Die branchenmäßige Differenzierung der tarifvertraglichen Arbeitsbedingungen ist größer als gemeinhin angenommen wird, und vor allem ist sie in den letzten Jahren wieder größer geworden, nachdem es um die Wende der 70er Jahre herum einige Jahre lang Tendenzen zur stärkeren Annäherung der Lohn-erhöhungssätze gegeben hatte;

2. Die Differenzierung der Löhne nach Qualifikationen ist nicht ausreichend. Sie spiegelt das Ergebnis jahrelanger gewerkschaftlicher Bemühungen wider, das Lohngitter zusammenzudrücken und die unteren Lohngruppen proportional zu erhöhen. Sowohl unter beschäftigungspolitischen Gesichtspunkten wie unter dem Aspekt der Motivation qualifizierter Arbeitnehmer muß diese Entwicklung verändert werden;

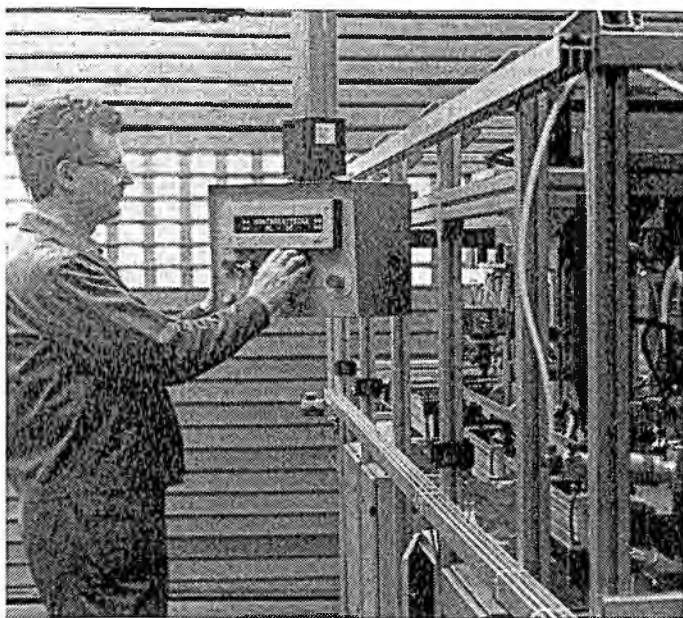
3. Die regionale Differenzierung der Tariflohnbestimmungen ist angesichts bundesweit operierender Gewerkschaften, die ihre Tarifpolitik nach einheitlichen strategischen Gesichtspunkten ausrichten, eine überaus problematische Sache. Hier sind vielmehr die Firmen in der Gestaltung der effektiven Lohn- und Arbeitsbedingungen gefordert. Eine Aufgabe, die sie um so eher erfüllen

können, wenn die Tarifverträge auf ihre eigentliche Aufgabe der Festlegung von Mindestbedingungen hingelenkt werden und wenn die Tarifverträge selbst den Gestaltungsspielraum der Betriebe durch entsprechende Tarifregelungen erweitern. Zur Zeit allerdings ist festzustellen, daß die Spreizung der effektiven Verdienste meist eher geringer ist als die der tarifvertraglich festgelegten Entgelte.“

Konsequenz wäre demnach eine stärkere „qualifikatorische Differenzierung“ der Löhne in den Tarifen, die die BDA aber angesichts gewerkschaftlichen Widerstands für nicht einfach hält. Daher: „Angesichts dessen kann eine angemessene Entwicklung der Lohnstrukturen nur über eine zurückhaltende Lohn-tarifpolitik gefunden werden, die den Unternehmen Spielräume läßt bzw. schafft, damit sie die erforderliche Spreizung der Lohnstrukturen im Effektivlohnbereich zu realisieren in der Lage sind.“

Kein Wunder deshalb, daß die BDA über die abgeschlossenen Lohn- und Gehaltstarife frohlockt: „Wie im Vorjahr setzte sich der Trend zu Gesamtvereinbarungen mit mehrjährigen, überwiegend dreijährigen Laufzeiten fort ...“ Die langen Laufzeiten passen gut für eine forcierte betriebliche Lohndifferenzierung. Ebenso die niedrigen Lohnerhöhungsraten. Sie kitzeln die BDA zu dem kaum verhaltenen Jubelschrei: „Für die eigene tarifautonome Gestaltung der Arbeitsbedingungen hieß dies, eine Tarifpolitik zu führen, die zumindest auf eine Stabilisierung der Lohnstückkosten gerichtet sein mußte. Dieses Ziel konnte nach mehreren Jahren erstmals wieder erreicht werden.“

Zufriedenheit auch bei der Bilanz über



Die Kapitalistenverbände messen den Lohn- und Gehaltstarifen große Bedeutung bei: Sie sehen darin nicht nur „Kostenprobleme“, eine weitgehende Flexibilisierung und Differenzierung sollen gewerkschaftlichen Einfluß schwächen, dagegen Karriere-denken sowie Betriebsgemeinschaft stärken.

die Verankerung von Flexibilisierung in den Arbeitszeittarifen: „... bleibt die Flexibilisierung der Arbeitszeit, also die Entkoppelung der persönlichen von den betrieblichen Arbeitszeiten, besonders wichtig. Hier sind im Berichtsjahr Fortschritte zu verzeichnen. Zunächst bewirkte die fortschreitende Umsetzung von Arbeitszeit-Tarifverträgen mit Flexibilisierungsmaßnahmen in die betriebliche Praxis vielfältige und weiterführende Ergebnisse. Auch scheint bei einer Reihe von Gewerkschaften unter dem Eindruck praktischer Erfahrungen der prinzipielle Widerstand gegenüber flexiblen Arbeitszeitformen allmählich einer etwas behutsameren und sachlicheren Betrachtungsweise Platz zu machen.“

Für die „Ausnutzung aller sechs Werktage“, also auch des Samstags, sieht die BDA schon in den bestehenden Tarifverträgen günstige Bedingungen. Sie behauptet, „daß die meisten Tarifverträge die Gestaltungsfreiräume im Hinblick auf Samstagsarbeit offen lassen“. Indes: „Es bleibt jedoch im übrigen eine wichtige Aufgabe, diese Situation zu erhalten bzw. zu verbessern.“

Auch die Arbeit am Sonntag dürfe, „wo dies betrieblich notwendig erscheint“, nicht ausgeschlossen sein unter den Voraussetzungen der gesetzlichen Regelung. Die gesetzliche Regelung soll aber nach den Plänen der Bundesregierung vermehrt — wenn nicht gar grundsätzlich — Sonntagsarbeit freigeben.

Zur Qualifizierung stellt der Jahresbericht fest, daß in der BDA „Einmütigkeit über das ‚ob‘ der Weiterqualifizierung, aber nicht über das ‚wie‘ besteht.“ Ob überhaupt Tarife dazu abgeschlossen werden sollen, ist strittig. In den wesent-

lichen grundsätzlichen Fragen besteht freilich Einmütigkeit: Berufliche Weiterbildung habe einerseits eine ganz individuelle Anstrengung des einzelnen im Sinne verstärkter Differenzierung zu sein und zu bleiben, andererseits eine Angelegenheit der jeweils speziellen betrieblichen Interessen. Ein Rechtsanspruch des einzelnen wird ebenso abgelehnt wie Vorstellungen von einem tarifvertraglichen Bildungsurlaub ähnlich dem gesetzlichen Bildungsurlaub einiger Bundesländer.

Bei der Qualifizierung ist also in der BDA noch offen, ob eine Tarifierung überhaupt sein soll. Bei Lohn und Arbeitszeit ist die vorherrschende Meinung, daß wegen Wettbewerbsgleichheit

und insbesondere gewerkschaftlicher Friedenspflicht formal an allgemeingültigen Tarifverträgen festgehalten werden soll, daß aber den Tarifen jeder Zahn gezogen wird, indem — wo nötig — Differenzierung, Flexibilisierung und betriebliche Ausgestaltung verstärkt untergebracht und schon vorhandene Möglichkeiten stärker ausgeschöpft werden sollen.

Gewerkschaftlicher Widerstand muß danach trachten, nicht nur formal das Tarifvertragswesen zu halten, sondern darin Barrieren gegen die Gestaltungsansprüche des Kapitals zu behaupten bzw. erst aufzurichten.

Quellenhinweis: BDA-Jahresbericht 1988. „Gesamtüberblick“ sowie „Lohn- und Tarifpolitik“

Weiterbildung als Mittel für die Aussortierung der Arbeitskräfte

Januar 1989, am Schluß eines Vorstellungsgesprächs — der Personalsachbearbeiter einer kleinen Formenbaufirma in Köln, die der Automobilindustrie zu liefert: „Den Lohn, den Sie bisher bekommen haben, kann ich Ihnen mit großer Wahrscheinlichkeit zusagen. (Der Lohn liegt mindestens zwei Mark unter dem üblichen.) Natürlich nur dann, wenn Sie den Arbeitsplatz ausfüllen. (An einer CNC-Bearbeitungsmaschine). Wir arbeiten hier Schicht, die erste beginnt um fünf Uhr morgens. Es wäre nötig, daß Sie eine Woche zum Test hier arbeiten. Können Sie dafür in der Firma, wo Sie jetzt arbeiten, eine Woche Urlaub nehmen? Erst nach dem Test werden wir

den Lohn genau festlegen. Die Probezeit beträgt vier Wochen. Sie bekommen einen Zeitvertrag auf achtzehn Monate. Das ist jetzt bei uns so üblich. Aber es ist so gut wie sicher, daß Sie danach übernommen werden, wenn Sie sich bewähren, natürlich.“

Die Arbeitslosenquote in diesem Arbeitsamtsbezirk liegt bei über 16 Prozent. Die Kapitalisten tun, was sie können, um den Lohn niedrig zu halten, die Arbeitsbedingungen an die Produktionsabläufe genau anzupassen, die Konkurrenz zwischen den Arbeitskräften hochzutreiben, Höchstleistungen abzapfen und darüber die Arbeitskräfte auszusortieren.

Im Jahr 1988 waren durchschnittlich 2,25 Mio. Lohnabhängige arbeitslos. Zugleich stieg 1988 die Zahl der Beschäftigten um 145 000 auf 26,35 Mio. (weniger als 1970: 26,56 Mio.). In den letzten fünf Jahren haben die Beschäftigtenzahlen wieder zugenommen, um etwa 900 000. Der allergrößte Teil davon arbeitet im Dienstleistungsbereich, deutlich über 100 000 in privaten Haushalten.

Wie können die Kapitalisten das Heer der Arbeitslosen als Druck und Argument einsetzen, um die Ware Arbeitskraft, nicht nur der Arbeitslosen, sondern gerade auch der Beschäftigten, der Änderung der Mehrwertauspressung besser und schneller, zielgerichtet anzupassen? Um die Konkurrenz zu erhöhen und darüber den Lohn niedrig zu halten und zu senken?

Als zentrales Mittel, die Arbeitskräfte auszusortieren und die Belegschaften umzuwälzen, setzen die Kapitalisten das Mittel der gezielten Weiterbildung ein.

Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) hat in ihrem Jahresbericht 1988 die Begründung für diese Weiterbildung und deren Bezahlung wiederholt, die sie seit einigen Jahren mit immer den gleichen Worten vorträgt. Daß die Arbeitslosen zu Millionen auf der Straße stehen, liegt natürlich nicht etwa daran, daß die Kapitalisten sie entlassen haben, weil sie unter dem Zwang der Kapitalanhäufung Höchstprofit aus der Arbeit einer möglichst niedrigen Zahl von Arbeitskräften herausholen wollen. Nein. Die Arbeitslosen haben es verschuldet:

„Nicht zuletzt müssen die unverändert schwierigen Arbeitsmarktstrukturen angesprochen werden, wenn es gilt, die Gründe für den verlangsamten Beschäftigungsaufbau zu erfassen. Es wird immer problematischer, offene Stellen aus dem Kreis der Arbeitslosen anforderungsgeerecht zu besetzen. Nach wie vor erschwert insbesondere die ungünstige Al-

ters- und Qualifikationsstruktur der Arbeitslosen, von denen über die Hälfte keine abgeschlossene Berufsausbildung haben, ihre Vermittlung in Arbeit.“

Die BDA verkehrt die Sachlage und formt daraus einen Vorwurf an die Arbeitslosen, sie seien an ihrer Arbeitslosigkeit selber schuld, als ob diese sich selber entlassen hätten. Einmal so gewendet, daß die Gründe für die Arbeitslosigkeit bei den Arbeitslosen liegen, können die Kapitalisten darauf pochen, daß die Aus- und Weiterbildung der Arbeitskräfte, die sie mit einer bestimmten Qualifikation in den Betrieben vernutzen wollen, von den Arbeitslosenkassen allein bezahlt werden müssen. Nicht der Käufer der Ware Arbeitskraft zahlt, sondern der Verkäufer muß dem Käufer noch draufzahlen.

Dieses Geschäft lohnt sich für die Unternehmer fürwahr fürstlich. An die „Qualifizierungsoffensive“, die seit 1985 kräftig läuft, mußte die Bundesanstalt für Arbeit allein für das Jahr 1988 6,0 Mrd. DM zahlen. Die „Förderung der Arbeitsaufnahme“ mit 0,6 Mrd. DM für 1988 noch gar nicht gerechnet.

Die große Zahl der Teilnehmer an beruflichen Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen und Umschulungen belegt, daß dieses Mittel, den Arbeitsmarkt nach den Kapitalbedürfnissen gezielt zu entwickeln, deutliche Auswirkung für den Arbeitsmarkt hat. Im Dezember 1988 nahmen 360 000 an „beruflichen Förderungsmaßnahmen“ teil. An „überbetrieblichen Weiterbildungseinrichtungen der Wirtschaft“ nahmen 1987 rd. 1,3 Mio. teil.

Auf die Bindung der Arbeitslosenkasse, was die Übernahme der Kosten und die Richtung der Weiterbildung angeht, achtet die BDA sorgfältig. In einer Erklärung der BDA und der Bundesanstalt für Arbeit vom Mai 1988 ist festgelegt, daß Betriebe und Arbeitsämter bei den beruflichen Bildungsmaßnahmen „eng kooperieren“ (s. Dokumentation).

Als mit der 9. Novelle zum Arbeitsförderungsgesetz Ende des letzten Jahres der Rechtsanspruch auf volle oder teilweise Erstattung von beruflichen Bildungsmaßnahmen in eine Ermessensleistung des Arbeitsamtes umgewandelt werden sollte, kritisierte der BDA das: weil dieser Weg „Kosten beruflicher Weiterbildung stärker auf Beschäftigte und Betriebe verlagern will, ohne zu berücksichtigen, daß beide schon heute erhebliche finanzielle Aufwendungen auf diesem Gebiet tragen“, und weil er „die gesamte Aufstiegsweiterbildung einschränkt“. Stattdessen schlug die BDA vor, daß die „angestrebte Differenzierung der Erstattungsleistungen“ auch ohne Streichung des Rechtsanspruchs erreicht werden könne. Für was die Gelder ausgegeben würden, könnte ja neu gere-

Erklärung der BDA und des Arbeitsamtes

„Empfehlung zur Zusammenarbeit zwischen Betrieben und Arbeitsämtern

„Der Abbau der Arbeitslosigkeit ist eine zentrale Aufgabe für Politik und Wirtschaft. Eine den sich stetig wandelnden Erfordernissen des Arbeitsmarktes entsprechende berufliche Qualifikation erhöht die Beschäftigungschancen von Arbeitssuchenden beträchtlich, wie die bislang mit der Qualifizierungsoffensive erreichten Erfolge zeigen. Zugleich werden damit die Voraussetzungen für die Bewältigung des wirtschaftlichen Strukturwandels verbessert. Daher bekräftigen die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und die Bundesanstalt für Arbeit die zentrale Bedeutung, die die Förderung der beruflichen Bildung für die aktive Arbeitsmarktpolitik auch in der Zukunft hat. Auch in finanziell schwierigen Zeiten muß die Qualifizierungsoffensive aufgrund arbeitsmarktpolitischer Programmhauhalte der Bundesanstalt für Arbeit fortgeführt werden. Durch die Förderung der beruflichen Bildung wird weiterhin

- Arbeitslosen die Rückkehr in die Beschäftigung ermöglicht,
- von Arbeitslosigkeit Bedrohten das Arbeitslosenschicksal erspart,
- ein wichtiger Beitrag zur Deckung des steigenden Fachkräftebedarfs der Wirtschaft geleistet.“

Mit diesen Worten beschrieben Klaus Murmann, Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, und Heinrich Franke, Präsident der Bundesanstalt für Arbeit,

am 20. Mai 1988 in einer gemeinsamen Erklärung die fortgeltende Notwendigkeit der Qualifizierungsoffensive. In dieser Empfehlung heißt es u.a. weiter, daß

- Bundesvereinigung und Bundesanstalt ihre bisherige gute Zusammenarbeit fortsetzen und auf Arbeitsämter sowie Betriebe und Bildungseinrichtungen der Wirtschaft mit dem Ziel einwirken wollten, bei der Planung und Durchführung beruflicher Bildungsmaßnahmen eng zu kooperieren;
- die Bundesanstalt darauf hinwirken wolle, daß die Arbeitsämter auch künftig qualitativ geeignete Bildungsangebote von Bildungseinrichtungen und Betrieben aufgreifen, sowie daß die Arbeitsämter Betriebe intensiver über laufende Bildungsmaßnahmen informieren und die Bildungsträger stärker dabei unterstützen sollten, frühzeitig den Kontakt zu Betrieben zu finden, die bereit sind, Absolventen von außerbetrieblichen Bildungsmaßnahmen in ein Arbeitsverhältnis zu übernehmen;
- die Bundesvereinigung sich dafür einsetzen werde, daß die Betriebe den Arbeitsämtern mehr Bildungskapazitäten und Plätze für begleitende Praktika anbieten würden, wodurch die originäre betriebliche Aus- und Weiterbildung nur ergänzt, nicht aber vermindert werden soll;
- die Betriebe und Bildungseinrichtungen der Wirtschaft die Arbeitsämter bei der Ermittlung und Feststellung des Weiterbildungsbedarfs sowie der laufenden Anpassung der Bildungsinhalte an die Wandlungsprozesse in der Arbeitswelt unterstützen sollten.“

Aus: Jahresbericht der BDA 1988, S. 48

gelt werden, so daß das Recht der Betriebe auf Erstattung erhalten bleibe — für die Aufstiegsweiterbildung, die in „enger Kooperation“ als erstattungswürdig festgeschrieben würde.

Das Recht der Lohnabhängigen auf eine Weiterbildung wird von der BDA strikt abgelehnt. Zu diesen Fragen soll sich der Gesamtarbeitgeberverband nur geschlossen verhalten dürfen. Für mögliche Tarifverhandlungen legte die BDA daher fest: „Zunächst muß eine praxisgerechte Begriffsbestimmung der Weiterqualifizierung und Abgrenzung zur allgemeinen und sonstigen Bildung gefunden werden. Qualifizierungsinitiativen müssen sodann nach den betrieblichen Erfordernissen orientiert werden, was originäre Rechtsansprüche der Arbeitnehmer ausschließt.“ Die BDA strebt an eine „Verrechnung der durch Arbeitszeitverkürzungen entstehenden Freizeiten mit denen aus betrieblichen Bildungsinitiativen“. In einer tariflichen Vereinbarung werden die Gewerkschaften aber den Rechtsanspruch der Lohnabhängigen und die Bezahlung durch die Kapitalisten anstreben müssen.

Die BDA faßt die Weiterbildung als „zentrale Aufgabe“, die Arbeitskräfte kapitalentsprechend zu sortieren. Die Lohnabhängigen noch besser für den Profit zurechtzubiegen, dafür hält die BDA weiteres für dringend. Unter anderen Mitteln betont sie die Fortentwicklung des Beschäftigungsförderungsgesetzes. Schon 1986 stellte die BDA fest: „Das Beschäftigungsförderungsgesetz hat den Arbeitsmarkt anpassungsfähiger und gelenkiger gemacht.“ Die BDA verlangt, daß die Vertragsdauer von Zeitverträgen von jetzt schon 18 Monaten auf drei Jahre verlängert werden soll: Der BDA-Präsident, Dr. K. Murmann,



Die Kapitalistenverbände befürchten, daß für die Facharbeiterausbildung in den kommenden Jahren nicht genügend Jugendliche zur Verfügung stehen werden. Die Kapitalisten sehen sich gezwungen, dafür zu werben, mehr ausländische Jugendliche, die sie zuvor meist nur zu niedrigstem Lohn für Anlerntätigkeiten einstellten, auszubilden.

will demnach nicht nur an gelenkigen Lohnabhängigen seine Freude haben. Er interessiert sich dafür, was er und seinesgleichen aus Gummi-Menschen fürs Kapital herausholen können. Wenn dann noch Lohnabhängige auf ein Jahr, wie gefordert, statt bisher sechs Monate an Firmen verliehen werden können, wird die BDA den Beginn des richtigen Weges — in Sichtweite — gekommen sehen. Für die Gewerkschaften steht der

Kampf zur Beseitigung dieses Gesetzes bevor.

Quellenhinweis: Jahresberichte der BDA 1986, 1987 u. 1988; Arbeitsmarkt und Berufsbildung: Leitsätze zur Sozial- und Gesellschaftspolitik, BDA, 1986; „Perspektiven der Wirtschafts- und Sozialpolitik“, Vortrag von K. Murmann, 8.12.1988; Arbeitsmarkt, Informationen der BDA 12/88; Positionen, Institut der Deutschen Wirtschaft, Nr. 25, März 1988; Presseinformationen, Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg, 4.1.1989

Rentenreform — Gipfel der Flexibilisierung

Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) spricht von der Bedeutung der Sozialversicherungen für den „sozialen Frieden“, der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) hält „einen breiten Konsens der gesellschaftlichen Gruppen“ bei der Rentenreform für unbedingt erstrebenswert — warum der kreideweiche Tonfall? Die Kapitalistenverbände wünschen einen Wahlsieg der Regierungskoalition bei den Bundestagswahlen 1990. Eine Politik, die den wirtschaftlichen Aufstieg der Tüchtigen propagiert, wäre in Schwierigkeiten, wenn sie in den Ruf käme, harte, allgemein spürbare Eingriffe in den „wohlverdienten Lebensabend“ vorzunehmen. Die Kapitalistenverbände

sehen aber Lösungsmöglichkeiten: Das profitgierige Wolfsinteresse könne mit Verlockungen verhüllt werden, und Positionen der Gegenwehr, die auf Solidarität und Kollektivismus der Arbeiterbewegung gründen, wären in der öffentlichen Meinung kaputt zu machen ...

Anfang Dezember veröffentlichte der BDA eine Denkschrift „Grundsätze der Arbeitgeber zur Rentenreform“. Die darin entwickelten Positionen haben wir in einer Zusammenfassung dokumentiert. Daraus ist als Strategie der Kapitalisten erkennbar:

— Die Beiträge zur Rentenversicherung dürfen nicht steigen, das „sehr hohe Personalzusatzkostenniveau“ in der Bundesrepublik sei angesichts des Euro-

päischen Binnenmarktes sowieso schon ein gewaltiger Wettbewerbsnachteil. Grundlage für die langfristige Sanierung der Rentenfinanzen sei „kräftiges Wirtschaftswachstum und eine Verbesserung der Arbeitsmarktlage“, jede Erhöhung von Versicherungskosten und Steuern sei Gift hierfür. Die Einnahmen der Rentenkassen könnten auch steigen durch „Förderung der Teilzeitbeschäftigung, eine stärkere Arbeitszeitflexibilisierung, die Entkoppelung von Arbeits- und Betriebszeiten sowie die Reform der Unternehmensbesteuerung“, weil all dies zu mehr Beschäftigung führt. Dieser Wink mit „Arbeitsplätzen“ ist auf die Schwächung des Widerstands gegen das Ausblutenlassen der Rentenkassen angelegt und richtet sich gegen den Grundgedanken von Sozialversicherung, wie ihn die Arbeiterbewegung entwickelt hat: Die Kapitalisten sollen mit ihren Lohnzahlungen (direkten oder indirekten) die ge-



Für die Kapitalisten von besonderem Interesse ist die Überfüllung des Arbeitsmarktes durch Verlängerung der Lebensarbeitszeit.

samte Arbeiterexistenz garantieren, also auch für die Zeiten aufkommen, in denen sie die Arbeitskraft wegen Alter, Krankheit oder Wirtschaftsflaute nicht beschäftigen. Die in der Argumentation der BDA vorgenommene Verknüpfung von Wirtschaftskonjunktur und Umfang der Rentenkasse ermöglicht jegliche Brutalisierung in dem Verhältnis zu den alten Menschen: Sie erscheinen als Schmarotzer und lästige Kostgänger gegenüber dem aktiv tätigen Teil der Gesellschaft, ein Verhältnis, gegen das sich die Arbeiterbewegung in ihrem geschichtlichen Kampf für Rentenkassen gerichtet hat.

Die BDA ist noch aus einem weiteren Grund gegen die finanzielle Aufbesserung der Rentenkasse. Vorstellbar wäre ja, zur Vorsorge für die sogenannte demographische Entwicklung (wachsender Anteil von älteren Menschen, die nicht mehr erwerbstätig sind), mit einer entsprechenden Rücklagenbildung zu beginnen. Dagegen wendet sich der Kapitalistenverband strikt: Tatsächlich würde eine Rentenkasse, die zum Beispiel im großen Umfang im Wohnungsbau oder anderen Bereichen investiert, zu einer die Marktwirtschaft in vieler Hinsicht einschränkenden und daher unerwünschten „Kapitalansammlung“.

— Die BDA fordert stattdessen, die Betriebsrenten und die private Eigenversorgung müßten ein größeres Gewicht gewinnen, hier könne sich eine positive Kapitalbildung vollziehen. Auch dabei ist an eine Zersetzung und Zerstörung von Grundsätzen solidarischer Hilfe gedacht: Schon jetzt sorgt die sogenannte Beitrags-/Leistungsbemessungsgrenze (ab einem bestimmten Einkommen steigt

der Beitrag zur Rentenkasse nicht mehr prozentual an, sondern bleibt konstant, entsprechend berechnet sich dann die spätere Rentenhöhe) dafür, daß für gut verdienende Angestellte die gesetzliche Rente nur noch eine Grundsicherung darstellt und mit wachsendem Einkommen Lebensversicherungen u.ä. zunehmend an Bedeutung gewinnen. Derzeit verläuft diese Einkommensgrenze in etwa dort, wo die außertariflichen Gehälter beginnen, und die jährliche Anpassung an die Entwicklung der Durchschnittslöhne/-gehälter sorgt dafür, daß der Personenkreis, der über der Beitragsbemessungsgrenze liegt, in etwa gleich groß bleibt. Die BDA schlägt nun vor, die Beitragsbemessungsgrenze von der Einkommensentwicklung zu lösen und einer schwächeren Dynamik zu unterwerfen. Der Kreis der Lohnabhängigen, für den die Privatversicherung lukrativ und nötig würde, wäre so je nach Wunsch erweiterbar. Kollektive Sicherung gegen sozialen Abstieg, den die gesetzliche Rentenversicherung schon jetzt nur dem bietet, der möglichst sein ganzes Leben gearbeitet hat und möglichst nicht zu Elendslöhnen, wäre völlig ausgehebelt: Nur der, der eine „erfülltes Arbeitsleben“ nachweist, der Betriebsrente zu erwarten hat, nur der, der sich je nach der Stellung in der Betriebshierarchie auf die eine oder andere Weise krummgelegt hat für „private Vorsorge“, nur der kann damit rechnen im Alter nicht an den Rand des sozialen Abgrunds zu geraten. Ausdrücklich lehnen die Kapitalisten jegliche Form der Mindestsicherung (z.B. Aufstockung der ge-

setzlichen Renten auf wenigstens Sozialhilfeniveau) als leistungsfeindlich ab.

— Für die BDA soll die Rentenreform insbesondere eine weitere Überfüllung des Arbeitsmarktes garantieren. Die Heraufsetzung des durchschnittlichen Rentenalters durch die Anhebung der Altersgrenze von Frauen um fünf Jahre und die Einschränkung der Möglichkeiten, vorzeitig in Rente zu gehen sowohl für Männer als für Frauen, wird Hunderttausende, wenn nicht Millionen auf dem Arbeitsmarkt festhalten. Wir hatten bereits an anderer Stelle (siehe „Beilage“ vom 22.12.1988) darauf hingewiesen, daß eine solche Verlängerung der Lebensarbeitszeit alle bisher erreichten Verkürzungen der Wochenarbeitszeit mehr als zunichte machen würde.

Der Mobilisierung von Arbeitskraft dient auch der folgende Vorschlag der BDA: Die Hinterbliebenenrenten müßten „überdacht“ werden angesichts zunehmender Erwerbstätigkeit von Frauen und der bestehenden bzw. eventuell erweiterten Anrechnung von Kindererziehungszeiten. Das zielt auf die Zerstörung der Lebensplanung eines nicht unbeträchtlichen Teils der Lohnabhängigen: Bei Familiengründung sind sowohl Mann als auch Frau berufstätig, bei der Geburt von Kindern unterbricht die Frau allenfalls für kurze Zeit die Erwerbstätigkeit, sie bleibt erwerbstätig bis die Kinder selbständig sind. Ist es dann gelungen, daß der Mann eine einigermaßen einkömmliche Arbeit hat, zieht sich die Frau vollständig oder teilweise aus der Lohnarbeit zurück. Statistisch schlägt sich das in einer bei Frauen ab dem ca. 45. Lebensjahr deutlich sinkenden Erwerbsquote nieder. Diese Art der Lebensplanung war bisher ohne größeres Risiko fürs Alter möglich: Auch wenn nicht sonderlich hoch, hatte die Frau einen eigenen Rentenanspruch, der zusammen mit dem des Mannes ausreichen mochte. Beim Todesfall des Mannes blieb mit der Hinterbliebenenrente eine ausreichende Versorgung der Witwe. Jede Senkung dieser Hinterbliebenenrente, wie sie die BDA fordert, würde für Druck bei den vierzig-, fünfzigjährigen Frauen sorgen, ihre Arbeitskraft weiterhin anzubieten.

Zusammengefaßt: Die Kapitalisten zielen mit ihren Vorstellungen zur Rentenreform darauf, die Drohung mit der Altersarmut für das normale Arbeiterschicksal Realität werden zu lassen. Wenn sich die politische und gewerkschaftliche Opposition nicht bald mit Forderungen nach einer Mindestrente, die unabhängig vom früheren Einkommen zu zahlen ist, zu Wort meldet, besteht die Gefahr, daß die Vorstellungen der Kapitalisten, womöglich noch im breiten Konsens, politische Realität werden.

Dokumentiert: Grundsätze der Arbeitgeber zur Rentenreform

1. Die demographischen Veränderungen in den kommenden Jahrzehnten sind ein gesamtgesellschaftliches Problem. Die dauerhafte Sicherung der finanziellen Grundlagen und der Leistungsfähigkeit der Rentenversicherung hat hohen gesellschaftspolitischen Rang. Darauf sind alle Anstrengungen zu konzentrieren.

2. ...

3. Der Umfang der Finanzprobleme hängt wesentlich von der Entwicklung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ab. Deshalb müssen die Voraussetzungen für kräftiges Wirtschaftswachstum und eine Verbesserung der Arbeitsmarktlage geschaffen werden. Dazu gehört, daß das international gesehen sehr hohe Personalkostenzusatzniveau auf keinen Fall weiter steigen darf; es sollte im Gegenteil alles unternommen werden, es abzusenken. Dieses Erfordernis stellt sich verstärkt vor dem Hintergrund der Schaffung eines Europäischen Binnenmarktes, der die Bundesrepublik mit neuen Wettbewerbsverhältnissen konfrontieren wird.

4. ... Angesichts der finanziellen Probleme der gesetzlichen Rentenversicherung muß und kann die Eigenvorsorge für das Alter im Rahmen der gesamten Altersvorsorge — steuerlich unterstützt — einen größeren Platz einnehmen. Hierauf sind die Versicherten heute schon hinzuweisen, damit sie die notwendigen Vorsorgemaßnahmen treffen können. Die betriebliche Altersversorgung, deren Rahmenbedingungen durch Gesetzgebung und Rechtsprechung bis in jüngste Zeit ständig verschlechtert wurden, muß aus ihrer Stagnation befreit werden ...

5. Die gesetzliche Alterssicherung erfordert ein hohes Maß an Beständigkeit. Die jetzt erforderlichen Schritte können im Rahmen des geltenden Rentensystems erfolgen. Der Übergang zu einer für alle Bürger gleichen steuerfinanzierten Grundrente ist ordnungspolitisch, sozial- und wirtschaftspolitisch keine Alternative. Eine Aufstockung der gesetzlichen Renten auf das Sozialhilfeniveau würde den Zusammenhang von Leistung und individueller Vorleistung zerstören und zu einer Verwischung der Grenzen zwischen Versicherung und Fürsorge führen.

6. ...

7. Die Renten dürfen sich nicht stärker entwickeln als die verfügbaren Ein-

kommen der Aktiven. Deshalb ist der Übergang von der Brutto- zur Nettolohnorientierung der Renten unbedingt erforderlich ... Spätestens in der Phase der besonders starken demographischen Belastung wird eine Überprüfung des Rentenniveaus nicht zu umgehen sein. Bei vermehrter privater Vorsorge ist dies auch sozialpolitisch vertretbar. Es gehört zu einer verantwortlichen Politik, die Versicherten hierauf frühzeitig hinzuweisen und zu eigenen Initiativen anzuregen. Allerdings muß die Rentenleistung nach einem erfüllten Arbeitsleben merklich über dem Sozialhilfesatz liegen; denn sonst gehen Leistungsanreize verloren. Besonders von Höherverdienenden kann zusätzliche private Vorsor-



Beim „sozialen Konsens“ in der Rentenreform nicht gefragt: die ausländischen Beschäftigten in der BRD. Ihre Rentenansprüche sind in vielfacher Hinsicht eingeschränkt durch billige Abfindungen bei Rückkehr, durch Einschränkungen in den Sozialversicherungsabkommen, durch die niedrige Lohnhöhe und geringere Beschäftigungsdauer.

ge für das Alter erwartet werden. Deshalb könnte die Beitrags- und Leistungsbemessungsgrenze von der Einkommensentwicklung gelöst und einer schwächeren Dynamik unterworfen werden.

8. ...

9. Das Renteneintrittsalter muß durch geeignete Maßnahmen hinausgeschoben werden. Bei Besserung der Beschäftigungssituation wird sich die Erwerbsphase in gewissem Umfang von selbst verlängern. Darüber hinaus ist es notwendig, die gesetzlichen Altersgrenzen ab Mitte der 90er Jahre stufenweise anzuheben. Das muß auch für die besondere Altersgrenze der Frauen gelten ...

10. Die zunehmende Erwerbsbeteiligung der Frauen führt — verbunden mit der Anrechnung von Kindererziehungszeiten — zu steigenden eigenen Rentenansprüchen und Rentenleistungen. Von daher sind Einrichtung und Ausgestaltung der Hinterbliebenenrenten über

die bereits ab 1986 getroffenen Maßnahmen hinaus zu überdenken.

11. ... Eine — zumindest teilweise — Anrechnung von Kuren auf den Erholungsurlaub ist angesichts der heutigen Länge des Urlaubs dringend angezeigt.

12. Die Einnahmesituation der gesetzlichen Rentenversicherung wird wesentlich durch eine positive Beschäftigungsentwicklung gestärkt. Zu der notwendigen Verbesserung der wirtschaftlichen und beschäftigungspolitischen Rahmenbedingungen zählen dabei vor allem Förderung der Teilzeitbeschäftigung, eine stärkere Arbeitszeitflexibilisierung, die Entkoppelung von Arbeits- und Betriebszeiten sowie die Reform der Unternehmensbesteuerung. Zusätzliche Belastungen der Beitragszahler (Versicherte und Betriebe) in Form von Beitragssatzanhebungen müssen aus gesamtwirtschaftlichen Gründen auf das unbedingt notwendige Maß be-

schränkt sein und nach Möglichkeit durch Entlastungen in anderen Bereichen aufgefangen werden.

13. ...

14. ...

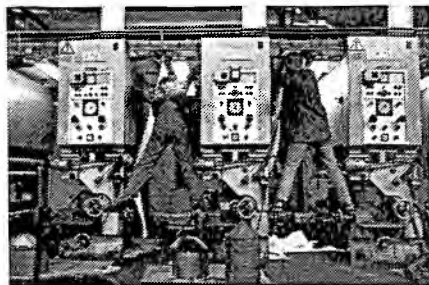
15. Zur Problemlösung nicht geeignet sind folgende Vorschläge zum Finanzierungssystem der gesetzlichen Rentenversicherung:

— Die Bildung eines (zusätzlichen) Kapitalstocks von mehreren Billionen DM ... Eine Kapitalansammlung in dieser Dimension wäre im Hinblick auf Anlage und Auflösung mit erheblichen ökonomischen Problemen verbunden und stellte eine ständige Versuchung für die Politik dar.

— Die Staffelung des Beitragssatzes zur Rentenversicherung nach der Kinderzahl ...

— Die Einführung einer Wertschöpfungsabgabe anstelle oder neben dem lohnbezogenen Arbeitgeberbeitrag ...

BDA, Jahresbericht 1988, S. 93ff

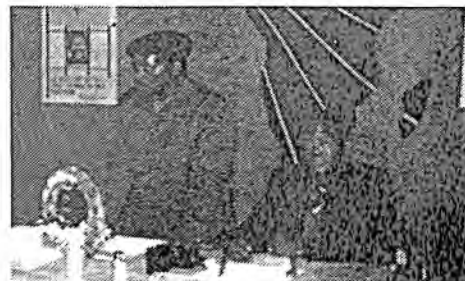


Manteltarifverhandlungen Druckindustrie

Der Bundesverband Druck hat sich in den letzten Verhandlungen erneut gegen die Forderung der IG Druck und Papier nach einer tariflich festgeschriebenen Fünftage-Woche von Montags bis Freitags gesperrt. Der Bundesverband Druck lehnt die Beschränkung der Arbeitszeit als „Maschinennutzungsverbot für das Wochenende“ nachdrücklich ab. Er verlangt den Samstag „im Interesse kleiner und mittlerer Betriebe“ als normalen Arbeitstag: „Die Konsequenz der IG-Druck-Forderungen wäre, daß die Akzidenz- und Zeitschriftenbetriebe ihre kapitalintensiven Anlagen nicht mehr nutzen könnten“, behauptet der Bundesverband. Die Verhandlungen werden am 19. Januar fortgesetzt.

Azania: Fortschritte des bewaffneten Kampfes

Der bewaffnete Befreiungskampf macht Fortschritte. Selbst das südafrikanische Rassenregime, seit Jahren darauf bedacht, jeden bewaffneten Angriff auf seine Polizei- und Militärtruppen totzuschweigen, muß dies inzwischen öffentlich zugeben. In einer heftigen Auseinandersetzung bei Lichtenburg töteten fünf Kämpfer der Azanischen Volksbefreiungsarmee, darunter eine Frau, zwölf südafrikanische Polizisten. Einer der Befreiungskämpfer konnte lebend entkommen, vier starben in der Auseinandersetzung. Das Siedlerregime hatte die Polizisten zunächst als „leicht verletzt“ gemeldet, mußte aber später „schwere Verletzungen“ eingestehen. Solche Vorfälle mehren sich.



Ärzteopposition gegen NS-Verbrechen

Für die politische Führung der westdeutschen Ärzteschaft gibt es „höchstens 400 Ärzte“, denen faschistische Verbrechen vorzuwerfen seien. Und fast zu deren Entschuldigung wird angeführt, man müsse doch verstehen, wenn das eine oder andere Vorgehen „unter dem Eindruck mancher Kriegsentwicklung zu Verbrechen gegen die Menschlichkeit entartete“. Aber Tatsache ist: Nach 1933 waren fast die Hälfte der Ärzte Mitglied in der nationalsozialistischen Partei, insgesamt wurde die faschistische Kostendämpfungspolitik gegen die Lohnabhängigen von den Ärzten getragen. Die Liste Demokratischer Ärztinnen und Ärzte in München und andere Gruppierungen haben dazu wichtige Untersuchungsarbeit geleistet.

Bericht zum Jugendarbeitsschutz liegt vor

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales legte im Dezember einen „Bericht der Bundesregierung über die bisherigen Erfahrungen mit der Durchführung des Jugendarbeitsschutzgesetzes“ vor. Der Bericht umfaßt den Zeitraum 1976 bis 1986 und beinhaltet erste Auswertungen der Gesetzesänderung von 1984, die zum großen Teil die Bundesländern vorgenommen haben: „Vor der Änderung des Jugendarbeitsschutzgesetzes im Jahre 1984 wurde in den Betrieben über erhebliche Schwierigkeiten ... geklagt, heute kaum noch.“ 1977 sind 34000 Verstöße registriert worden, 1986 sind es offiziell nur noch 8850. Die Aufweichung der Schutzbestimmungen ist weitgehend, ihre längerfristigen Folgen nicht absehbar.



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten
— erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Nachrichtenheft Chemie und übrige Industrien,
erscheint vierzehntäglich, Preis 0,50 DM

Herausgeber

Bundesdelegiertenkonferenz des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

5 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260226

Tel.: 0221/21 64 42

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m.b.H.

5 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260226

Tel.: 0221/21 16 58

Im Verlag GNN erscheint vierzehntäglich:

Arbeitsgemeinschaft Stahl- und Metallindustrie
— Nachrichten Stahl- und Metallindustrie. 1,20 DM
Mitteilungen der **Arbeitsgemeinschaft Medien in der Volksfront** 0,50 DM

Arbeitsgemeinschaft Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe — Berichte aus dem Dienstleistungsgewerbe. 0,80 DM

Arbeitsgemeinschaft gegen reaktionäre Gesundheitspolitik — Informationsdienst Gesundheitspolitik. 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft Jugend, Militär, Gefängnisse — Nachrichten Jugend, Militär, Gefängnisse. 1,20 DM

AG für antifaschistische Bildungspolitik und AG für Revolutionäre Hochschulpolitik — Nachrichten, Analysen, Protokolle. 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft für Kommunalpolitik — Nachrichten, Analysen, Mitteilungen. 1,20 DM

Bezugsbedingungen: Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 45,50 DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 91,- DM Preise für Nachrichtenhefte bzw. Politische Berichte und Nachrichtenhefte entsprechend, also Einzelpreise plus 1,- DM Portopauschale mal Anzahl der Lieferungen.

Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m.b.H.
5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260226

GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg
Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76

GNN Verlagsgesellschaft Westberlin
Czeminskistr. 5, 1000 Westberlin 62

GNN Verlag Niedersachsen/Bremen
Große Düwelstr. 55, 3000 Hannover 1

BWK Nordrhein-Westfalen
Zulpicher Straße 7, 5000 Köln 1

GNN Verlag Hessen
Postfach 110822, 6000 Frankfurt 1

GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg
Walddorfer Str. 9, 6800 Mannheim 1

GNN Verlagsgesellschaft Bayern
Lerchenauer Str. 18a, 8000 München 40

Herausgeber für die Bundesdelegiertenkonferenz des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Corrides, Jörg Detjen, Martin Fochler, Christiane Schneider, 5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Telefon 0221/21 64 42

GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, 5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260226, Telefon 0221/21 16 58. Konten: Postgiroamt Köln, BLZ 37010050, Kto. Nr. 104 19-507 und Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ 37010111, Kto. Nr. 1144393600. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Ulrike Detjen; für Auslandsberichterstattung: Rüdiger Lötzer; für Aus Verbänden und Parteien: Martin Lopp; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Aus Kultur und Wissenschaft — Diskussionsbeiträge: Angela Lux; für Sozialstatistik, Spezialberichte: Alfred Küstler

Quellenhinweis: Artikel und Nachrichten der Arbeitsgemeinschaft (AG) Stahl- und Metallindustrie: AGM, der AG Medien in der Volksfront: AGMe, der AG Chemie: AGCH, der AG für Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe: AGD, der AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik: AGG, der AG Jugend, Militär und Gefängnisse in der Volksfront: AGJ, der AGs für antifaschistische Bildungspolitik und für revolutionäre Hochschulpolitik: AGB, der AG für Kommunalpolitik: AGK, der Antifaschistischen Nachrichten der Volksfront: VF

Druck: Farbo Druck & Grafik Team GmbH, Köln. — Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei. Vierteljährlich: Beilage, Gesammelte Beiträge aus der Diskussion der Linken